

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2013/2014

Einzelplan 5

Behörde für Gesundheit und
Verbraucherschutz

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2013/2014

Einzelplan

5

Behörde für Gesundheit und
Verbraucherschutz

Inhaltsübersicht

Einzelplan 5

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 8
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 20
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 45
Kontenrahmen für Dienstbezüge	46 - 49
Kontenrahmen für Versorgung	50 - 54
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 14
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 5000 - Zentrale Dienste -	
Kapitel 5100 - Gesundheit -	
Kapitel 5200 - Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung -	
Kapitel 5300 - Verbraucherschutz -	
Kapitel 5400 - Institut für Hygiene und Umwelt -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 20
2 Wirtschaftsplan (rosa Papier)	
Institut für Hygiene und Umwelt	1 - 28
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
Zuwendungen über 100.000 Euro	1 - 2
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 8
5 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 5

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Gesundheit und Verbraucherschutz

Hamburg hat ein hervorragendes Gesundheitswesen. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) will das für die Zukunft unter verantwortungsvoll gestalteten finanziellen Rahmenbedingungen sichern und weiterentwickeln, um eine menschliche, effiziente und qualitativ gute Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und der Metropolregion zu erhalten.

Vergleichbare Ziele verfolgt die BGV im Verbraucherschutz. Hier geht es darum, eine professionelle Risikovorsorge und Gefahrenabwehr mit der Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Förderung einer weltweit am fairen Wettbewerb ausgerichteten, arbeitnehmerfreundlichen und kundenorientierten Wirtschaft zu verbinden.

2012 hat Hamburg den Vorsitz in der Verbraucherschutzministerkonferenz, 2014 wird das Land den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz übernehmen. Beide Positionen sollen für Initiativen genutzt werden, die die Interessen Hamburgs und seiner Bürgerinnen und Bürger vertreten, aber auch bundesweit die rechtlichen und administrativen Instrumente für Gesundheit und Verbraucherschutz verbessern.

Gesundheitsversorgung und Gesundheitsschutz

Die demographische Entwicklung und der Wandel der Arbeitswelt erfordern eine ständige Weiterentwicklung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung. Hamburg setzt sich für den Erhalt des solidarischen Versicherungssystems ein und wird die Weiterentwicklung der **gesetzlichen Sozialversicherung** im Rahmen der Einflussmöglichkeiten der Länder aktiv mitgestalten.

Mit dem 2012 fortgeschriebenen Krankenhausplan 2015 steuert die BGV die Krankenhausplanung und -versorgung. Dabei werden verstärkt Qualitätsparameter zur Fortentwicklung der Spezialisierung der Kliniken und Verbesserung der Behandlungsqualität berücksichtigt. Hamburg führt die **Krankenhausinvestitionen** auf hohem Niveau fort und unterstützt damit die wirtschaftliche Zukunftssicherung der Krankenhäuser. Gleichzeitig sichert die Behörde so die Versorgung von Stadt und Umland mit hoch qualifizierten klinischen Leistungen.

Auf der Basis der **Gesundheitsberichterstattung** über die Situation der Hamburger Bevölkerung werden Angebote zur **Prävention** und **Gesundheitsförderung** überprüft und weiterentwickelt. Gemeinsam mit Krankenkassen, Ärzteschaft, Hochschulen und Freien Trägern konzipiert die BGV gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen für alle Lebensphasen. Beispielhaft dafür steht der „Pakt für Prävention – gemeinsam für ein gesundes Hamburg“, in dessen Rahmen u.a. ein Programm „Gesund leben und arbeiten“ entwickelt und umgesetzt wird.

Besondere Zielgruppen der Gesundheitsförderung sind Familien, Kinder sowie die ältere Generation. Die Ansprache bildungsferner und sozialbenachteiligter Bevölkerungsgruppen bildet einen Schwerpunkt. Die Gesundheitskompetenz (langzeit-)arbeitsloser Menschen wollen wir durch Handlungsempfehlungen und Selbsthilfeaktivitäten unterstützen.

Kindergesundheit ist ein wesentliches Merkmal sozialer Chancengleichheit. Um sie von Anfang an zu stärken, wird die Arbeit von Familienhebammen weiter verstetigt und soll unter Nutzung zusätzlicher Bundesmittel ausgebaut werden. Mit möglichst zielgenauen Maßnahmen wollen wir die Kindergesundheit vom frühesten Alter an verbessern. Sozialräumlichen Ansätzen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: die Kooperation in den Stadtteilen für eine umfassende Gesundheits- und Präventionskette für Kinder und Jugendliche soll von allen Behörden und Bezirksämtern gemeinsam mit Ansätzen früher Hilfen noch enger verknüpft werden.

Im Bereich HIV/AIDS/STD (Sexually Transmitted Diseases) richtet sich die Prävention vor allem an Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), sowie an Jugendliche und – im Rahmen der Möglichkeiten auch mit mehrsprachigen Hilfen – an Migrantinnen und Migranten.

Das Bundesverfassungsgericht verlangt eine Anpassung des hamburgischen Passivraucherschutzgesetzes, die mit dem Ziel eines möglichst weitgehenden Gesundheitsschutzes zügig umgesetzt werden soll.

Der **Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD)** schützt die Bevölkerung vor den Auswirkungen ungewöhnlicher Seuchenerkrankungen. Seine Bedeutung und seine Leistungsfähigkeit hat er bei der letzten Influenza-Pandemie ebenso unter Beweis gestellt wie bei der EHEC-Epidemie 2011. Der ÖGD wirkt im Rahmen seiner behördlichen Überwachung darauf hin, dass medizinische Einrichtungen eine Hygiene-Organisationsstruktur vorhalten, die eine Verbreitung von Infektionen oder Erregern mit Resistenzen verhindert bzw. vermindert.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei Hafen und Flughafen, die prädestiniert sind für die internationale Verbreitung von Infektionskrankheiten. Die hygienische Überwachung und das Management von Ausbrüchen von Infektionskrankheiten auf Kreuzfahrtschiffen erfordern besondere Kenntnisse und Ressourcen aufgrund der hohen betroffenen Personenzahl und der komplexen schiffsseitigen Anlagen.

Hamburg wird sich aktiv an der bundesweiten Diskussion zur Verbesserung der Hygiene beteiligen, angefangen mit dem Antibiotikaeinsatz in der Tiermast über die anschließende Lebensmittelkontrolle bis zur Hygienesicherung in den Krankenhäusern.

Vorwort Einzelplan 5

Für die gesundheitliche Versorgung braucht Hamburg ausreichendes und qualifiziertes **Fachkräftepersonal**. Die Konkurrenz mit anderen Branchen und Metropolen um genügend geeignete Auszubildende und Fachkräfte ist eine große Herausforderung. Deshalb wollen wir z.B. die Pflegeberufe intensiver als bisher bei Schülerinnen und Schülern in der Berufsorientierungsphase der 8., 9. und 10. Klasse bewerben. Auch der Anteil männlicher Pflegekräfte, der bundesweit bei unter 15 Prozent liegt, soll durch gezielte Maßnahmen erhöht werden.

Bei den Heilberufen, insbesondere bei den Ärztinnen und Ärzten, aber auch z.B. bei freiberuflichen Hebammen, streben wir eine flächendeckende, den lokalen Erfordernissen entsprechende Versorgung an. Hier sollen Strukturen und Anreize geschaffen werden, qualitativer und quantitativ das gesamte Stadtgebiet möglichst gleichmäßig zu versorgen.

Das differenzierte **Drogen- und Suchthilfesystem** hat ein hohes fachliches Niveau erreicht. Im Jahr 2010 wurden mehr als 15.000 Hamburgerinnen und Hamburger allein durch die Leistungen der ambulanten Suchthilfe erreicht. An den Schnittstellen zwischen der Suchthilfe und anderen Hilfesystemen sind Kooperationen entwickelt und aufgebaut worden, die wir im Rahmen der vorhandenen Mittel verstetigen wollen. 2012 wird ein Suchthilfebericht fertig gestellt, der Status, Veränderungsbedarfe und Veränderungsmöglichkeiten beschreibt. Dabei wird ein besonderer Fokus auf der zielgruppenorientierten Steuerung der Angebote liegen.

Senioren, Pflege und Rechtliche Betreuung

Mit dem Handlungsplan „**Älter werden in Hamburg**“ und einer ressortübergreifenden Demographiestrategie **Hamburg 2030** werden neue fachpolitische Grundlagen für eine generationenfreundliche Stadt gelegt. Eine zukunftsfähige Großstadtentwicklung erfordert innovative Lebens- und Wohnkonzepte für alle Generationen. Die vorhandenen Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollen besser untereinander abgestimmt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Gleichzeitig schaffen wir mit dem **Seniorenmitwirkungsgesetz** verlässliche Rahmenbedingungen, um die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern, ihre Mitwirkungsrechte zu stärken, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in Entscheidungen einzubeziehen und einen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Generationen zu leisten.

Bei **Hilfe- und Pflegebedarf** steht in Hamburg eine leistungsfähige Angebotsstruktur zur Verfügung. Mit den Anforderungen an Bau, Personal und Beteiligungsmöglichkeiten nach dem Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz sind wichtige Grundsteine für eine weitere Verbesserung gelegt worden, etwa durch eine weiterentwickelte Fachkraftquote. In den Haushaltsjahren 2013/2014 stehen die Umsetzung der Anforderungen zur Barrierefreiheit und die Erhöhung der Transparenz über die Prüfergebnisse der Wohn-Pflege-Aufsicht im Vordergrund. Die Entwicklung und Erprobung technischer Maßnahmen und Dienstleistungen, die die Selbstbestimmung älterer Menschen fördern und ihren Verbleib im eigenen Wohnumfeld so lange wie möglich sicherstellen, fördert die BGV im Rahmen des Projektes „Vernetztes Wohnen im Quartier - zukunftsfähige Versorgung älterer Menschen in Hamburg“.

Im Hamburger Bündnis für Altenpflege beteiligt sich Hamburg an der Finanzierung von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Pflegefachkraft und trägt damit zur Sicherung des Fachkraftnachwuchses bei. Die BGV unterstützt die Bemühungen der Krankenkassen zur Verbesserung der Qualität der ärztlichen Versorgung in den Pflegeheimen.

Als Träger der Sozialhilfe in der Hilfe zur Pflege verbessert die BGV die qualifizierte Bedarfsfeststellung durch Pflegefachkräfte in den Bezirksamtern. Durch eine **Landesinitiative Leben mit Demenz** in Hamburg wird unter breiter Beteiligung von Trägern und Betroffenenvertretungen die Koordination der Angebote verbessert.

Die **Hilfen nach dem Betreuungsgesetz** leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Hamburger Bürgerinnen und Bürger Vorsorge treffen (Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen, Patientenverfügungen) und bei der Übernahme einer ehrenamtlichen Betreuung unterstützt werden. So soll eine rechtliche Betreuung erst nachrangig zum Zuge kommen und die ehrenamtliche vor der beruflichen Betreuung verankert werden.

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz in Hamburg bedeutet weit mehr als nur Verantwortung für die Stadt. Als Hafen- und Logistikmetropole ist Hamburg auch Zugang zum europäischen Markt. Den damit verbundenen hohen Anforderungen an einen **effektiven und schlagkräftigen Verbraucherschutz** stellt sich das Veterinär- und Einfuhramt erfolgreich. Mit dem Projekt „Marktüberwachung im Ostseeraum“ wird im Bereich der Non-Food-Produkte eine verbesserte europäische Zusammenarbeit verwirklicht. Grundlage der Verbraucherschutzpolitik in Hamburg bildet der Ansatz einen umfassenden **präventiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz** zu gewährleisten, der die Arbeitswelt, Lebensmittel, Bedarfsgegenstände und Kosmetika sowie Arzneimittel, Medizinprodukte, technische Anlagen und Verbraucherprodukte umfasst. Damit werden die wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Verbraucher, von Herstellern und des Handels gesichert.

Im **lebensmittelbezogenen Gesundheitsschutz und Veterinärwesen** steht der Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsschädigungen sowohl bei Lebens- und Futtermitteln, tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen und Bedarfsgegenständen im Vordergrund. Hinzu kommen der Tierschutz, der Schutz von Tieren vor Tierseuchen sowie die Sicherheit im Verkehr mit Tierarzneimitteln. Es ist vorgesehen, bundesweit ein verbindliches Informationssystem („Ampel“ bzw. „Barometer“) über die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen mit einheitlichen Bewertungsmaßstäben einzuführen und eine geeignete rechtliche Grundlage für die Veröffentlichung von Kontrollergebnissen zu schaffen.

Das **Institut für Hygiene und Umwelt** sichert unabhängige und schnelle Untersuchungen und Begutachtungen auf hohem wissenschaftlichem Niveau im Bereich von Lebensmitteln und Kontaminanten, der Mikrobiologie sowie der Hygiene. Im Rahmen der norddeutschen Kooperation bestehen Abkommen mit den sechs umliegenden Bundesländern im Hinblick auf eine Konzentration von Untersuchungsschwerpunkten in einzelnen amtlichen Untersuchungslaboratorien, um ressourcenschonend auf hohem Standard auch den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben nachkommen zu können. In

diesem Zusammenhang wird angestrebt, durch eine weiterführende Zusammenarbeit insbesondere mit Schleswig-Holstein zusätzliche Synergiegewinne zu erzielen.

In der **Produkt- und Anlagensicherheit** arbeitet Hamburg im Netzwerk Marktüberwachung im Ostseeraum für die Produktsicherheit von Gegenständen des täglichen Gebrauchs. Seit 2010 gibt es auch für die Marktüberwachung von Non-Food-Produkten eine verbindliche Quote von 0,5 Proben pro tausend Einwohner. Für überwachungsbedürftige Anlagen (Aufzüge, Tankläger, Kraftwerke, Druckbehälter usw.) ist die Tätigkeit der wettbewerblichen Prüfinstitutionen sorgsam zu bewerten, um das hohe Niveau der Anlagensicherheit zu erhalten. Ziel bleibt die umgehende Beseitigung schwerer Mängel und die Durchsetzung regelmäßiger Prüfungen zum sicheren Betrieb von überwachungsbedürftigen Anlagen (insbesondere bei Aufzügen). Dies wird durch Besichtigungen, Aufklärung und Beratung flankiert.

Für den **Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern** wird das seit 1998 bestehende Hamburger Arbeitsschutzmodell „ABS – Aufsicht, Beratung, Systemüberwachung“ laufend an die sich weiterentwickelnde Arbeitswelt angepasst. Dieser präventive und systemorientierte Ansatz erfasst neben der einzelbetrieblichen Beratung und Überwachung branchenbezogene Schwerpunktaktivitäten bei Klein- und Mittelunternehmen in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Verbänden, Kammern, Innungen sowie Krankenkassen und Berufsgenossenschaften. Diese Zusammenarbeit wurde mit der ArbeitsschutzPartnerschaft zwischen BGV, Handwerks- und Handelskammer Hamburg, dem IVH-Industrieverband Hamburg e.V., der UV-Nord-Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V., der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, Landesverband Nordwest sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund Hamburg intensiviert. Ein neues Schwerpunktthema des vorsorgenden Gesundheitsschutzes, auch im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) sind psychische Belastungen am Arbeitsplatz. Angestrebt wird die bundesweite gesetzliche Verankerung des Schutzes vor psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz durch eine Hamburger Initiative.

Das **Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin** berät Betriebe im vorbeugenden Gesundheitsschutz bei der Arbeit und führt eine klinische Frühdiagnostik bei arbeitsbezogenen Beschwerden zusammen mit Ambient- und Biomonitoring durch.

Besonders enge Bezüge zum patientenbezogenen Verbraucherschutz wie zum Gesundheitsbereich weisen der **Patientenschutz und die Sicherheit in der Medizin** auf. Vorrangige Ziele sind hier die Gewährleistung der Sicherheit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und bei der medizinischen Versorgung sowie der Ausbau der Patientenrechte.

Im **umweltbezogenen Gesundheitsschutz** werden Einflüsse der physikalischen und chemischen Umwelt analysiert, mögliche Gesundheitsgefahren für spezielle Risikogruppen und für den Verbraucher beschrieben sowie Maßnahmen zur Prävention und Gefahrenabwehr initiiert. Das **Hamburger Krebsregister** schafft Datengrundlagen zur Planung und Evaluation der Krebsbekämpfung sowie zur Ressourcenplanung für Therapie und Forschung. Die Daten bilden eine Grundlage für qualitätssichernde Maßnahmen in der Onkologie sowie weitergehende Studien zur Ursachen- und Versorgungsforschung. Zur Verbesserung der Versorgung krebserkrankter Menschen will Hamburg ein **klinisches Krebsregister** aufbauen und strebt dazu substantielle Finanzierungsbeiträge der Krankenversicherungen an.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit des **wirtschaftlichen Verbraucherschutzes** steht die Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Information, Aufklärung und Beratung zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten. Wo erforderlich werden Gesetzesinitiativen unterstützt oder gestartet, um Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung und wirtschaftlichem Schaden zu schützen. Dies betrifft insbesondere das Anbieterverhalten im Finanz- und Versicherungswesen.

Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der wichtigsten Wachstumsbranchen in Hamburg. Mit einer gezielten Clusterpolitik werden hervorragende Bedingungen für Unternehmen, die gesundheitsbezogene Produkte und Dienstleistungen anbieten, geschaffen. Die Clusteragentur Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH unterstützt die Branche darin, Wachstums- und Innovationspotentiale für Hamburg auszuschöpfen, sowie Projekte zu initiieren, um u.a. die Versorgungsstrukturen zu optimieren und den Fachkräftebedarf zu sichern. Die BGV hat zur Unterstützung von innovativen Projekten ein Förderprogramm aufgelegt und bemüht sich zusätzlich europäische und Fördermittel des Bundes einzuwerben. Um die guten Marktchancen von hamburgischen Unternehmen zu fördern, engagiert sich die BGV auch in der internationalen Zusammenarbeit. Gemeinsam mit der Life Science Agentur Norgenta wurde beispielsweise ein vom Europäischen Sozialfonds unterstütztes Servicezentrum (Healthcare Industry Service Centre) in Dubai eingerichtet, das kleine und mittlere Unternehmen aus der Metropolregion darin unterstützt, in den Staaten am arabischen Golf in den Markt einzutreten.

Internet-Auftritt und e-Government

Die BGV informiert auf ihrer Homepage www.hamburg.de/bgv über aktuelle Arbeitsfelder und Leistungen sowie über den Aufbau der Behörde. Die Behörde ist darüber hinaus im Bereich „Bürgerservice“ unter www.hamburg.de für die Ressorts Gesundheit, Verbraucherschutz sowie Senioren, Pflege und Rechtliche Betreuung zuständig. Broschüren werden nicht nur als PDF-Dateien angeboten, sondern die Inhalte zusätzlich in Form von Service-Portalen dargestellt (siehe z.B. unter www.hamburg.de/pflege).

Ausgehend von den aktuellen E-Government-Angeboten der BGV werden alle Aufgabenfelder der Behörde laufend daraufhin untersucht, inwieweit ein interaktiver Austausch zwischen Bürgern, Unternehmen und Behörden mit einer angemessenen Kosten-Nutzen-Relation realisiert werden kann. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem schrittweisen Ausbau der E-Government-Unterstützung der hafen- und flughafenbezogenen Dienste (Hamburg Port Health Center sowie Veterinär- und Einfuhramt).

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2012	2013	2014	+/- in %	
	in Tsd. Euro			2013:2012	2014:2013
Einnahmen	8.355	8.633	8.907	3,3	3,2
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	6.170	6.313	6.587	2,3	4,3
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	2.185	2.320	2.320	6,2	0,0
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	0	0	0	0,0	0,0
Ausgaben	425.907	445.569	455.312	4,6	2,2
Davon:					
Personalausgaben	46.152	47.666	48.137	3,3	1,0
Sach- und Fachausgaben	261.796	290.779	301.539	11,1	3,7
Sonstige Betriebsausgaben ¹	290	- 2.477	- 3.965	- 954,1	- 60,1
Investitionen	117.669	109.601	109.601	- 6,9	0,0

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2013/2014 (in %)	2013		2014	
	Gesamtplan	Einzelplan 5	Gesamtplan	Einzelplan 5
Personalausgaben	24,8	10,7	25,1	10,6
Sach- und Fachausgaben	55,3	64,7	55,8	65,4
Investitionen	7,2	24,6	7,2	24,0

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2010				2011			
Gesamtsoll ²	Ist	auf 2011 übertragene Reste ³		Gesamtsoll ²	Ist	auf 2012 übertragene Reste	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in % zum Soll	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in % zum Soll
121.165	123.869	-4.336	- 3,6	113.493	109.112	4.208	3,7

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Amt für Zentrale Dienste	Amt für Verbraucherschutz	Amt für Gesundheit
Produktbereich 01: Zentrale Dienste	Produktbereich 02: Verbraucherschutz	Produktbereich 03: Gesundheit

Produktgruppe 01 Zentrale Dienste	Produktgruppe 01 Verbraucherschutz	Produktgruppe 01 Gesundheit
Produktgruppe 02 Institut für Hygiene und Umwelt		Produktgruppe 02 Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung

¹ inkl. globale Minderausgabe für 2013/2014 in Höhe von - 2.753Tsd. EUR/- 4.015 Tsd. EUR (5000.972.01)

² Ansatz einschl. Sollübertragungen, zufließenden Einnahmen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

³ Vorgriff 2010 in Höhe von 8.767 Tsd. EUR bei 4930.893.79

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

Generelles

Abweichend vom bisher üblichen Verfahren erfolgt im Einzelplan 9.2 keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Änderungen von Versorgungsausgaben. Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen ab 2013 sind in den dezentralen Behördenbudgets berücksichtigt.

Die Personalausgaben der BGV werden im Kapitel 5000 zusammengefasst. Abweichend von der in den übrigen Bereichen praktizierten Zuordnung sind die Personalausgaben für das Veterinär- und Einfuhramt in der Titelgruppe Z 63 im Kapitel 5300 veranschlagt.

KRD/NSM

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2012, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2012;
- im Finanzplan 2010-2014 in den MAP-Raten 2013 und 2014 enthaltene Anpassungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- strukturelle Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsanpassungen zum 1. April 2011 und 1. Januar 2012 und der Anpassungen der Sonderzahlungen im Beamtenbereich;
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2013
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2011 feststanden;
- Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährigen Mitteltransfers im Haushaltsjahr 2011, sofern dauerhaft fortwirkend.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen der netto-veranschlagten Einrichtungen, Landesbetriebe und Sondervermögen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose 2011 verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).
- Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 14,3 v.H. (2013) bzw. 14,4 v.H. (2014) Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzeplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (Artikel 6 Nummer 1 des Haushaltsbeschlusses).
- Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan (einschließlich der Stellen der Auswahlbereiche gemäß § 15a LHO) ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen gemäß § 15 Abs. 2 LHO, der Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 und 4 LHO sowie ggf. der Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014.

Vorwort Einzelplan 5

Die vom Senat beantragten Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Kapitel	Stellen-Zahl *)	Neue Stellen **)		Stellenhebungen **)		Umwandlungen **)	
		2013	2014	2013	2014	2013	2014
5000 Gesundheit und Verbraucherschutz	699,68	-	-	1	-	-	-
5400 Institut für Hygiene und Umwelt	320,03	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014

***) wie vom Senat beantragt

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Die vorhandenen Titelgruppen wurden beibehalten.

6. Einzelplandeckungskreise

Alle im Einzelplan 5 eingerichteten Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk aufgeführt. Eine Übersicht über die dazugehörigen Titel findet sich in Anlage 4.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zum Einzelplan 5 gehört die folgende nettoveranschlagte Einrichtung nach § 15 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand - in Tsd. Euro -		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt - in Tsd. Euro -	
	2013	2014	2013	2014
Institut für Hygiene und Umwelt	27.806	27.459	0	0

Beim Institut für Hygiene und Umwelt ist im Gesamtaufwand eine Zuführung zur Pensionsrückstellung von jeweils 1.904 Tsd. Euro enthalten. Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind durch eine Gewährleistungszusage der Freien und Hansestadt Hamburg in dieser Höhe gedeckt.

Wirtschaftsplan, Lagebericht/ Produktinformationen und Erläuterungen finden sich in den Anlagen.

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

Entfällt.

9. Zuwendungen

Das Zuwendungsverfahren ist durch Dienstvorschriften geregelt. Darin sind insbesondere die Zuständigkeiten und das Verfahren für die Bewilligung von Zuwendungen, die Überwachung der Verwendung, die Prüfung der Verwendungsnachweise und die Erfolgskontrolle festgelegt.

Geeignete steuerungsrelevante Kennzahlen für die verschiedenen Zuwendungsbereiche sind Bestandteil der jeweiligen Produktinformationen. Sofern in den jeweiligen Haushaltskapiteln Zuwendungen veranschlagt sind, werden die wesentlichen Aussagen hierzu in den Ziffern 2. der Kapitel- / Titelerläuterungen dargestellt.

Sämtliche Zuwendungen der Behörde werden mit Hilfe des EDV-gestützten Verfahrens „Integrierte Erfassung und Bearbeitung von Zuwendungen“ (INEZ) bewilligt. Dieses Verfahren stellt sicher, dass die Bewilligungen nach einheitlichen Kriterien ausgesprochen und alle Zuwendungsfälle dokumentiert werden. Auch die Verwendungsnachweisprüfung ist in dieses Verfahren eingeschlossen. Mit Hilfe eines Auswertungssystems ist es möglich, jederzeit Auskunft über Volumina, Bewilligungen und Verfahrensstände zu erhalten.

Im Rahmen des jährlichen Berichtes über den Haushaltsverlauf eines Haushaltsjahres werden gegenüber Senat und Bürgerschaft die Abläufe der Zuwendungsverfahren dargestellt und die wesentlichen Ergebnisse des Zuwendungscontrollings über Bewilligungen und Verwendungsnachweisprüfungen übermittelt.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

10.1 Darstellung der Produktbereiche und -gruppen

Die Produktinformationen im Einzelplan 5 sind in drei Produktbereiche untergliedert. Diese spiegeln die in den jeweiligen Ämtern verfolgten Ziele und Aufgaben wider. Es besteht folgende Zuordnung der Kapitel zu den Produktbereichen:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
01 Zentrale Dienste	5000	Zentrale Dienste
	5400	Institut für Hygiene und Umwelt
02 Verbraucherschutz	5300	Verbraucherschutz
03 Gesundheit	5100	Gesundheit
	5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung

10.2 Finanzielle Übersichten nach Produktbereichen

Haushaltsplan 2012

	Gesamt-einnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	8.355	46.152	262.086	117.669	425.907
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	8.355	46.152	262.086	117.669	425.907
Produktbereich 02	0	0	0	0	0
Produktbereich 03	0	0	0	0	0

Haushaltsplan 2013

	Gesamt-einnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben ⁴	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	8.633	47.666	288.302	109.601	445.569
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.254	7.171	18.110	1.071	26.352
Produktbereich 02	5.460	24.643	5.272	18	29.933
Produktbereich 03	1.919	15.852	264.920	108.512	389.284

Haushaltsplan 2014

	Gesamt-einnahmen	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben ⁵	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	8.907	48.137	297.574	109.601	455.312
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.254	7.294	16.616	1.071	24.981
Produktbereich 02	5.719	24.878	5.272	18	30.168
Produktbereich 03	1.934	15.965	275.686	108.512	400.163

⁴ inkl. sonstige Betriebsausgaben 2013 in Höhe von - 2.477 Tsd. EUR

⁵ inkl. sonstige Betriebsausgaben 2014 in Höhe von - 3.965 Tsd. EUR

Produktinformationen

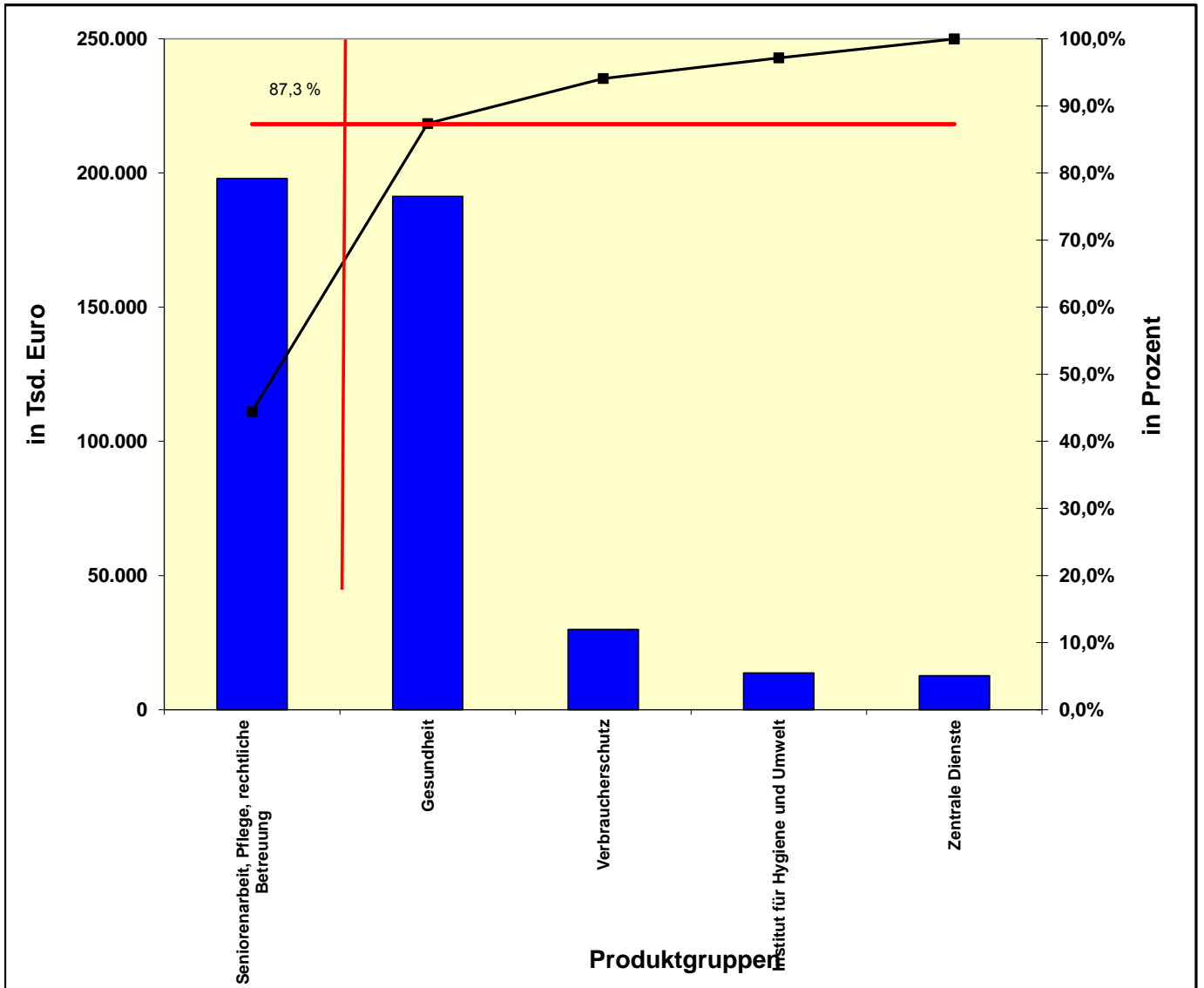
Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

**Strukturdatenblatt
Einzelplan 5**

Haushaltsjahr 2013: Einzelplan 5							
Tabelle							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung	03	197.961	44,4%	44,4%	3	22
2	Gesundheit	03	191.323	42,9%	87,4%	9	50
3	Verbraucherschutz	02	29.933	6,7%	94,1%	9	29
4	Institut für Hygiene und Umwelt	01	13.706	3,1%	97,2%		
5	Zentrale Dienste	01	12.646	2,8%	100,0%	3	6
Summe			445.569	100,0%		24	107



Produktinformationen

Produktbereich 01: Zentrale Dienste

Kapitel 5000/5400

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹	1.524	2.892	1.459	1.254	1.254
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.524	2.892	1.459	1.254	1.254
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	20.609	20.638	23.944	25.281	23.910
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	1.771	1.822	8.330	7.171	7.294
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³	18.838	18.816	15.614	20.863	20.631
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	1	2	10	10
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR ⁴	-	-	-	-2.753	-4.015
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁵	863	1.771	1.121	1.071	1.071
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	21,77	25,40	82,07	88,97	88,08

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Produktbereichsbezogene Planung und Steuerung sowie Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Zentrale Dienste

Produktgruppe 01: Zentrale Dienste

Kapitel 5000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Zentrale Leitungsunterstützung bei der Steuerung der Fachaufgaben und der produktbereichsbezogenen Fachplanungen, Qualitätsmanagement sowie Umsetzung der Strategie zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg
Z 2:	Steuerung und Optimierung der Aufgabenwahrnehmung durch effektiven Einsatz von Ressourcen

¹ Generell: Ab 2012 Anpassungen auf Grund der Neustrukturierung der Behörden (Gesetz über Verwaltungsbehörden vom 19.04.2011 [HmbGVBl. S. 123]) sowie behördenübergreifender Aufgabenverlagerungen. Für das Ergebnis der Jahre 2010 und 2011 werden Ressourcenkennzahlen deshalb nur dort ausgewiesen, wo vergleichbare Strukturen zugrundeliegen. Die Planwerte 2012 sind identisch mit der Darstellung im Haushaltsplan 2011/2012. Sie wurden zu einem Zeitpunkt erhoben, als die Aufteilung der BSG-Ressourcen auf BASFI und BGV noch nicht abgeschlossen war. Abweichungen in der Kennzahlenentwicklung resultieren in der Regel aus diesem statistischen Effekt.

² Alle dargestellten Personalausgaben entsprechen den Werten der Veranschlagung. Die BGV strebt an, im Rahmen eines ambitionierten Konsolidierungsprogramms für den Personalbereich weniger Mittel auszugeben und in Höhe der Differenzbeträge einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der im Kapitel 5000 ausgebrachten Globalen Minderausgabe zu leisten.

Die Ergebniszahlen 2010 und 2011 bilden nur das Ergebnis der BSG "Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz" ab. In der Produktinformation der BASFI (EP4) sind in den Ergebnissen 2010/2011 die Intendanten für das Amt G noch mit abgebildet. Die Personalausgaben (Ergebnis - und Plandaten) beinhalten auch die Zahlen für den nach §15 LHO veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt.

³ Die Gesamtausgaben beinhalten auch die Zahlen für den nach § 15 LHO veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt. Die zentralen Ansätze für Miete, Bewirtschaftung etc., werden zentral im Kapitel 5000 ausgewiesen.

⁴ Die globale Minderausgabe für den Einzelplan 5 wird zentral im Kapitel 5000 ausgewiesen.

⁵ Die Investitionsausgaben beinhalten auch die Zahlen für den nach § 15 LHO veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt.

Produktbereich: 01
Zentrale Dienste

<i>Produkte</i>
<p>P 1 Aufgabenplanung, Gesundheitswirtschaft, Parlamentsangelegenheiten Schwerpunkte: Behördenweites Controlling von Fachplanungen, Koordinierung und Vorbereitung politischer (Senat, Bürgerschaft und Deputation) und überregionaler Gremien. Stärkung der Gesundheitswirtschaft und Förderung von Projekten unter Einbeziehung der internationalen Zusammenarbeit, Steuerung der Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH als gemeinsame Clusteragentur von Handelskammer und Stadt Hamburg.</p> <p>P 2 Personal- und Ressourcensteuerung Schwerpunkte: Behördenweites Finanzcontrolling, Personalverwaltung und -betreuung, Organisation</p> <p>P 3 IT und Verwaltungsservice Schwerpunkte: Bedarfsgerechte IT- und Verwaltungsunterstützung der Behörde</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.524	2.892	1.459	1.254	1.254
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.524	2.892	1.459	1.254	1.254
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.108	8.346	10.313	12.638	11.262
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.290	3.190	7.496	8.367	8.383
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.818	5.156	2.817	7.024	6.894
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	1	2	10	10
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-2.753	-4.015
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	188	110	2	8	8

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	326	344	817	833	827
· innerbehördlich in Tsd. EUR	288	306	705	717	711
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	38	38	112	116	116

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Sach- und Fachausgaben: Der Schwerpunkt liegt bei den Sachkosten im Betriebskonto 5000, Z 61, insb. Miete, Bewirtschaftung, Bauunterhaltung sowie den Ausgaben im Zusammenhang mit der Gesundheitswirtschaft, P 1 - P 3 4,8/4,8 Mio. EUR.</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	21,77	25,40	82,07	88,97	88,08
Anzahl der (aktiven und passiven) Beschäftigten	-	-	1.054	1.013	1.003

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendanz an den gesamten Personalausgaben in %	11,24	11,98	9,41	9,27	9,17

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	-	-	1.028	1.170	1.170
Durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	-	-	408	395	395
Durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	-	-	620	775	775

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	7.215	7.399	5.406	5.460	5.719
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	7.215	7.399	5.406	5.460	5.719
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	32.518	33.168	29.619	29.915	30.150
• Personalausgaben in Tsd. EUR	26.303	26.183	23.165	24.643	24.878
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.215	6.985	6.454	5.272	5.272
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	913	895	882	887	887
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.085	2.086	1.911	2.202	2.202
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	211	61	22	18	18
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	316,38	327,39	300,90	312,26	309,13

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Präventiv wirkender Verbraucherschutz in Hamburg durch Bündelung sämtlicher verbraucherschutzpolitischer Maßnahmen und Neuordnung ihres Vollzuges, Stärkung des Tierschutzes.
Z 2:	Intersektoraler Verbraucherschutz, Arbeitsschutz und Patientenschutz durch Weiterentwicklung von Konzepten sowie von Umweltmedizin und Epidemiologie.
Z 3:	Sicherung eines hohen Untersuchungsniveaus in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lebensmittelvirologie und Infektionsepidemiologie im Institut für Hygiene und Umwelt.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Verbraucherschutz

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Weiterentwicklung der für die Produktgruppe einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben. Qualitätsmanagement - gestützte Umsetzung und fachliche Steuerung in Hamburg.
Z 2:	Gewährleistung einer effektiven Überwachung von Lebensmitteln, Futtermitteln, kosmetischen Mitteln, Tabakerzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzbuches.
Z 3:	Sicherstellung der Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung, der Tierarzneimittelüberwachung des Tierschutzes sowie Umsetzung des Hamburger Hundegesetzes.
Z 4:	Durchführung einer effektiven lebensmittel-, futtermittel- und tierseuchenrechtlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrkontrolle.
Z 5:	Sicherung und Erhöhung des Patientenschutzes in Hamburg in den Bereichen Arzneimittel, Medizinprodukte und Patientenversorgung; Ausbau der Patientenrechte.
Z 6:	Verbesserung des physischen und psychischen Gesundheitsschutzes abhängig Beschäftigter durch eine effektive Überwachung und Beratung Hamburger Betriebe sowie Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung.
Z 7:	Gewährleistung des Schutzes vor Gefahren durch unsichere Produkte und des Schutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Dritter vor Gefahren durch Anlagen.
Z 8:	Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren, Sicherung und Optimierung der Daten im Hamburgischen Krebsregister.
Z 9:	Stärkung der Marktposition der Verbraucherinnen und Verbraucher in wirtschaftlichen Fragen.

Produkte

P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten

Schwerpunkte:

Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten.

Einführung und Weiterentwicklung von Qualitätsmanagement - Systemen in der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und im Veterinärwesen.

Umsetzung der Vereinbarung zur ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg, Steuerung der Beteiligung Hamburgs an der „Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie“ (GDA), Steuerung der Kooperation in der Marktüberwachung mit Ostseeanrainerstaaten (Ostseenetzwerk).

P 2 Überwachung von Lebensmitteln, Futtermitteln, kosmetischen Mitteln, Tabakerzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzbuches

Schwerpunkte:

Weiterentwicklung einer am Bedarf und Gefährdungspotenzial orientierten Überwachung sowie der herkömmlichen Vollzugsinstrumente (Betriebskontrolle und Beprobung).

P 3 Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung, Tierarzneimittelüberwachung, Tierschutz

Schwerpunkte:

Koordinierung fachbehördlicher (Überwachungs-) Maßnahmen auf den Gebieten der Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung und des Tierschutzes.

Durchführung der Tierarzneimittelüberwachung.

Umsetzung Hamburger Hundegesetz.

P 4 Ein-, Aus- und Durchfuhrkontrolle bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer und nicht-tierischer Herkunft über den Hamburger Hafen und Flughafen

Schwerpunkte:

Durchführung von Kontrollen und Untersuchungen bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer und nicht-tierischer Herkunft über den Hamburger Hafen und Flughafen bei Einfuhren in die EU.

Ausstellung von Exportzertifikaten für Waren, die aus der Europäischen Union ausgeführt werden.

Kontrollen bei Transitsendungen (Überwachung von Ein- und Auslagerungen).

P 5 Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin

Schwerpunkte:

(Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von zielgruppenspezifischen Überwachungskonzepten in den Bereichen Arzneimittel und Medizinprodukte durch Aufsicht, Beratung und Systemkontrolle mit dem Ziel, dass nur sichere Produkte auf den Markt kommen bzw. unsichere Produkte vom Markt genommen werden.

P 6 Gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz

Schwerpunkte:

Durchführung von Systemkontrollen in Hamburger Betrieben zur Überwachung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Durchführung von branchenbezogenen Kooperationsprojekten mit z.B. Unfallversicherungsträgern und weiteren Partnern zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards in den Betrieben, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Durchführung von Arbeitsprogrammen mit den Unfallversicherungsträgern im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA).

Durchführung von Projekten und Kampagnen zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Rahmen der ArbeitsschutzPartnerschaft.

P 7 Produkt- und Anlagensicherheit

Schwerpunkte:

Aufsichts- und Prüftätigkeit hinsichtlich Anlagen, die mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit einer besonderen Überwachung bedürfen, Weiterentwicklung der Überwachung anhand der durch Deregulierung und Liberalisierung gekennzeichneten Betriebs- und Prüfvorschriften; Kooperation mit den Überwachungsorganisationen.

Verstärkung von Marktkontrollen und Intensivierung von Produktprüfungen, auch im Rahmen überregionaler Projekte (z.B. Ostseeraum).

P 8 Umweltbezogener Gesundheitsschutz, Hamb. Krebsregister

Schwerpunkte:

Stellungnahmen und Initiativen zur Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsrisiken, aktive Mitwirkung an der länderübergreifenden Diskussion zur Fortentwicklung deren Abschätzung und Bewertung.

Erfassung von Ausmaß und Verbreitung von Krebskrankheiten in der hamburgischen Bevölkerung und Untersuchung ihrer zeitlichen Entwicklung.

Produktbereich: 02
Verbraucherschutz

P 9 Wirtschaftlicher Verbraucherschutz
 Schwerpunkte:
 Initiativen innerhalb Hamburgs, bundesweit- und auf EU-Ebene, aktive Mitwirkung an länderübergreifenden Projekten und Arbeitsgruppen, Öffentlichkeitsarbeit im wirtschaftlichen Verbraucherschutz (z.B. Broschüren, Internetauftritt, Zusammenarbeit und Austausch mit der Verbraucherzentrale Hamburg).

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	7.215	7.399	5.406	5.460	5.719
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	7.215	7.399	5.406	5.460	5.719
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	32.518	33.168	29.619	29.915	30.150
• Personalausgaben in Tsd. EUR	26.303	26.183	23.165	24.643	24.878
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.215	6.985	6.454	5.272	5.272
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	913	895	882	887	887
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.085	2.086	1.911	2.202	2.202
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	211	61	22	18	18

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	3.351	3.530	2.527	2.654	2.654
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.956	3.137	2.180	2.284	2.281
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	395	393	347	370	373

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen:
 Gebühren nach der GebOöG für Einfuhruntersuchungen, P 4 4,3/4,6 Mio. EUR
 Gebühren nach der GebOAS und der Kostenverordnung des Bundes auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der technischen Überwachung, P 6 - P 7 0,7/0,8 Mio. EUR

Sach- und Fachausgaben:
 Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes und Veterinärwesens (Betriebskonto 5300 Z 61 und 5300 Z 63), P 1- P 5 und P 8 - P 9 0,8/0,8 Mio. EUR
 Zuwendungen an die Verbraucherzentrale Hamburg e.V. und Kostenerstattung an den Tierschutzverein, P 3 und P 9 0,8/0,8 Mio. EUR
 Sach- und Fachausgaben im Bereich Arbeitnehmerschutz, P 6 und P 7 0,6/0,6 Mio. EUR

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	316,38	327,39	300,90	312,26	309,13

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten :					
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren	4.800	5.249	4.000	5.200	5.200
Begonnene Rechtsverfahren	2.000	2.100	2.500	2.100	2.100
Bußgeld-/ Verwarngeldeinnahmen in Tsd. EUR	354	370	500	370	370
P 2: Überwachung von Lebensmitteln, Futtermitteln, kosmetischen Mitteln, Tabakerzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzbuches :					
Anzahl der durchgeführten Untersuchungen von Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen, Tabak und kosmetischen Mitteln	13.391	13.409	13.700	13.700	13.700
Anzahl der Betriebskontrollen	20.724	19.740	18.000	18.000	18.000
P 3: Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung, Tierarzneimittelüberwachung, Tierschutz :					
Überprüfte Betriebseinheiten, die Tierarzneimittel handhaben	31	21	58	58	58
Anzahl durchgeführter veterinärmedizinischer Diagnostik ⁶	6.080	7.211	2.700	6.500	6.500
Anzahl bearbeiteter Anträge und Anzeigen von Tierversuchen sowie Kontrollen von Tierversuchseinrichtungen	484	375	450	450	450
P 4: Ein-, Aus- und Durchfuhrkontrolle bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer und nicht-tierischer Herkunft über den Hamburger Hafen und Flughafen :					
Gestellte Anträge zur Ein- und Durchfuhr	37.316	39.998	45.000	40.000	40.000
Anzahl der durchgeführten Untersuchungen von Importproben (Lebensmittel und Futtermittel)	6.899	6.672	7.500	7.000	7.000
Administrative Aufgaben im Bereich der Ein- und Durchfuhr (Teilungen, Beglaubigungen, Umschreibungen)	5.288	7.559	6.000	7.000	7.000
P 5: Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin:					
Anzahl der Überwachungen in Apotheken	113	122	107	110	110
Betriebskontrollen in Drittländern in Personen-Tagen	380	596	375	400	400
Betriebe mit Herstellungserlaubnis nach § 13 AMG inkl. Blutbetriebe (Inspektionen)	8	8	7	7	7
Betriebe mit Erlaubnis nach §20b und §20c AMG/Gewebe (Inspektionen)	11	3	7	7	7
Anzahl der gezogenen Proben im Pharmaziebereich	89	86	90	86	86
Anzahl Überwachungen in Krankenhäusern / Privatkrankenanstalten mit mehr als 100 Betten nach Medizinproduktebetrieberverordnung (zzgl. thematischer Schwerpunktüberwachungen im Rahmen von Projekten)	26	24	23	24	24
P 6: Gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz:					
Anzahl der Aufsichtstätigkeit in Betrieben, auf Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen (Gesamtzahl von Betrieben, Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen: 130.000) ⁷	4.858	4.780	5.000	4.800	4.800
Bearbeitete Anfragen/ Anzeigen/ Anträge auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (Bearbeitungsquote = 100 %)	18.761	19.900	22.000	20.000	20.000
Kooperationsprojekte	13	11	15	15	15
Anzahl von Systemkontrollen (eigengesteuerte Besichtigungen) in Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte (Gesamtzahl von Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für	207	186	180	180	180

⁶ Zusätzliche Untersuchungspflicht für Bovine Virus Diarrhöe (BVD) bei Rindern. Dadurch sind die Untersuchungszahlen stark angestiegen.

⁷ In dieser Kennzahl sind die Besichtigungen im Rahmen der Arbeitsprogramme der GDA enthalten.

Produktbereich: 02
Verbraucherschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Beschäftigte in 2011: 157)					
Umschlagskontrollen im Hafen (Anzahl der Schiffsabfertigungen in 2011: 23.600)	444	438	500	400	400
Zahl der mit Zusammenhangsgutachten oder beratender Stellungnahme abgeschlossener Berufskrankheitenverfahren	413	421	385	385	385
P 7: Produkt- und Anlagensicherheit :					
Projekte im Bereich Produktsicherheit	4	3	4	4	4
Eigengesteuerte Besichtigungen von überwachungsbedürftigen Anlagen (Aufzüge, Dampfkessel usw.)	1.200	995	1.000	1.000	1.000
Projekte im Bereich Anlagensicherheit	4	3	4	4	4
Proben von Verbraucherprodukten gem. § 8 GPSG (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz) ⁸	1.914	1.800	890	900	900
P 8: Umweltbezogener Gesundheitsschutz, Hamb. Krebsregister:					
Meldebeteiligung: Anzahl von Meldungen über Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen an das Hamburgische Krebsregister ⁹	40.664	38.684	25.000	28.000	28.000

⁸ Bislang wurden neben den Proben aus dem Handel alle Proben vom Zoll mitgezählt, ab 2012 wurde der Probenbegriff enger definiert und auf die Proben beschränkt, die der Zoll nicht nach seiner immer wiederkehrenden Produktliste ausgesucht hat.

⁹ Aufgrund begrenzter Finanz- und Personalressourcen ist nicht planungssicher, ob die derzeitige Meldermotivation aufrecht erhalten und die Meldungsanzahl weiterhin erreicht werden kann. Über den Aufbau eines klinischen Krebsregisters in Hamburg soll eine Verstärkung der Meldungen erreicht werden.

Produktbereich 03: Gesundheit

Kapitel 5100/5200

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5.950	5.416	1.490	1.919	1.934
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	5.950	5.416	1.490	1.919	1.934
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	-	-	0	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	263.621	264.270	254.675	280.772	291.651
• Personalausgaben in Tsd. EUR	17.006	16.736	14.657	15.852	15.965
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	246.340	247.259	239.728	264.644	275.636
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	23.984	23.549	22.650	24.396	24.396
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	199.805	218.222	209.868	235.543	246.515
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	275	275	290	276	50
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	122.949	107.286	116.526	108.512	108.512
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	186,09	189,56	181,47	193,97	192,96

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Schutz des Menschen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Stärkung gesundheitsfördernder und präventiver Strategien, Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen.
Z 2:	Sicherung und Weiterentwicklung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen und sozialversicherungsrechtlicher Grundlagen.
Z 3:	Unterstützung älterer, pflegebedürftiger und betreuungsbedürftiger Menschen durch Optimierung von Versorgungsstrukturen und Hilfesystemen sowie Stärkung von Selbsthilfepotenzialen
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Gesundheit
PG 2	Senioren, Pflege und rechtliche Betreuung

Produktgruppe 01: Gesundheit

Kapitel 5100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Durchführung ordnungsgemäßer Prüfungen sowie Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen, Gewinnung ausländischer Fachkräfte durch Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen, Mitwirkung bei der Erarbeitung ethischer Standards zur Einführung und Anwendung neuer medizinischer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden sowie zur Prävention und Kompensation von Berufskrankheiten.
Z 2:	Aufbau und Erhalt bedarfsgerechter und zielgruppenorientierter Versorgungsstrukturen in der Suchtkrankenhilfe.
Z 3:	Informationsvermittlung im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung.
Z 4:	Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in allen gesellschaftlichen Bereichen (intersektoral) und Verbesserung der Kooperation und Vernetzung von Gesundheitsangeboten in Settings (u.a. Stadtteile) und Sozialsystemen (z.B. Bildungseinrichtungen, besonderen Zielgruppen).
Z 5:	Entwicklung, Steuerung sowie Steigerung der Effektivität der Leistungsangebote der Bezirke im Öffentlichen Gesundheitsdienst.
Z 6:	Sicherung der Rahmenbedingungen für eine arbeitsmedizinische Präventionsforschung auf hohem Niveau; Ausbau der einheitlichen qualitätssichernden Aufgabenwahrnehmung in Deutschland im Bereich der Schiffsmedizin und der Schiffshygiene.
Z 7:	Gewährleistung einer bedarfsgerechten und effizienten Krankenhausversorgung nach dem HmbKHG.
Z 8:	Investitionsfinanzierung nach dem HmbKHG.
Z 9:	Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Behandlungsplätzen für den Vollzug der Maßregeln gem. §§ 63 und 64 StGB.

Z 10: Weiterentwicklung der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung für ein qualitatives und effektives Angebot an notwendiger sozialer Sicherung.
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin</p> <p>Schwerpunkte:</p> <p>Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung für die Berufe im Gesundheitswesen, z.B. bei der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes und der Approbationsordnung für Zahnärzte, des Rettungsassistentengesetzes, des Transplantationsgesetzes, Novellierung des Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker/in“ (Lebensmittelchemiker-Gesetz) und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Mitwirkung an der Entwicklung ethischer und rechtlicher Standards in der Biomedizin und bei der Entwicklung eines neuen Pflegeberufsgesetzes sowie eines Gesetzes über den Beruf des Operationstechnischen Assistenten.</p> <p>Umsetzung neuer Rechtsnormen, u.a. der novellierten Approbationsordnung für Zahnärzte und Ärzte, der geänderten bundesrechtlich geregelten Berufsgesetze im Kontext des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse. Aufsichtstätigkeit und Zulassungserteilung für akademische Heilberufe und Gesundheitsfachberufe, Ausübung der Rechtsaufsicht über die Heilberufekammern.</p> <p>Mitwirkung am Aufbau eines zentralen, länderübergreifenden elektronischen Gesundheitsberuferegisters (eGBR) für die Ausgabe von Berufsausweisen für Angehörige der nicht verkammerten Gesundheitsberufe.</p> <p>Erarbeitung nationaler und internationaler, wissenschaftlich und ethisch fundierter Leitlinien und Empfehlungen bzgl. der arbeitsmedizinischen Diagnostik, Prävention und Zusammenhangsbeurteilung.</p>
<p>P 2 Drogen und Sucht</p> <p>Schwerpunkte:</p> <p>Veröffentlichung und Umsetzung des Suchthilfeberichts 2012; Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Standes der Drogen- und Suchthilfe in Hamburg unter besonderer Berücksichtigung der Situation von suchtkranken schwangeren Frauen und Familien sowie Ausführungen zur Weiterentwicklung des differenzierten Drogen- und Suchthilfesystems.</p> <p>Entwicklung von Strategien zur Versorgung älterer suchtkrank Menschen.</p> <p>Weiterführung der Dachkampagne zum Medikamentenmissbrauch.</p> <p>Weiterentwicklung des standardisierten Berichtswesens der Eingliederungshilfe für suchtkranke Menschen.</p>
<p>P 3 Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsberatung</p> <p>Schwerpunkte:</p> <p>Lebensphasenbezogene Erfassung, Analyse und Bewertung gesundheitlicher Parameter der hamburgischen Bevölkerung sowie Beschreibung gesundheitlicher Angebotsstrukturen mit Schwerpunkt Jugend- und Familiengesundheit.</p> <p>Entwicklung von Ziel- und Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Erkenntnisse der Gesundheitsberichterstattung, dies schließt auch Beschreibungen der Wirksamkeit von Maßnahmen ein; Ableitung von präventiven, gesundheitsfördernden Ansätzen und Beratungsleistungen für die Allgemeinbevölkerung und für besondere Zielgruppen.</p> <p>Niedrigschwellig organisierte Angebote der Gesundheitsberatung (und ggf. Untersuchungen) für Zielgruppen, die durch sonstige Maßnahmen der Gesundheitsinformation, -aufklärung und -beratung nicht oder nur unzureichend erreicht werden.</p> <p>Entwicklung von ziel- und zielgruppengeleiteten Gesundheitsförderungs- und Präventionskonzepten, z.B. in den Bereichen Kinder- und Familiengesundheit, HIV/AIDS/STD.</p> <p>Fortführung und Weiterentwicklung des Paktes für Prävention - gemeinsam für ein gesundes Hamburg.</p> <p>Entwicklung und Initiierung von Konzepten zur Verbesserung der Gesundheit im Säuglings-, Kindes- und Jugendalter sowie der frühen Hilfen, Konzeptentwicklung in den Bereichen Ernährung und Bewegung</p> <p>stadtteilbezogene Gesundheitsförderung und Gesundheitsförderung im Alter sowie im Bereich Gesundheit und Arbeit.</p>
<p>P 4 Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst</p> <p>Schwerpunkte:</p> <p>Die Leistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden unter Berücksichtigung bevölkerungsmedizinischer Entwicklungen für alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger vorgehalten. Die Aufgabenwahrnehmung durch den Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst ist im Bereich des Infektionsschutzes mit den Aufgaben der Fachämter Gesundheit vergleichbar.</p> <p>Kinder- und Jugendärztlicher Dienst: Planung und Koordinierung präventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen nach dem HmbSG, HmbGDG, KibeG.</p> <p>Umsetzung der internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV). Aufbau von Kernkapazitäten am Flughafen und im Hafen zum Schutz der Bevölkerung vor der internationalen Verschleppung von Infektionskrankheiten.</p>

Optimierung der Strukturen zum Schutz vor besonderen Infektionslagen, insbesondere Weiterentwicklung der Hamburger Pandemieplanung unter besonderer Berücksichtigung der Influenzapandemie 2009/2010, Ausbau von Maßnahmen zu Vollzug und Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes sowie Mitarbeit an seiner Novellierung, Vorbeugung von übertragbaren Krankheiten, frühzeitiges Erkennen von Infektionen und Verhinderung deren Weiterverbreitung im Sinne des IfSG; Entwicklung und Umsetzung von Impfstrategien zur Erhöhung der Impfraten bei impfpräventiven Krankheiten. Weiterentwicklung von Hygienestandards in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen.

P 5 Arbeitsmedizinische poliklinische Versorgung und anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin

Schwerpunkte:

Betrieb der Arbeitsmedizinischen Poliklinik und Labordiagnostik für Patienten und Betriebe der Metropolregion Hamburg. Weiterentwicklung des praxisbezogenen und wissenschaftlichen Kenntnisstandes in der klinischen Arbeitsmedizin, Arbeitstoxikologie und Molekularbiologie, Allergologie und Arbeitspsychologie durch das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin, Weiterentwicklung und Koordinierung fachlicher Standards in der Schifffahrtsmedizin.

Bearbeitung von aktuellen Forschungsprojekten in regionalen und internationalen Kooperationen.

P 6 Versorgungsplanung und Krankenhausentgeltregelungen

Schwerpunkte:

Umsetzung des Krankenhausplans 2015 (Laufzeit 2011-2015). Nach der Zwischenfortschreibung 2011 zur Psychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Psychosomatischen Medizin werden in der Zwischenfortschreibung 2012 des Krankenhausplans 2015, bedarfsgerechte, kontinuierliche Anpassungen des Krankenhausplans an die Entwicklungen in allen medizinischen Fachgebieten (Somatik und Psychiatrie) und an Patientenströme vorgenommen.

Weiterentwicklung der Struktur und Organisation des gesundheitlichen Katastrophenschutzes.

Erladigung von Rechtsangelegenheiten wie Genehmigung von Krankenhausentgelten, Konzessionierung privater Krankenanstalten, Widerspruchs- und Prozessverfahren.

P 7 Krankenhausinvestitionsförderung

Schwerpunkte:

Verstetigung der für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung gestellten Mittel zur Umsetzung weiterer notwendiger Strukturmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung zur Umsetzung von Strukturverbesserungen und zur Optimierung der Patientenversorgung.

P 8 Maßregelvollzug

Schwerpunkte:

Kontinuierliche Anpassung und Optimierung des Maßregelvollzugs unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheit der Bevölkerung vor dem Hintergrund weiter steigender Zahlen.

Jährliche Entgeltverhandlungen zur Sicherstellung der laufenden Kosten des Maßregelvollzugs.

P 9 Sozialversicherung

Schwerpunkte:

Mitwirkung an der Rechtssetzung zur Weiterentwicklung der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung hinsichtlich der Finanzierung, des Leistungsniveaus, der Organisation, der Versorgungsangebote sowie der Eigenvorsorgen vor dem Hintergrund des Wandels in der Demographie und Arbeitswelt. Aufsicht über die landesunmittelbaren Kranken- und Pflegekassen und deren Verbände, die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Prüfungsausschüsse zur Gewährleistung einer gesetzeskonformen Durchführung ihrer Aufgaben.

Haushaltsdaten	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.557	1.555	875	1.265	1.280
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.557	1.555	875	1.265	1.280
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	-	-	0	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	83.159	79.657	77.771	83.046	85.259
• Personalausgaben in Tsd. EUR	15.285	15.205	12.823	13.683	13.797
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	67.599	64.177	64.658	69.087	71.412
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	20.618	21.263	20.353	22.134	22.134
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	26.021	40.166	39.810	44.963	47.268
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	275	275	290	276	50
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	122.403	106.726	116.276	108.277	108.277

Produktbereich: 03
Gesundheit

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.110	2.050	1.399	1.473	1.472
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.822	1.822	1.207	1.268	1.265
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	288	228	192	205	207

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen: Verwaltungs- und Benutzungsgebühren nach der Gebührenordnung für das öffentliche Gesundheitswesen (GebOöG) bei der Umsetzung der Vorschriften bzgl. der Gesundheitsberufe sowie Amtshandlungen des Hafen- und Flughafenzärztlichen Dienstes, P 1 und P 4 0,6/0,6 EUR</p>
<p>Sach- und Fachausgaben: Zuwendungen an Träger in den Bereichen Drogen und Sucht sowie Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention zur Sicherstellung des Angebotes und Umsetzung von Konzepten, P 2 und P 3 21,4/21,4 Mio. EUR Ausgaben für die Eingliederungshilfe von Suchtkranken und -gefährdeten P 2 12,7/13,5 Mio. EUR Zuweisungen an Dritte für den Maßregelvollzug, P 8 29,9/31,4 Mio. EUR</p>
<p>Investitionen: Fördermittel für Krankenhäuser nach § 21, 23, 24 und 27 HmbKHG, P 7 76,4/77,2 Mio. EUR Fördermittel für Krankenhäuser nach § 22 HmbKHG, P 7 31,0/31,0 Mio. EUR</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	160,17	167,13	155,27	168,74	167,98

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin:					
Anzahl der Prüfungsteilnehmer und -teilnehmerinnen (akademische und nicht-akademische Gesundheitsberufe und Gesundheitsfachberufe, einschl. Heilpraktikerprüfungen)	3.300	3.200	3.300	3.200	3.200
Anhängige berufsrechtliche Verfahren	90	129	103	130	130
Anzahl der Neuanträge auf Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses in einem akademischen und nicht-akademischen Gesundheitsberuf und Gesundheitsfachberuf	150	240	380	380	380
P 2: Drogen und Sucht:					
1. Daten des ambulanten Hilfesystems					
erreichte Klienten (ca. Zahl) im Hilfesystem	15.251	15.576	15.000	15.000	15.000
Anzahl der ambulanten Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsangebote	54	52	52	49	49
Anzahl der Drogenkonsumräume	5	5	5	5	5
Anzahl der Drogenkonsumvorgänge	217.165	205.567	235.000	225.000	225.000
getauschte Spritzen in Drogenhilfeeinrichtungen	472.352	384.028	460.000	460.000	460.000
Mindestanzahl erfolgreicher Therapievermittlungen (Abstinenztherapien)	1.903	1.740	1.900	1.900	1.900
Anzahl psychosozialer Betreuungen (Personen)	2.199	2.127	2.100	2.100	2.100
Mindestanzahl durchgeführter Beratungsprozesse	14.015	13.362	14.000	14.000	14.000
Mindestanzahl der sozialen Integration (Fälle)	3.414	3.422	3.200	3.200	3.200

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
2. Daten des stationären Hilfesystems					
Platzzahl für Vor- und Nachsorge- sowie Übergangseinrichtungen	345	345	325	355	355
- davon vollstationäre Plätze ¹⁰	205	205	185	215	215
- davon teilstationäre Plätze	140	140	140	140	140
Anzahl (teil-)stationärer Maßnahmen in hamburgischen Einrichtungen (Erstbewilligungen)	926	896	950	950	950
Anzahl (teil-)stationärer Maßnahmen in Einrichtungen außerhalb Hamburgs (Erstbewilligungen)	221	192	290	205	200
Anzahl unterschiedlicher Klientinnen und Klienten in Maßnahmen der Eingliederungshilfe	1.093	1.145	1.150	1.150	1.150
P 3: Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsberatung:					
Eingegangene Verwendungsnachweise	26	24	24	25	25
Eingegangene Verwendungsnachweise (Volumen) in Tsd. EUR	3.540	3.715	3.592	3.661	3.661
Untersuchungen auf sexuell übertragbare Krankheiten	6.445	8.079	5.500	7.000	7.000
Persönliche und telefonische AIDS-Beratungen	7.757	7.147	7.000	7.000	7.000
P 4: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst:					
Anzahl der an Bord überprüften und abgefertigten Schiffe	1.957	1.756	2.000	2.000	2.000
Anzahl der ausgestellten Zertifikate ¹¹	1.244	1.277	1.400	1.400	1.400
Beteiligung an Kontrollen des Umgangs mit Gefahrstoffen des HU im Hafen, u.a. bei Containerbegasungen	3	20	20	20	20
Anzahl der Kontrollen Flughafen (Ver- und Entsorgungsanlagen)	45	27	50	50	50
Anzahl der Kontrollen Flugzeuge	52	18	100	25	25
Anzahl der Kontrollen Hafenfahrzeuge	130	98	150	150	150
Anzahl der Kontrollen Hafenanlagen	45	67	50	50	50
Anzahl der Kontrollen Binnenschiffe	51	46	100	100	100
Anzahl der Kontrollen Passagierschiffe	66	98	100	100	100
Konsultationen Seemannssprechstunde	546	636	600	600	600
Impfungen Seemannssprechstunde	364	679	500	500	500
P 5: Arbeitsmedizinische poliklinische Versorgung und anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin:					
Forschungsprojekte	27	25	30	30	30
Poliklinische Patienten einschließlich Probanden von Studien	543	452	500	450	450
Laboranalysen im arbeitsmedizinisch-toxikologischen und im allergologischen Labor; zusätzlich Ambient-Monitoring-Messungen	2.460	2.449	5.000	2.500	2.500
Untersuchungen im Rahmen psychomentaler Belastungen	5	5	25	10	10
P 6: Versorgungsplanung und Krankenhausentgeltregelungen:					
Krankenhausbetten (vollstationäre Planbetten)	11.191	11.380	11.344	11.410	11.410
Teilstationäre Behandlungsplätze	936	973	963	973	973
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Rechtsangelegenheiten im Bereich Krankenhausentgeltregelungen (lfd. Verfahren zzgl. Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in %	100	100	95	95	95

¹⁰ Die Platzzahl ist seit 2010 tatsächlich um 30 Plätze höher, seit 2010 werden 30 Plätze regelhaft i. d. Einrichtung Sachsenwaldau (Fördern & Wohnen) belegt. Diese Plätze sind 2013/2014 erstmalig auch in den Planzahlen enthalten.

¹¹ Erstellung und Verlängerung der Bescheinigungen über die (Befreiung von der) Schiffshygienekontrolle nach IGV 2005, der Trinkwasserbescheinigungen nach TrinkwasserVO, des Apothekenzertifikats nach SchiffskrankenfürsorgeVO.

**Produktbereich: 03
Gesundheit**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 7: Krankenhausinvestitionsförderung:					
Volumen der Einzelförderung (Soll-Ansätze Haushaltspläne) in Tsd. EUR	88.764	75.474	84.878	76.384	77.167
Nach dem KHG zu fördernde Planbetten (einschl. teilstationärer Plätze) (lt. Krankenhausplan 2015)	10.259	10.436	10.575	10.436	10.436
KHG-Mittel je Planbett nach KHG geförderter Krankenhäuser pro Jahr in EUR	11.707	10.190	11.009	10.316	10.370
P 8: Maßregelvollzug:					
Berechnungstage §§ 63, 64 StGB (stationäre Unterbringung in der Maßregelvollzugseinrichtung)	77.778	83.219	82.055	96.073	99.435
Entgeltsatz im Maßregelvollzug in EUR	274,93	276,64	290,95	287,82	293,57
Ambulante forensisch-psychiatrische Nachsorge (abgerechnete Quartale)	382	412	416	441	457
Quartalspauschale „Ambulante forensisch-psychiatrische Nachsorge“ in EUR	822,91	917,61	822,91	954,73	973,83
P 9: Sozialversicherung:					
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Stellungnahmen und Rechtsprüfungen zu Praxis und Problemen in der Sozialversicherung (lfd. Angelegenheiten zuzüglich Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in %	98	98	90	90	90
Zahl der örtlichen Aufsichtsprüfungen im Bereich GKV	3	1	4	2	2

Produktgruppe 02: Senioren, Pflege und rechtliche Betreuung

Kapitel 5200

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Unterstützung älterer, pflegebedürftiger und betreuungsbedürftiger Menschen sowie Stärkung ihrer Selbsthilfepotenziale</p> <p>Z 2: Optimierung der Versorgungsstrukturen und Hilfesysteme durch Gestaltung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten, effizienten, regional gegliederten und vorrangig ambulanten Versorgungsstruktur</p> <p>Z 3: Weiter-/Entwicklung von Instrumenten und Prüfung der Einhaltung von Leistungs- und Qualitätsstandards</p> <p>Folgende fachliche Entwicklungen bilden die Schwerpunkte für die Haushaltsjahre 2013 / 2014:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des Handlungsplans Älter werden in Hamburg und Erarbeitung einer Demografiestrategie Hamburg 2030 - Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes: Öffentlichkeitsarbeit und Qualifizierung für die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten - Bessere Abstimmung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Beratungsangebote für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen - Schaffung von Transparenz über die Prüfungsergebnisse der Wohn-Pflege-Aufsicht und über die Barrierefreiheit von Servicewohnanlagen und Wohneinrichtungen - Sicherung der Umschulung und Weiterbildung zur Altenpflege/Pflegefachkraft - Verbesserung der Situation Demenzkranker - Verbesserung der Bedarfsfeststellung in der Hilfe zur Pflege - Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer; Information und Beratung der Bevölkerung über Möglichkeiten der Vorsorge
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Hilfen für Pflegebedürftige</p> <p>P 2 Hilfen nach dem Betreuungsrecht</p> <p>P 3 Seniorenarbeit</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.393	3.861	615	654	654
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	3.393	3.861	615	654	654
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	180.649	184.613	176.904	197.726	206.392
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.721	1.531	1.834	2.169	2.168
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	178.928	183.082	175.070	195.557	204.224
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	3.366	2.286	2.297	2.262	2.262
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	173.784	178.056	170.058	190.580	199.247
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	546	560	250	235	235

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹²	-	-	202	234	232
· innerbehördlich in Tsd. EUR	-	-	173	201	199
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	-	-	29	33	33

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmenschwerpunkte: Erstattungsleistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger (2013/2014 jeweils ca. 0,6 Mio. EUR)
Ausgabenschwerpunkte: Hilfen für Pflegebedürftige (gesetzl. Leistungen), P1 2013 ca. 190,6 Mio. EUR, 2014 ca. 199,2 Mio. EUR

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Vollzeitaquivalente (VZÄ)	25,92	22,43	26,20	25,23	24,98

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
P 1: Hilfen für Pflegebedürftige:					
Plätze in zugelassenen Tagespflegeeinrichtungen	504	624	480	698	718
Plätze in Kurzzeitpflegeeinrichtungen (mit eigenem Versorgungsvertrag)	59	52	59	58	58
1. Übersicht: Anzahl der Hilfeempfänger / durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger					
1.1 Anzahl der Hilfeempfänger - ambulante - (jahresdurchschnittlich)	7.742	7.911	7.044	8.325	8.525
1.1.1 davon ambulante Pflegehilfen	5.926	6.106	5.262	6.515	6.715
1.1.2 davon Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	1.816	1.811	1.782	1.810	1.810
1.2 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - ambulante - im Monat in EUR	850	854	801	875	891
1.2.1 davon ambulante Pflegehilfen in EUR	989	992	1.056	999	1.013
1.2.2 davon Hilfe zur Weiterführung des Haushalts in EUR	395	390	416	395	401
2. Anzahl der Hilfeempfänger - stationär - (jahresdurchschnittlich) ¹³	5.967	6.370	6.962	7.445	7.800

¹² Die Kostendaten 2010/2011 sind noch bei der BASFI (ehemals BSG) abgebildet.

¹³ Ergebnis 2010 = Durchschnitt aus August bis Dezember 2010

Produktbereich: 03
Gesundheit

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2010	Erg. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
2.1 davon in Heimen innerhalb Hamburgs	4.539	4.858	5.152	5.725	5.975
2.2 davon in Heimen außerhalb Hamburgs	1.428	1.512	1.810	1.720	1.825
2.3 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - stationär- im Monat in EUR	1.167	1.153	1.069	1.035	1.020
3. Anzahl der Hilfeempfänger - teilstationär - (jahresdurchschnittlich)	329	334	388	350	360
3.1 davon in Tagespflegeeinrichtungen	234	237	255	245	250
3.2 davon in Kurzzeitpflegeeinrichtungen	95	97	133	105	106
3.3 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - teilstationär- im Monat in EUR	694	760	757	825	827
3.3.1 in Tagespflegeeinrichtungen in EUR	524	598	613	635	654
3.3.2 in Kurzzeitpflegeeinrichtungen in EUR	1.115	1.156	1.034	1.260	1.261
4. Anzahl der Hilfeempfänger Einzelförderung nach § 6 HmbLPG (jahresdurchschnittlich) ¹⁴	1.530	1.073	-	-	-
P 2: Hilfen nach dem Betreuungsrecht:					
Ehrenamtliche Betreuer in laufender Beratung durch Betreuungsvereine	5.397	5.138	4.500	5.000	5.000
P 3: Seniorenarbeit:					
Besuche in Seniorentreffs ¹⁵	683.680	-	735.000	685.000	685.000

¹⁴ Nach Wegfall der Einzelförderung nach § 6 HmbLPG. ist die Kennzahl fachlich nicht mehr relevant und entfällt künftig. Ergebnis 2010 = Durchschnitt aus August bis Dezember 2010

¹⁵ Die Ergebniskennzahl für 2011 liegt noch nicht vor.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2013 / 2014

Einzelplan 05.0

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan 05.0

45 Gesetzliche Leistungen der BGV im Produktbereich
Gesundheit

60 Sach- und Fachausgaben Bezirke

61 Sach- und Fachausgaben Gesundheit und Verbraucher-
schutz

Deckungskreis im Kapitel 5000

56 IT-Informationstechnik

Deckungskreis im Kapitel 5100

01 Förderung von Krankenhäusern nach dem
Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Deckungskreis im Kapitel 5200

10 Zuwendungen Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und
rechtliche Betreuung

50 Sach- und Fachausgaben Hilfen zur Pflege,
Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
5000	Zentrale Dienste	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	119	134	134
5100	Gesundheit	-	-	-	595 G	648 G	649 G
		- A	- A	- A	25	25	39
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung	-	-	-	2 G	23 G	23 G
		- A	- A	- A	23	23	23
5300	Verbraucherschutz	-	-	-	5.044 G	5.079 G	5.313 G
		- A	- A	- A	362	381	406
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	-	-	-	5.641 G	5.750 G	5.985 G
		- A	- A	- A	529	563	602
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		109+G	344+G
			- A	- A		34+	73+

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1.340	1.120	1.120	-	-	-	-	-	-	5000
			- Z	- Z	- Z				
255	592	592	-	-	-	-	-	-	5100
			- Z	- Z	- Z				
590	608	608	-	-	-	-	-	-	5200
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	5300
			- Z	- Z	- Z				
2.185	2.320	2.320	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			- Z	- Z	- Z				
	135 +	135 +		-	-		-	-	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014
		16	17	18
5000	Zentrale Dienste	1.459	1.254	1.254
5100	Gesundheit	875	1.265	1.280
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung	615	654	654
5300	Verbraucherschutz	5.406	5.460	5.719
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	8.355	8.633	8.907
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		278+	552+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
5000	Zentrale Dienste	41.389	44.700	45.000	5.194	5.235	5.105
		-	-	-	229	229	229
5100	Gesundheit	44	42	42	1.697	1.711	1.731
		-	-	-	-	-	-
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung	-	-	-	2.715	2.715	2.715
		-	-	-	-	-	-
5300	Verbraucherschutz	3.885	4.120	4.184	1.635	1.992	1.992
		-	-	-	241	241	241
5400	Institut für Hygiene und Umwelt	834	1.196-	1.089-	6	6	6
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	46.152	47.666	48.137	11.247	11.659	11.549
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		1.514 +	1.985 +		412 +	302 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	470	470	470
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
1.277	1.789	1.789	-	-	-	5000
20	20	20	-	-	-	
61.136	67.376	69.681	290	276	50	5100
482	482	482	-	-	-	
172.355	192.842	201.509	-	-	-	5200
-	-	-	-	-	-	
2.990	3.280	3.280	-	-	-	5300
381	212	212	-	-	-	
12.791	13.833	13.731	-	-	-	5400
-	-	-	-	-	-	
250.549	279.120	289.990	-	-	-	Ges. Aus.
			290 H	276 H	50 H	
	28.571 +	39.441 +		-	-	+/-
				14-- H	240-- H	
883	714	714	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	169-	169-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		13	14	15	16	17	18
5000	Zentrale Dienste	-	2.753-	4.015-	47.860	48.971	47.879
		-	-	-	249	249	249
5100	Gesundheit	-	-	-	63.167	69.405	71.504
		-	-	-	482	482	482
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung	-	-	-	175.070	195.557	204.224
		-	-	-	-	-	-
5300	Verbraucherschutz	-	-	-	8.510	9.392	9.456
		-	-	-	622	453	453
5400	Institut für Hygiene und Umwelt	-	-	-	13.631	12.643	12.648
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	-	2.753-	4.015-	308.238	335.968	345.711
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		2.753-	4.015-		27.730 +	37.473 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	1.353	1.184	1.184
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		169-	169-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
8	8	8	47.868	48.979	47.887	5000
-	-	-	249	249	249	
116.273	108.277	108.277	179.440	177.682	179.781	5100
150.000	150.000	150.000	150.482	150.482	150.482	
250	235	235	175.320	195.792	204.459	5200
-	-	-	-	-	-	
19	18	18	8.529	9.410	9.474	5300
-	-	-	622	453	453	
1.119	1.063	1.063	14.750	13.706	13.711	5400
-	-	-	-	-	-	
250 B	235 B	235 B	425.907	445.569	455.312	Ges. Aus.
117.419	109.366	109.366				
	15-B	15-B		19.662 +	29.405 +	+/-
	8.053--	8.053--				
- B	- B	- B	151.353	151.184	151.184	Ges. VE
150.000	150.000	150.000				
	- B	- B		169-	169-	+/-
	-	-				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

5000	Zentrale Dienste				
(311)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01 (314)	Verwaltungsgebühren	0 0	0	-	-
111.16 (314)	Lehrgangs-, Vorlesungs- und Seminargebühren sonstiger Einrichtungen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5000.525.61.				
119.01 (314)	Honorarabgaben der Ärzte u. dgl.	33 35	40	40	40
119.08 (314)	Einnahmen aus Schadensersatzforderungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des BNI	0 1.603	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.893.79.				
119.92 (012)	Schadenersatzleistungen	10 10	0	10	10
119.93 (314)	Ersatzvornahmen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.546.93				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98 (314)	Vermischte Einnahmen	2 3	0	-	-
124.01 (314)	Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke im Krankenhausbereich	64 64	64	64	64
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	14 15	10	15	15
131.01 (314)	Einnahmen aus Mobilisierung von Grundstücken des ehemaligen DRK und Freimaurer-Krankenhauses Rissen	0 0	0	-	-
	2650000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.893.79.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
132.91 (314)	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0 0	0	-	-
182.01 (314)	Darlehensrückzahlung der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie e.V	5 5	5	5	5
233.01 (018)	Erstattungen des Landkreises Uelzen für Versorgung	109 106	0	-	-
261.02 (314)	Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Ver- waltungsangehörige	483 375	450	400	400
261.03 (312)	Erstattungen der Asklepios Westklinikum GmbH für Vergütungen	719 624	820	670	670
261.04 (314)	Erstattungen der Asklepios Westklinikum GmbH für Versorgung	60 52	70	50	50
282.91 (314)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	25 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.546.91				
331.01 (314)	Einnahmen aus der Vorfinanzierung des Finan- zierungsanteils des Bundes im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des BNI	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.893.79.				
342.02 (314)	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5000.812.03.				
	Gesamteinnahmen		1.459	1.254	1.254
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	28.186 28.484 1.032 R	31.648	34.215	34.661
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	105 77	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	3 4	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	12.466 11.960	8.913	9.807	9.661

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
412.01 (012)	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	16 20 4 R	28	48	48
428.01 (314)	Entgelte der an die Asklepios Westklinikum GmbH abgeordneten Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer	725 632	800	630	630
	Übertragbar				
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
461.01 (314)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 5	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehr- einnahmen bei 05.0.5100.111.02. Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.111.04. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.77 05.0.5200.236.04 05.0.5300.282.71 05.0.5300.282.78 Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungengebundenen Personalausgaben im KR- Bereich des Einzelplans				
525.92 (012)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	47 37 3 R	42	45	45
	Übertragbar				
526.01 (314)	Untersuchungen und Gutachten	0 0 395 R	203 178 VE	150 178 VE	150 178 VE
	Übertragbar				
535.56 (314)	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)	277 232 27 R	268	260	130
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5000-56 .				
546.91 (314)	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	30 9 113 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.282.91				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
546.93 (314)	Ersatzvornahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.119.93	0 0	0	-	-
547.03 (314)	Sachaufwendungen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.893.79. Die einseitige Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von insgesamt 1.000 Tsd. EUR in Anspruch genommen werden.	285 328 500 R	1.380	1.300	1.300
671.56 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5000-56 .	1.176 1.263 66 R	1.263	1.775	1.775
681.92 (012)	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar	0 1 44 R	10 20 VE	10 20 VE	10 20 VE
682.05 (314)	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Ham- burg -Anstalt öffentlichen Rechts- für das Schwer- behindertenprogramm Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
685.91 (012)	Mitgliedsbeiträge Übertragbar	3 3 3 R	4	4	4
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Sach- und Fachausgaben der allgemeinen Verwaltung -----				
511.61 (314)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	268 312 31 R	258	300	300

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
514.61 (314)	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	6 14 17 R	17	18	18
517.61 (314)	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	530 570 72 R	580	666	666
518.61 (314)	Mieten und Pachten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	2.024 2.020 68 R	1.979	2.230	2.230
519.61 (314)	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	54 246 7 R	70	65	65
525.61 (314)	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5000.525.61.	42 43 71 R	56	53	53
526.61 (314)	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	61 10 31 R	47	45	45
527.61 (314)	Dienstreisen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	1 5 17 R	27	10	10
531.61 (314)	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	0 0 10 R	30	29	29

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
534.61 (314)	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	14 63 181 R	237 51 VE	64 51 VE	64 51 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.				
	Summen für Z61	3.283 504 R	3.301 51 VE	3.480 51 VE	3.480 51 VE
701.25 (314)	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BGV	28 43 107 R	0	-	-
	Übertragbar				
812.03 (314)	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe	0 0	8	8	8
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.342.02.				
812.54 (012)	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	61 21 16 R	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5000.812.56.				
812.56 (012)	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnik in der BGV	100 46 398 R	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5000.812.54.				
972.01 (012)	Globale Minderausgabe aus Bewirtschaftung	0 0	0	2.753-	4.015-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		47.868 249 VE	48.979 249 VE	47.887 249 VE
5100 (314)	Gesundheit EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	218 274	339	339	339

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
111.02	Überprüfungs- und Erlaubnisgebühren Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5000.461.01.	258 283	245	284	285
111.11	Untersuchungsgebühren	7 15	6	10	10
111.15	Gebühren der Schutzimpfungen für Auslandsreisen	9 33	5	15	15
112.01 (219)	Bußgelder aufgrund § 121 SGB XI (Pflegeversicherung)	62 75	25	25	39
119.04	Einnahmen aus der Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.429.76,05.0.5100.534.76,05.0.5100.812.76,	16 23	0	-	-
119.05	Einnahmen im Zusammenhang m.d. Durchführung von Workshops und Fachkonf. sowie aus externen Tätigk. und Veröffentl. i.d. Bereichen der Abt. Gesundheit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.534.15.	0 0	0	-	-
119.06	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von freiwilligen Schutzimpfungen	0 0	0	-	-
119.07	Einnahmen für die Durchführung von Veranstaltungen, Kursen u.a. für das ZfAM Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.534.10	8 13	0	-	-
119.21	Seminargebühren der AIDS-Beratungsstelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.525.02	0 0	0	-	-
231.02	Zuweisung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für das Projekt Vernetzungsstelle Schulverpflegung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.71.	68 65	0	-	-
231.03	Zuweisungen des Bundes zur Kindergesundheit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.86.	0 0	0	350	350

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
231.62	Zuweisung des Bundes zur modellhaften Förderung von Suchthilfeprojekten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.62.	13 0	0	-	-
232.75	Zuweisungen der Länder Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen u.Mecklenburg-Vorpommern für die Schifffahrtsmedizin	209 209	209	209	209
233.03	Zuweisungen der BSB und der BWVI für das Projekt Vernetzungsstelle Schulverpflegung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.71.	10 10	0	-	-
236.01 (219)	Einnahmen aus Erstattungen durch Sozialhilfeträger Ersatz durch Kostenbeitrag und Unterhaltspflichtige für Leistungen d. Eingliederunsh. f. Suchtkr. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.671.03.	472 509	0	-	-
236.02	Erstattungen der Sozialversicherungsträger gem. § 274 (2) SGB V	39 21	46	33	33
236.03 (219)	Erstattung der Kosten für die Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger	0 0	0	-	-
282.02	Einnahmen nach der Ausbildungszuschlagsverordnung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.685.02	0 0	0	-	-
282.75	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung der Abteilung "Schifffahrtsmedizin" Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.429.75,05.0.5100.537.75,05.0.5100.812.75,	0 0	0	-	-
282.77	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung des ZfAM Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01,05.0.5100.429.77,05.0.5100.534.77,	49 25	0	-	-
332.01	Einnahmen aus Zahlungen anderer Bundesländer für die Errichtung eines überregionalen Behandlungszentrums für Infektionskrankheiten (BZHI) (Weggefallener Ansatz)	1.118 0	0		
	Gesamteinnahmen		875	1.265	1.280
	AUSGABEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
514.01	Beschaffung von Impfstoffen	0 0 65 R	0	-	-
	Übertragbar				
514.02	Beschaffung von antiviralen Medikamenten	1.954 7 42 R	0	-	-
	Übertragbar				
525.02	Durchführung von Seminaren u.ä bei der AIDS-Beratungsstelle	0 0 1 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.119.21				
534.02 (219)	Durchführung der Wahlen zu den Selbstverwaltungs- organen der landesunmittelbaren Sozialversiche- rungsträger	0 0	0	-	-
534.10	Sachausgaben für die Durchführung von Veran- staltungen, Kursen u.a. für das ZfAM	1 7 17 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.119.07				
534.15	Ausgaben für die Durchführung von Workshops und Fachkonferenzen sowie die Sicherung u. Fortentw. der Standards in den Bereichen der Abt. Gesundheit	6 3 17 R	8	8	8
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.119.05.				
534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	(304) (277)	339	339	339
	Übertragbar Zuwendungsanteil 28%				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.				
534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke	(2) (1)	10	10	10
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.				
547.01	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes	5 2 3 R	5	5	5
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
547.02	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Schutz vor ungewöhnlichen Seuchen- und Gefahrenlagen Übertragbar	104 44 59 R	78	68	74
632.03	Erstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5100.632.03 05.0.5300.632.01 05.0.5300.632.02 .	19 19 1 R	19	19	19
636.01 (223)	Zuweisungen zu den Mitgliedsbeiträgen zur Unfallversicherung der Kleinbetriebe der See- und Küstenfischerei	4 2	14	13	13
663.01	Zins- und Tilgungszuschüsse bei nichtstaatlichen Krankenhäusern Übertragbar	275 275 30 R	290	276	50
671.01 (219)	Verwaltungskostenerstattung Hamburgs nach § 19 (2) des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	0 0	5	5	5
671.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Pandemie (Weggefallener Ansatz)	4.357 5	0		
671.03 (283)	Eingliederungshilfe für Behinderte- Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.236.01.	0 0	0	12.731	13.495
681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.	(25) (92)	36	36	36
682.02 (312)	Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug und für die forensisch bedingte Nachsorge Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	24.172 25.735 526 R	27.000 482 VE	29.930 482 VE	31.426 482 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
684.05	Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	1.845 1.927 667 R	1.916	2.248	2.293
684.86	Förderung von Familienhebammen-Projekten und Kindergesundheit Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.231.03.	(590) (616)	698	761	761
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5100.511.61 05.0.5100.514.61 05.0.5100.517.61 05.0.5100.518.61 05.0.5100.519.61 05.0.5100.526.61 05.0.5100.527.61 05.0.5100.531.61 05.0.5100.534.61.	237 293	260	260	260
685.02	Ausgaben nach der Ausbildungszuschlagsverordnung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.282.02 Titelgruppe(n) -----	0 0	0	-	-
Z61	Sach- und Fachausgaben im Bereich Gesundheitsvorsorge und -sicherung -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	142 82 14 R	122	123	123
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	114 105 4 R	117	108	108

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	203 187 14 R	139	139	139
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	281 234 8 R	212	219	219
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	24 11 11 R	21	20	20
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	1 2	3	3	3
527.61	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	35 35 9 R	33	47	47
531.61	Veröffentlichungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	19 27 21 R	23	29	43

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100					
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	53 78 104 R	138	159	159
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.				
	Summen für Z61	761 186 R	808	847	861
Z62	Drogen und Sucht				
534.62	Sonstige sächliche Ausgaben	179 221 249 R	113	114	114
	Übertragbar				
671.62 (283)	Eingliederungshilfe für Behinderte- Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete	11.808 12.501 48 R	10.835		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
684.62	Zuschüsse an Vereine und dgl.	16.855 18.051 2.487 R	17.580	18.635	18.635
	Übertragbar Zuwendungsanteil 100%				
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.702.62 05.0.5100.893.62. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.231.62.				
685.62	Ausgaben in Verbindung mit der Diamorphin- behandlung	1.136 399 57 R	167		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Zuwendungsanteil 100%				
	Summen für Z62	31.172 2.841 R	28.695	18.749	18.749
Z71	Gesundheitsförderung und Programm zur Bekämpfung von AIDS				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
427.71	Honorarmittel Übertragbar	29 31 57 R	44	42	42
511.71	Geschäftsbedarf Übertragbar	4 4 14 R	4	4	4
514.71	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf Übertragbar	16 13 58 R	28	27	27
525.71	Aus- und Fortbildung Übertragbar	0 0 25 R	3	3	3
526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten Übertragbar	0 0 18 R	3	3	3
534.71	Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar	195 268 37 R	298	283	283
684.71	Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5200.235.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.231.02 05.0.5100.233.03. Summen für Z71	2.626 2.814 353 R 3.129 562 R	2.606	2.738	2.738
Z75	Schifffahrtsmedizin -----				
429.75	Personalausgaben der Abteilung Schifffahrtsmedizin Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.75	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
537.75	Sonstige Ausgaben der Abteilung Schifffahrtsmedizin	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.75				
	Summen für Z75	0	0	0	0
Z76	Durchführung von Medizinischen Kursen für Schifffahrtsoffiziere				

429.76	Personalkosten	1 1 22 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.119.04				
534.76	Sachkosten	23 67 58 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.119.04				
	Summen für Z76	68 80 R	0	0	0
Z77	Forschungsförderung Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin				

429.77	Honorarmittel	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.77				
534.77	Sachausgaben	70 48 38 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.77				
	Summen für Z77	48 38 R	0	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
702.62	Baumaßnahmen für Suchthilfeeinrichtungen in den Bezirken Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5100.684.62.	2 25	0	-	-
812.01	Beschaffung größerer ärztlicher und wissenschaftlicher Geräte Übertragbar	6 18 140 R	35	29	29
812.04	Beschaffung größerer wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. für das ZfAM Übertragbar	67 253 189 R	85	81	81
812.06	Größere Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Schutz vor besonderen Seuchenlagen Übertragbar	0 58 92 R	25	-	-
812.75	Beschaffung größerer Geräte für die Abteilung Schifffahrtsmedizin aus Zuweisungen Dritter Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.75	0 0	0	-	-
812.76	Beschaffung größerer Geräte für die Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.119.04	0 0	0	-	-
812.86	Beschaffung größerer Geräte, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(0) (0)	0	-	-
893.02	Einrichtung eines überregionalen Behandlungszentrums für hochkontagiöse Infektionserkrankungen am UKE Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	2.283 267	0	-	-
893.05	Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem. §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	215 0 343 R	2.500 783 VE	783	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
893.62	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Drogen und Sucht Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5100.684.62. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 36 92 R	0	-	-
893.63 (312)	Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbe- schaffung kurzfristiger Anlagegüter für Kranken- häuser Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5100-01 .	31.068 30.596 687 R	31.250	31.000	31.000
893.79 (312)	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5000.547.03. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 2650000.00 EUR der Einnahmen bei 05.0.5000.131.01 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.119.08 05.0.5000.331.01. Die einseitige Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von insgesamt 1.000 Tsd. EUR in Anspruch genommen werden. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	88.764 75.474 304 R	82.378 149.217 VE	76.384 150.000 VE	77.167 150.000 VE
5200 (284)	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung ----- EINNAHMEN				
111.01 (153)	Gebühren für Zeugnisweitschriften, staatliche An- erkennung u. Gleichstellung von Ausbildungs- und Fortbildungsgängen	13 26	2	23	23
161.01 (411)	Zinseinnahmen aus gewährten Fördermitteln der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.671.23 05.0.5200.684.03 05.0.5200.891.15.	939 900	0	-	-
			179.440 150.482 VE	177.682 150.482 VE	179.781 150.482 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
162.15 (235)	Einnahmen aus Dividenden und Zinsen für Genossen- schaftsanteile und Mietkautionen als gewährte Darlehen nach SGB XII Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5200.863.06	0 0	0	-	-
181.01 (411)	Darlehnsrückflüsse aus gewährten Fördermitteln der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.671.23 05.0.5200.684.03 05.0.5200.891.15.	1.653 1.745	0	-	-
182.07 (235)	Rückzahlung von Darlehen der Sozialhilfe zur Beschaffung von Wohnungen und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums nach SGB XII Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5200.863.06.	3 6	23	23	23
231.02 (127)	Zuweisungen des Bundes für die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
235.01 (236)	Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben, Selbsthilfegruppen und des freiwilligen Engagements gem. §§ 45c u. 45d SGB XI Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.71 05.0.5200.684.02.	260 294	0	-	-
236.01	Ersatz für ambulante Leistungen der Sozialhilfe durch die soziale Pflegeversicherung bzw. die gesetzliche Krankenversicherung	330 344	391	391	391
236.02	Ersatz für stationäre Leistungen der Sozialhilfe durch die soziale Pflegeversicherung	115 130	120	129	129
236.03	Erstattung von Wohngeld in der stationären Hilfe zur Pflege	54 63	65	65	65
236.04	Erstattung von Personalkosten in Pflegestütz- punkten sowie für das Beschwerdetelefon durch Pflege- und Krankenkassen Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1140.428.72,01.5.1511.428.91,01. 7.1711.428.91,05.0.5000.461.01,	0 320	0	-	-
281.01 (153)	Prüfungsgebühren Gesundheits- und Pflegeassistenz und staatlich anerkannte Weiterbildungen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.535.01.	27 34	14	23	23
	Gesamteinnahmen		615	654	654
	AUSGABEN				
518.81 (236)	Seniorenarbeit in den Bezirken Rahmenezuweisung an die Bezirke	(1.678) (2.621)	2.606	2.606	2.606

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200					
	Übertragbar Zuwendungsanteil 40%				
	Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.518.81 05.0.5200.684.07 .				
525.86 (219)	Maßnahmen zur Fortbildung -Zweckzuweisung an die Bezirke-	(0) (0)	0	-	-
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.525.86 05.0.5200.526.86 .				
526.86 (219)	Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen - Zweckzuweisungen an die Bezirke -	(0) (0) 8R	4	4	4
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.525.86 05.0.5200.526.86 .				
534.01 (219)	Verfahrensgebühren für Schiedsstellenverfahren nach § 76 SGB XI und § 80 SGB XII	1 0 5 R	2	2	2
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-50 .				
534.02 (236)	Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Privatbetreuerinnen und Privatbetreuern	40 35 6 R	40	40	40
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-50 .				
534.03 (235)	Ausgaben des Landesseniorenbeirats	0 0	0	53	53
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-50 .				
534.63 (235)	Ausgaben des Landesseniorenbeirats	44 55 11 R	53		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
535.01 (153)	Laufender Sachaufwand für Prüfungen bei Gesund- heits- und Pflegeassistenz und Weiterbildung in der Pflege	16 29 34 R	10	10	10
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-50 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 05.0.5200.281.01.				
671.23 (235)	Hilfe zur Pflege in stationären Pflegeeinrichtun- gen	66.713 88.121	89.273	94.778	100.280
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5200.161.01 05.0.5200.181.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
671.25	Hilfe zur Pflege gem. § 61 SGB XII in Kurzzeitpflegeeinrichtungen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	1.270 1.345	1.572	1.713	1.755
671.26	Hilfe zur Pflege gem. § 61 SGB XII in Tagespflege- einrichtungen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	1.470 1.700	1.876	2.045	2.147
671.57	Einzelförderung nach § 6 HmbLandespflegegesetz Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	22.723 4.794	500	1.700	775
671.58	Förderung der Kurzzeitpflege Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	1.074 232	375	238	240
681.01	Hilfen für ältere Menschen gem. § 71 SGB XII Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5200.863.06. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	1.347 459	574	557	573
681.21	Hilfe zur Pflege -ambulante Pflegehilfen- Leistungen nach § 61 Abs. 2 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	245 255	238	311	320
681.22	Hilfe zur Pflege -ambulante Pflegehilfen- Leistungen nach § 65 SGB XII und Pflegegeld Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	70.340 72.700	66.665	80.500	84.288
681.48	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts -ambulante Pflegehilfen- nach § 70 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-45.	8.603 8.451	8.985	8.738	8.869
684.01 (236)	Zuschüsse zur Förderung von Beratung und Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen und deren Angehörigen Übertragbar Zuwendungsanteil 97% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	191 143 37 R	157	157	157

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
684.02 (236)	Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben, Selbsthilfegruppen und des freiwilligen Engagemets gem. §§ 45c und 45d SGB XI Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5200.235.01.	576 539 445 R	500	465	465
684.03 (236)	Zuschüsse zur Förderung pflegerischer Versorgungs- strukturen Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5200.161.01 05.0.5200.181.01.	60 82 341 R	37	37	37
684.04 (236)	Zuschüsse zur Förderung hospizlicher und palliativpflegerischer Versorgungsangebote Übertragbar Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	254 258 164 R	273	273	273
684.05 (290)	Maßnahmen zur Fachkraftqualifikation in der Altenpflege Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	0 0 90 R	0	-	-
684.06 (236)	Zuschüsse an Betreuungsvereine für Querschnittsaufgaben Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5200.893.01. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	944 928 29 R	960	960	960
684.07 (236)	Förderung zentraler Angebote der Seniorenarbeit Übertragbar Zuwendungsanteil 97% Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.518.81 05.0.5200.684.07 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	0 0	0	370	370

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
684.63 (236)	Förderung zentraler Angebote der Seniorenarbeit Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 97%	1.342 335 305 R	370		
701.86 (219)	Investitionen für Offene Seniorenarbeit - Zweckzuweisung an die Bezirke - Übertragbar	(154) (6) 739R	250	235	235
863.06 (235)	Darlehen der Sozialhilfe zur Schaffung von Wohnungen und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums nach SGB XII Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5200.681.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5200.162.15 05.0.5200.182.07	4 3	0	-	-
891.05 (235)	Zuschuss an p&w- Anstalt öffentlichen Rechts - für Investitionen im Pflege- u. Behindertenbereich Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 392 21 R	0		
891.15 (411)	Zuschüsse für Investitionen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5200.161.01 05.0.5200.181.01.	388 158 896 R	0	-	-
893.01 (236)	Zuschüsse für kleine soziale Investitionen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5200.684.06.	0 0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		175.320	195.792	204.459

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300	Verbraucherschutz				
(314)	----- EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	367 339	326	336	336
111.03	Gebühren für die Untersuchungen von frischem und zubereitetem Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch sowie anderen Erzeugnissen aus Drittländern Die Mehreinnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63,05.0.5300.514.63,05.0.5300.517.63,05.0.5300.518.63,05.0.5300.519.63,05.0.5300.527.63,05.0.5300.534.63,05.0.5300.535.56,05.0.5300.681.63,05.0.5300.683.63,.	5.417 5.781	4.260	4.393	4.577
111.04	Gebühren für die Inspektion von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz 75.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01 05.0.5300.534.07. 75.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.632.02	553 473	0	-	-
111.06	Gebühreneinnahmen für GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.632.04	0 0	0	-	-
111.64 (313)	Gebühren, Geldbußen u.a. im Amt für Arbeitsschutz (ohne Strahlenschutz) 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.541.64.	347 326	458	350	400
112.41	Bußgelder	1 1	0	-	-
112.63	Buß- und Verwarngelder im Bereich Veterinär- und Einfuhramt Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63,05.0.5300.514.63,05.0.5300.517.63,05.0.5300.518.63,05.0.5300.519.63,05.0.5300.527.63,05.0.5300.534.63,05.0.5300.535.56,05.0.5300.681.63,05.0.5300.683.63,.	0 1	0	-	-
112.64	Bußgelder im Bereich "Nichteinhaltung der Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Straßenverkehr" 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.541.64.	345 391	356	375	400

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
119.01 (523)	Verwaltungskostenerstattung der Tierseuchenkasse	0 0	6	6	6
119.63	Vermischte Einnahmen im Bereich Veterinär- und Einfuhramt	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63,05.0.5300.514.63 ,05.0.5300.517.63,05.0.5300.518.63,05.0.5300.519.6 3,05.0.5300.527.63,05.0.5300.534.63,05.0.5300.535. 56,05.0.5300.681.63,05.0.5300.683.63,.				
119.64	Einnahmen aus Veranstaltungen, Broschüren u.ä.	0 0	0	-	-
	50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.541.64.				
124.63	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und Nutzung von Grundstücken im Bereich Veterinär- und Einfuhramt	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63,05.0.5300.514.63 ,05.0.5300.517.63,05.0.5300.518.63,05.0.5300.519.6 3,05.0.5300.527.63,05.0.5300.534.63,05.0.5300.535. 56,05.0.5300.681.63,05.0.5300.683.63,.				
271.01 (523)	Erstattungen der Europäischen Gemeinschaft für die Tierverlustentschädigung	0 0	0	-	-
	50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.919.01.				
271.02	Erstattung der EU für Kosten im Rahmen der Durch- führung der BSE-Überwachungsprogramme in den Mitgliedstaaten	5 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.671.01				
282.01 (523)	Erstattungen von Kosten der Tierseuchenbekämpfung	17 40	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.535.61.				
282.71 (313)	Zuschüsse Dritter zur Projektförderung im Bereich Arbeitnehmerschutz	80 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01 05.0.5300.429.71 05.0.5300.534.71				
282.78	Zuschüsse Dritter zur Förderung der Krebs- registrierung in Hamburg	83 47	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01 05.0.5300.534.78				
	Gesamteinnahmen		5.406	5.460	5.719
	AUSGABEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	14 11	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	379- 285-	0	-	-
427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	(7) (7)	7	7	7
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.				
534.01	Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz	72 67 5 R	78	74	74
	Übertragbar				
534.02	Kosten für Untersuchungen im Bereich der Ernährungswirtschaft	96 164 184 R	125	119	119
	Übertragbar				
534.03	Ausgaben im Rahmen der Umsetzung des Hundegesetzes	14 31 104 R	24	24	24
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5300.534.03 05.0.5300.684.01 .				
534.07	Inspektionen von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.111.04.				
534.78	Sachausgaben	47 17 68 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.282.78				
534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinär- wesen, Rahmenezuweisung an die Bezirke	(27) (21)	29	29	29
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.				
534.86	Unterbringung von Nutztieren gem. Tiertransport- recht; Zweckzuweisung an die Bezirke	(0) (0) 29R	20	20	20
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.				
534.87	Kosten für das Einsammeln und den Transport von infizierten Tieren nach Ausbruch einer Tierseuche; Zweckzuweisung an die Bezirke	(0) (0)	0 100VE	- 100VE	- 100VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300					
----- 535.56	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.				
	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)	121 124 322 R	0	-	-
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.422.63 05.0.5300.428.63 05.0.5300.432.63 05.0.5300.438.63 05.0.5300.441.63 05.0.5300.511.63 05.0.5300.514.63 05.0.5300.517.63 05.0.5300.518.63 05.0.5300.519.63 05.0.5300.527.63 05.0.5300.534.63 05.0.5300.681.63 05.0.5300.683.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
547.01	Realisierung eines klinischen Krebsregisters Übertragbar	0 0	0	500	500
632.01	Erstattungen an das Giftinformationszentrum-Nord in Niedersachsen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5100.632.03 05.0.5300.632.01 05.0.5300.632.02 .	98 98 21 R	119	99	99
632.02	Erstattungen an das Arzneimitteluntersuchungs- institut-Nord in Bremen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5100.632.03 05.0.5300.632.01 05.0.5300.632.02 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.111.04.	151 151 1 R	152	153	153
632.04	Erstattungen für Leistungen der Länder im Zu- sammenhang mit GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis) Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5300.111.06	0 4 58 R	0	-	-
671.01 (523)	Erstattung von Kosten für die Durchführung der BSE Überwachungsprogramme in den Mitgliedsstaaten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5300.271.02	4 0 2 R	0	-	-
681.86	UV-Schutzverordnung Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5300.681.86 05.0.5300.683.72 .	(0) (0)	0	15	15
684.01	Kostenerstattung an den HTV u.a. Einrichtungen für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwahr- sowie Beobachtungstieren Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5300.534.03 05.0.5300.684.01 .	1.903 1.824 154 R	1.660	1.950	1.950
684.04	Humanitäre Hilfe zugunsten der durch Blutprodukte HIV-infizierten Menschen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.511.61 05.0.5300.514.61 05.0.5300.517.61 05.0.5300.518.61 05.0.5300.526.61 05.0.5300.527.61 05.0.5300.531.61 05.0.5300.532.61 05.0.5300.534.61 05.0.5300.535.61 05.0.5300.683.61 05.0.5300.685.61 05.0.5300.686.61.	0 83	0 343 VE	- 174 VE	- 174 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.511.61 05.0.5300.514.61 05.0.5300.517.61 05.0.5300.518.61 05.0.5300.526.61 05.0.5300.527.61 05.0.5300.531.61 05.0.5300.532.61 05.0.5300.534.61 05.0.5300.535.61 05.0.5300.683.61 05.0.5300.685.61 05.0.5300.686.61.	13 13	11	4	4
685.08 (522)	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	875 862 3 R	849	849	849
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen und wirtschaftl. Verbraucherschutzes u. Veterinärwesen -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	39 26 23 R	38	36	36
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	7 6 27 R	8	8	8
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	1 3 2 R	4	1	1
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	0 43 8 R	3	3	3
527.61	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	25 33 12 R	33	36	36
531.61	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	0 8 1 R	9	9	9
532.61	Kraftfahrzeugsteuer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	0 3	2	2	2
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	151 172 49 R	121	121	121

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
535.61 (523)	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausführungs- gesetz zum Tierseuchengesetz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5300.282.01.	43 35 110 R	81 26 VE	54 26 VE	54 26 VE
683.61	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	29 48 15 R	40	61	61
685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtstierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhy- gieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61.	0 0 3 R	2	-	-
686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-61. Summen für Z61	38 33 33 R 411 283 R	33	38	38
Z63	Ausgaben des Veterinär- und Einfuhramtes -----				
422.63	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	472 350 135 R	472	503	511

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
428.63	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	2.824 2.904 476 R	2.977	3.152	3.199
432.63 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	142 105 41 R	142	152	155
438.63 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	254 261 81 R	268	285	290
441.63 (840)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	19 14 6 R	19	21	22
511.63	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	48 60 37 R	17	17	17
514.63	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	47 73 10 R	34	34	34
517.63	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	139 176 54 R	66	66	66

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
518.63	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	1.137 1.350 1.130 R	250	250	250
519.63	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	28 45 2 R	17	17	17
527.63	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	2 0 1 R	5	2	2
534.63	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	387 753	42	30	30
681.63	Schadenersatzleistungen im Bereich Veterinär- und Einfuhramt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	10 1 2 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
683.63	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63. Summen für Z63	5 3 6 R	9	3	3
Z64	Amt für Arbeitsschutz -----				
517.64 (313)	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64.	1 1 14 R	1	1	1
518.64 (313)	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64.	3 3 99 R	3	3	3
519.64 (313)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64.	0 1 115 R	10	10	10
541.64 (313)	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.64 05.0.5300.112.64. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.119.64.	425 479 772 R	595	516	516

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
671.64 (313)	Erstattungen an die Hamburg Port Authority für die Gestellung einer Barkasse	98 88 14 R	100	100	100
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64.				
	Summen für Z64	572 1.014 R	709	630	630
Z71	Projektförderung im Bereich Arbeitnehmerschutz -----				
429.71 (313)	Honorarmittel	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.282.71				
534.71 (313)	Sachkosten	81 46 27 R	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.282.71				
	Summen für Z71	46 27 R	0	0	0
Z72	Umweltmedizinische Beratungen und epidemiologische Untersuchungen -----				
427.72	Honorarmittel	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
511.72	Geschäftsbedarf	0 0	1	1	1
	Übertragbar				
531.72	Öffentlichkeitsarbeit	9 9 33 R	8	8	8
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
534.72	Anlassbezogene umweltmedizinische Untersuchungen (Fremdvergabe)	0 0	11 115 VE	1 115 VE	1 115 VE
	Übertragbar				
535.72	Sonstige sächliche Ausgaben	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
683.72	Umweltepidemiologische Untersuchungen und Risiko- abschätzungen	40 26	15 38 VE	8 38 VE	8 38 VE
	Übertragbar				
	Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5300.681.86 05.0.5300.683.72 .				
	Summen für Z72	35 33 R	35 153 VE	18 153 VE	18 153 VE
811.01	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
812.01	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte u. dgl. im Inland	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
812.05	Ausgaben im Zshg. mit der Förderung von Projekten im Bereich Produktinnovation	0 0 48 R	0	-	-
	Übertragbar				
812.63	Errichtungs- und Ausstattungskosten für Kontrollzentren im Rahmen der Dezentralisierung des Grenzdienstes	193 61 2 R	0	-	-
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.422.63 05.0.5300.428.63 05.0.5300.432.63 05.0.5300.438.63 05.0.5300.441.63 05.0.5300.511.63 05.0.5300.514.63 05.0.5300.517.63 05.0.5300.518.63 05.0.5300.519.63 05.0.5300.527.63 05.0.5300.534.63 05.0.5300.681.63 05.0.5300.683.63.				
812.64 (313)	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen im Bereich Arbeitnehmerschutz	18 0 63 R	19	18	18
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.517.64 05.0.5300.518.64 05.0.5300.519.64 05.0.5300.541.64 05.0.5300.671.64.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
919.01 (523)	Abführungen an die Tierseuchenkasse	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.271.01.				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		8.529 622 VE	9.410 453 VE	9.474 453 VE
5400 (314)	Institut für Hygiene und Umwelt ----- AUSGABEN				
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.368- 1.519-	834	1.196-	1.089-
514.60	Untersuchungs- und Versandmaterialien im Zusammen- hang mit Laboruntersuchungen von Asylbewerbern im Rahmen des Asylverfahrensgesetzes	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
525.92 (018)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	7 6	6	6	6
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	1.594 1.558	1.519	1.519	1.519
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5400.632.91 05.0.5400.671.01 .				
671.01	Erstattungen an das HU für Lebensmittelunter- suchungen etc., Medizinaluntersuchungen, Schädlingsbekämpfung sowie Impfleistungen etc.	12.133 11.579 389 R	10.755	11.649	11.547
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5400.632.91 05.0.5400.671.01 .				
682.56	Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)	286 517 35 R	517	665	665
	Übertragbar				
891.01	Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt	574 1.319	1.119	1.063	1.063
	Übertragbar				
891.56	IT-Investitionskostenzuschuss für das Institiut für Hygiene und Umwelt	101 342	0	-	-
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		14.750	13.706	13.711

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
5000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	33.996	---	9.961
5000	Zentrale Dienste -Beh. für Gesundheit u. Verbraucherschutz-	219	---	---
	Summe Gesamtansatz 2013	34.215	---	9.961
	Summe Vergleichszahl 2012	31.648	---	9.004
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	28.484	---	8.266
	Summe Rest 2011	---	---	---

05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
5000	---	18.944	2.988	1.705	398
5000	219	---	---	---	---
	219	18.944	2.988	1.705	398
	219	17.765	2.701	1.599	360
	70	15.851	2.497	1.469	331
	---	---	---	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
5000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	34.442	---	10.110
5000	Zentrale Dienste -Beh. für Gesundheit u. Verbraucherschutz-	219	---	---
	Summe Gesamtansatz 2014	34.661	---	10.110
	Summe Vergleichszahl 2013	34.215	---	9.961
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	28.484	---	8.266
	Summe Rest 2011	---	---	---

05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Ritel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
5000	---	19.170	3.033	1.725	404
5000	219	---	---	---	---
	219	19.170	3.033	1.725	404
	219	18.944	2.988	1.705	398
	70	15.851	2.497	1.469	331
	---	---	---	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)
 05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
5000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.807	---	4.991
5400	Institut für Hygiene und Umwelt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.196-	---	307-
	Summe Gesamtansatz 2013	8.611	---	4.684
	Summe Vergleichszahl 2012	9.747	---	4.951
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	10.157	---	5.618
	Summe Rest 2011	---	---	---

05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
5000	3.653	1.163
5400	914-	25
	2.739	1.188
	3.634	1.162
	3.090	1.449
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)
 05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
5000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.661	---	4.991
5400	Institut für Hygiene und Umwelt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.089-	---	249-
	Summe Gesamtansatz 2014	8.572	---	4.742
	Summe Vergleichszahl 2013	8.611	---	4.684
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	10.157	---	5.618
	Summe Rest 2011	---	---	---

05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
5000	3.492	1.178
5400	874-	34
	2.618	1.212
	2.739	1.188
	3.090	1.449
	---	---

5000 Zentrale Dienste

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Steuerungs- und Intendantleistungen.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Steuerungs- und Intendantleistungen,
- Sachaufwendungen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft.

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Im Kapitel 5000 sind keine Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen werden insbesondere geprägt durch:

- Erstattung der Asklepios Westklinikum GmbH für die Gestellung von Personal (5000.261.03, 5000.261.04),
- Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Verwaltungsangehörige (5000.261.02).

Die Einnahmen bei der Erstattung Asklepios Westklinikum GmbH für die Gestellung von Personal (5000.261.03, 5000.261.04) sind rückläufig durch die kontinuierliche Verringerung des Personals.

Ausgaben

Personalausgaben

Zentrale Veranschlagung der Personalausgaben der BGV, vgl. ansonsten Vorwort zum Einzelplan 5.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden insbesondere geprägt durch:

- Ausgaben im Rahmen des Betriebskontos Z 61 insbesondere für Mieten und Betriebskosten,
- Kosten für die Inanspruchnahme der IT-Dienstleistungen von Dataport,
- Ausgaben zur Förderung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg.

547.03 - Sachaufwendungen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft -

In diesem Titel werden Mittel zur Förderung der Gesundheitswirtschaft, einer der bedeutendsten Wachstumsbranchen in Hamburg, veranschlagt. Gefördert werden u.a. die Clusteragentur Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH sowie ausgewählte Projekte über das im Herbst 2011 aufgelegte *Programm zur Stärkung und Förderung der Gesundheitswirtschaft*. Zudem werden Aktivitäten im Rahmen der internationalen Kooperation, wie z.B. das Health Care Service Centre in Dubai, (co-) finanziert.

Investitionen

Geringe Haushaltsansätze für kleinere Bau- und Infrastrukturmaßnahmen.

Globale Minderausgabe

972.01 - Globale Minderausgabe aus Bewirtschaftung -
(neu)

Die GMA soll im Wesentlichen mit der Nutzung der rechnerischen Altersfluktuation bei den Personalausgaben und weiteren noch zu konkretisierenden Maßnahmen und Effekten kompensiert werden.

5100 Gesundheit

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Gesundheit und Umwelt, ebenso die Versorgungsplanung im Gesundheitswesen und der Maßregelvollzug.
- Gesundheitsschutz und Gesundheitssicherung

Dies umfasst insbesondere die Optimierung der Strukturen zum Schutz vor besonderen Infektionslagen einschl. der Weiterentwicklung der Hamburger Pandemieplanungen; Intensivierung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und der zielgruppenorientierten Ausrichtung von Impfungen; Weiterentwicklung, Steuerung sowie Steigerung der Effektivität der Leistungsangebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes; Reproduktions- und Transplantationsmedizin; Berufe im Gesundheitswesen.

- Planung, Steuerung und Finanzierung des Suchthilfesystems
 - für Abhängige legaler und illegaler Suchtmittel,
 - für zuwendungsfinanzierte, ambulante Einrichtungen,
 - für kostensatzfinanzierte stationäre Einrichtungen.
- Bewilligung von einzelfallbezogenen Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke nach dem SGB XII, sozialhilferechtliche Sachbearbeitung sowie Vernetzung mit anderen Hilfesystemen wie Wohnungslosenhilfe, Qualifizierung und Beschäftigung.
Im Bereich der Eingliederungshilfe für Suchtkranke führt der Wandel in der Klientinnen- und Klientenstruktur in Folge längerer Betreuungszeiten zu einem höheren Hilfebedarf und gleichzeitig einem ansteigenden finanziellen Mehrbedarf. Darüber hinaus verbleiben die Fallzahlen auf hohem Niveau mit der Tendenz zur Steigerung, woraus ein höheres Bewilligungsvolumen resultiert. Zur Deckung der Mehrausgaben mussten bereits für 2011 Mittel nachgesteuert werden, für 2012 ist das ebenfalls zu erwarten. Das 2012 erstellte standardisierte Berichtswesen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke, welches sich an der ICF – Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit orientiert, wurde modifiziert und wird in der Eingliederungshilfe regelhaft eingesetzt.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Umsetzung folgender im Haushaltsplan abgebildeten Schwerpunkte:
 - Pakt für Prävention,
 - Gesundheitliche Prävention für Migrantinnen und Migranten,
 - Stärkung der Prävention vor HIV / AIDS,
 - Ausweitung des Beratungsangebots für Minderjährige mit Essstörungen,
 - Gesundheitsförderung in Lebenswelten (z.B. Stadtteile, Kitas).
- Gesundheitsförderung und Prävention mit verändertem Schwerpunkt des ÖGD entsprechend dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst,
- Planung, Steuerung und Finanzierung der Zuwendungsempfänger im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention,
- nachgeordnete Dienststellen, z.B. Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin mit den Bereichen Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst und der Arbeitsgruppe Schifffahrtsmedizin,
- Weiterentwicklung des Centrums für AIDS und andere übertragbare Krankheiten (CASAblanca),
- Krankenhausinvestitionen und Maßregelvollzug,
- Drogen- und Suchthilfesystem.

2. Zuwendungen

Gesundheitsförderung sowie die Förderung von Familienhebammen-Projekten und Kindergesundheit (5100.684.71 und 5100.684.86)

Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention sowie die Förderung von Familienhebamme-Projekten und Kindergesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg werden im Rahmen von Projektförderungen über die Vergabe von Zuwendungen und Zweckzuweisungen aus den Titeln 5100.684.71 und 5100.684.86 finanziert.

Die Angebote der verschiedenen Einrichtungen zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention umfassen zielgruppenspezifische Beratungen zur Prävention von HIV/AIDS, die Umsetzung gesundheitsfördernder und präventiver Angebote in Schulen und Kindertagesstätten, Selbsthilfeförderung und die Beratung krebserkrankter Menschen.

Suchtcrankenhilfe

Im Rahmen der Zuwendungsbewilligung werden im Kapitel 5100 aus dem Titel 684.62 etwa 50 ambulante Projekte der Suchtcrankenhilfe gefordert. Die zu finanzierenden Leistungen für den Bereich Drogen und Sucht umfassen die Beratung für suchtgefährdete Jugendliche, niedrigschwellige gesundheitliche Basis- und Überlebenshilfen, aufsuchende (Straßen-) Sozialarbeit, Angebote qualifizierter Beratung und Vermittlung in weiterführende Behandlung, Beratung im Strafvollzug, psychosoziale Betreuung Substituierter.

Die Steuerung sämtlicher Zuwendungsausgaben erfolgt in der Regel auf Basis der Leistungsvereinbarungen bzw. einvernehmlichen Leistungsbeschreibungen und setzt die Einhaltung verbindlicher Qualitätsstandards voraus. Hierzu gehört insbesondere die Verpflichtung zur Teilnahme an der klientenbezogenen Basisdatendokumentation und der einrichtungsbezogenen Leistungsdokumentation.

Die Steuerung der Zuwendungsempfänger erfolgt mit dem Ziel der kontinuierlichen Überprüfung der in der Leistungsbeschreibung festgelegten Aufgaben. Hierzu wird - in Abhängigkeit vom Umfang der Förderung - eine Kombination folgender Instrumente (zum Teil wiederholend im Jahresablauf) eingesetzt:

- Auswertung der Verwendungsnachweise,
- Auswertung der Jahresberichte,
- Auswertungs- und Perspektivgespräche mit den Trägern,
- Organisations- und Wirtschaftlichkeitsberatungen,
- Betriebswirtschaftliche Überprüfungen,
- Besuche vor Ort,
- Besprechungen in Fachgruppen und Arbeitskreisen zur Koordinierung der Träger.

In der Regel wird den Trägern die Förderung im Rahmen von Zuwendungsbescheiden gewährt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Zuwendungsverträge abzuschließen. Die Vorteile für die Behörde und die Träger liegen in der Optimierung der wirtschaftlichen Eigenverantwortung bei den Zuwendungsempfängern.

Im Haushaltsjahr 2012 bestanden sechs Zuwendungsverträge.

Mit der Vergabe von Zuwendungen wird es ermöglicht, in den Bereichen Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention sowie der ambulanten Suchtcrankenhilfe in Hamburg eine optimale Steuerung vorzunehmen, da die Projektförderung in Form von freiwilligen Leistungen des Staates zeitnah und bedarfsorientiert gestaltet werden kann.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Erhebung von Gebühren (z.B. 5100.111.01 und 5100.111.02)

231.03 - Zuweisung des Bundes zur Kindergesundheit -
(neu)

Veranschlagt ist eine Zuweisung des Bundes im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ für ein Programm Früher Hilfen.

Die Einnahmen fließen der Zweckzuweisung 5100.684.86 zu.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 5

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Auftragsleistung der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH in Höhe von jeweils 31 Mio. Euro,
- Zuwendungen in Höhe von je 21,373 Mio. Euro,
- Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen (IMPP/ AföG) in Höhe von 260 Tsd. Euro,
- Förderung der Schwangerenberatung i.H.v. ca. 2,2 Mio. Euro (2013) und 2,3 Mio. Euro (2014).

534.81 - Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke -

Veranschlagt ist eine Rahmenzuweisung an die Bezirksämter insbesondere für

- Geräte und Verbrauchsmaterialien für die medizinische Diagnostik bei den Gesundheitsämtern,
- Aufwendungen für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen,
- Maßnahmen der bezirklichen Gesundheitsförderung,
- Zuschüsse für die Patientenclubs und die therapeutische Gruppenarbeit der jugend- und sozial-psychiatrischen Dienste.

Für die Haushaltsjahre 2013/2014 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	94,5	94	94
Altona	43,5	44	44
Eimsbüttel	33,5	33	33
Hamburg-Nord	45,5	45	45
Wandsbek	69,5	70	70
Bergedorf	21,5	22	22
Harburg	31,0	31	31
Gesamt	339	339	339

534.86 – Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Zweckzuweisungen an die Bezirksämter für Kosten im Zusammenhang mit Fahrgelderstattungen an die von den Gesundheitsämtern zur Untersuchung vorgeladenen mittellosen Personen und die bei den Wirtschafts- und Ordnungsämtern entstehenden Kosten für Zuführungen und Untersuchung zur Feststellung übertragbarer Krankheiten auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes (IfSG).

Für die Haushaltsjahre 2013/2014 werden die Mittel bedarfsgerecht an die Bezirke verteilt. Die Verteilung erfolgt im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter:

Bezirksamt	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	1,5	1,5	1,5
Altona	6	6	6
Eimsbüttel	0,5	0,5	0,5
Hamburg-Nord	0,5	0,5	0,5
Wandsbek	0,5	0,5	0,5
Bergedorf	0,5	0,5	0,5
Harburg	0,5	0,5	0,5
Gesamt	10	10	10

671.03 (neu) – Eingliederungshilfe für Behinderte – Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete –

Veranschlagt sind hier die bisher beim Titel 671.62 veranschlagten Aufwendungen für gesetzliche Leistungen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke. Diese umfassen Maßnahmen der sozialen Rehabilitation in Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen, den Aufenthalt in Vorsorge- und Übergangseinrichtungen sowie in Nachsorgeeinrichtungen für die Fälle, in denen die Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe bestritten werden müssen, da kein vorrangiger Leistungsträger für diese Hilfen aufkommt. In den Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen sollen die Suchtkranken zur Ruhe kommen und eine Ausstiegs motivation entwickeln. In die Vorsorge- und Übergangseinrichtungen werden die Abhängigen aufgenommen, die mit Hilfe weiterführender medizinischer und therapeutischer Angebote in Fachkliniken und Therapeutischen Wohngemeinschaften ihre Abhängigkeit bewältigen wollen, aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation zur Vorbereitung auf diese Maßnahmen aber einen (teil-)stationären Rahmen benötigen. In den Nachsorgeeinrichtungen werden die Suchtkranken betreut, die nach Durchlaufen einer medizinischen Rehabilitation weiterer Unterstützung bei der Eingliederung in das soziale Umfeld bedürfen.

681.86 – Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist eine Zweckzuweisung an die Bezirksämter für Aufwendungen nach dem IfSG. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Kosten für Verdienstausfallentschädigungen, Absonderungsmaßnahmen, Entschädigungskosten für beschlagnahmte Gegenstände sowie Kosten für die medikamentöse Postexposition prophylaxe.

Für die Haushaltsjahre 2013/2014 werden die Mittel bedarfsgerecht an die Bezirke verteilt. Die Verteilung erfolgt im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter:

Bezirksamt	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	27	27	27
Altona	1,5	1,5	1,5
Eimsbüttel	1,5	1,5	1,5
Hamburg-Nord	1,5	1,5	1,5
Wandsbek	1,5	1,5	1,5
Bergedorf	1,5	1,5	1,5
Harburg	1,5	1,5	1,5
Gesamt	36	36	36

682.02 – Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug –

Bei Straftätern, die wegen psychischer Erkrankung oder Suchtmittelabhängigkeit nicht oder nur vermindert schuldfähig sind, kann durch das Gericht die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 Strafgesetzbuch (StGB)) oder in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) angeordnet werden. Verantwortlich für die Durchführung des Maßregelvollzuges sind die Länder. In Hamburg werden die Maßregeln für psychisch kranke Rechtsbrecher (§ 63 StGB) und für suchtkranke Rechtsbrecher (§ 64 StGB) gemäß § 4 des Hamburgischen Maßregelvollzugsgesetzes (HmbMVollzG) in der Asklepios Klinik Nord -Ochsenzoll- vollzogen.

Dort stehen derzeit insgesamt 262, ab voraussichtlich Mitte des Jahres 2013 277 Behandlungsplätze zur Verfügung. Davon befinden sich 32 Plätze in einer offenen Reha-Station, in der Patientinnen und Patienten mit fortgeschrittenem Behandlungsverlauf auf ihre Entlassung vorbereitet werden.

Auf der Grundlage des Ergebnisses des ersten Quartals 2012 werden für 2013 96.073 Berechnungstage, davon 12.489 im Rahmen therapeutischer Beurlaubungen und für 2014 99.435 Berechnungstage, davon 12.927 im Rahmen therapeutischer Beurlaubungen veranschlagt. Insgesamt hat sich die Zahl der Berechnungstage in den Vorjahren als Folge der zunehmenden Verhängung von Maßregeln sowie infolge größerer Zurückhaltung bei der Aussetzung der Maßregel zur Bewährung erhöht.

684.05 - Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung -

Hierbei handelt es sich um eine gesetzliche Aufgabe nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (§§ 2, 5 SchwKG und § 219 StGB). Die Gewährung der Fördermittel an die Träger erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des Hamburgischen Gesetzes zur Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerenberatungsstellenförderungsgesetz – SchFG).

Für 2013/2014 sind folgende Zuschüsse veranschlagt:

Träger/ Projekt	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2011	2012	2013	2014
in Euro				
Familienplanungszentrum	579.087	485.730	646.577	659.537
Pro Familia	731.425	632.223	774.157	789.637
SKF Wartenau	241.807	235.782	307.265	313.430
SKF Altona	177.429	172.573	191.212	195.037
Diakonisches Werk	173.064	137.000	258.476	263.651
Caritas	65.469	62.832	70.313	71.708
Mehrbedarf (u.a. für Maßnahmen gem. §§ 2, 5 SchwKG i.V.m. SchFG (Verteilung durch gezielte Schwerpunktsetzungen)	0	189.860		
Gesamtsumme	1.968.281	1.916.000	2.248.000	2.293.000

684.62 - Zuschüsse an Vereine und dgl. -

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete im Bereich ambulanter Beratungs- und Versorgungsangebote.

Träger/ Projekt	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2011	2012	2013	2014
	in Euro			
Hmb. Landesstelle für Suchtfragen e. V.	76.151	67.500	67.500	67.500
Deutscher Guttempler-Orden, Beratungsstelle	190.000	217.000	199.000	199.000
Diakonisches Werk Hamburg, Ev. Landesarbeitsgemeinschaft (ELAS)	49.202	48.500	0	0
Gemeindepsychiatrische Dienste Hamburg (GPD Nordost) Boje Barmbek	612.510	627.000	627.000	627.000
DW Hamburg-West/ Südholstein	1.124.729	1.140.000	1.140.000	1.140.000
Martha Stiftung STZ-Beratungsstelle Barmbek STZ-Beratungsstelle Harburg STZ-Beratungsstelle Hummel	1.175.454	1.228.000	1.228.000	1.228.000
Die Heilsarmee, Park In, Straßensozialarbeit	476.784	480.000	480.000	480.000
Alida Schmidt-Stiftung, AHA	91.218	92.000	92.000	92.000
Kreuzbund Diözesanverband Hamburg e. V.	6.315	7.800	0	0
Blaues Kreuz i. D. e.V., Ortsverein Hamburg	55.610	66.000	66.000	66.000
Jugend hilft Jugend e. V. KODROBS-Altona (mit Drogenkonsumraum) KODROBS-Bergedorf KODROBS-Süderelbe AGB-Arbeitsprojekt Kodrobs mobil PSB Mendelssonstraße Beratung im Strafvollzug PSB in Substitutionsambulanzen	3.140.000	3.145.000	3.027.000	3.027.000
Therapiehilfe e. V. Seehaus-Projekt Rückfallprophylaxe Projekt PSB (MAT West, MAT Harburg, MAEX) Beratung im Strafvollzug	2.055.211	2.117.000	2.070.900	2.070.900
Jugendhilfe e. V. Drob Inn (mit Drogenkonsumraum) Viva Wandsbek Stay Alive (mit Drogenkonsumraum) Drob Inn mobil Projekt Nachtcafé	3.830.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000
Frauenperspektiven e. V. Frauenberatungsstelle	474.583	482.000	482.000	482.000
Ragazza e. V. (mit Drogenkonsumraum)	768.189	780.000	780.000	780.000
Drogenhilfe Eimsbüttel e.V.	437.474	443.000	443.000	443.000
Freiraum e. V., Abrigado (mit Drogenkonsumraum)	620.571	620.000	620.000	620.000
Selbsthilfe Drogenabhängiger und Angehöriger Selbsthilfeförderung Angehöriger	46.820	51.000	0	0
Selbsthilfe Drogenabhängiger	1.975	2.000	0	0

Träger/ Projekt	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2011	2012	2013	2014
	in Euro			
Wissenschaftliche Forschung/ Auswertung BADO e. V.	66.000	70.000	70.000	70.000
Betreutes Wohnen (Jugendhilfe e. V., Jugend hilft Jugend e.V.)	78.740	139.000	139.000	139.000
Die Brücke e. V. PSB	607.233	604.000	604.000	604.000
Palette e. V. PSB	577.885	588.000	588.000	588.000
Aktive Suchthilfe e. V., Beratung im Strafvollzug	336.259	336.000	336.000	336.000
Pathologisches Glückspiel	45.400	51.600	51.600	51.600
Suchtberatung für Jugendliche sowie deren Angehörige	618.948	692.000	692.000	692.000
Asklepios PSB (i.V.m. Substitution) ¹			159.000	159.000
Suchtprävention ²				
Hamburgische Landesstelle Büro für Suchtprävention			403.600	403.600
Frauenperspektiven e.V. KAJAL			168.600	168.600
Trockendock e.V. Kompaß			117.400	117.400
Palette e.V. IGLU			206.000	206.000
Summe	17.563.261	17.894.400	18.657.600	18.657.600
./ Pauschale Absenkung zugunsten 5100.684.71 (Selbsthilfeförderung)		20.000		
./ Rückflüsse	319.546	294.400	22.600	22.600
+ Auszahlung Rücklagen	748.984			
+ einmalige Maßnahmen (Aktionswoche Alkohol, UKE Evaluation, Lina-Net)	58.532			
Gesamtsumme ³	18.051.231	17.580.000	18.635.000	18.635.000

Betriebskonto Z 71 – Gesundheitsförderung und Prävention

Beim Titel 534.71 sind Mittel für Gesundheitsinformation und -bildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltungen im Rahmen von Projekten und Maßnahmen, Beratungsangebote sowie Mittel zur AIDS-Prävention und zu sexuell übertragbaren Krankheiten veranschlagt. Die Mittel werden im Rahmen dieser Zweckbestimmung nach den jeweiligen Erfordernissen verwendet. Für 2013/2014 sind hier (sowie unterstützt durch die Zuwendungen aus dem Titel 684.71) u.a. vorgesehen:

- Fortsetzung der Öffentlichkeitskampagne zur zielgruppenspezifischen HIV / AIDS / STD – Prävention, u.a. Beratung (CASAblanca,) und Straßensozialarbeit,
- Zielgruppenspezifische Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Prävention für Migrantinnen und Migranten,
- Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Bewegungsförderung und Sturzprävention älterer Menschen,
- Veröffentlichung von Gesundheitsberichten,
- Zielgruppenspezifische Aktivitäten zur Bewegungsförderung, zur gesunden Ernährung sowie zur psychosozialen Gesundheit in Schulen, Kindertageseinrichtungen und Stadtteilen, Beratungsangebot für Minderjährige mit Essstörungen, Weiterentwicklung der Selbsthilfeaktivitäten
- Verstärkung der Vernetzung im Rahmen von Gesundheitsförderung und Prävention u.a. mit dem Pakt für Prävention u.a. mit Akteuren aus Sozialversicherungsträgern, Gesundheitswesen, Selbsthilfe, Kammern, Vereinen und Verbänden, Sport, Schule und Jugendarbeit; Zusammenführung der Aktivitäten auf dem Hamburger Präventionskongress.

¹ Die Zuwendung für die Psychosoziale Betreuung (ehemals Titel 5100.685.62) wurde ab dem Haushaltsjahr 2013 in den Titel 5100.684.62 überführt

² Ab 2013 Aufstockung des Titels um 896 Tsd. Euro aufgrund der Verlagerung der Suchtprävention von der BASFI (Titel 4440.684.04 und 4440.684.12) an die BGV

³ Ab 2012 Absenkung um 160 Tsd. Euro zugunsten 5100.684.71 (76 Tsd. Euro) und 5100.684.86 (84 Tsd. Euro) gemäß den Drucksachen 20/2173 und 20/2174

684.71 – Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention –

Für 2013/2014 sind folgende Zuwendungen veranschlagt:

Träger/ Projekt	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Euro			
AIDS Hilfe	520.704	512.541	512.541	512.541
Arbeit und Gesundheit	50.989	48.477	48.477	48.477
Arbeiterwohlfahrt	97.285	96.122	96.122	96.122
BASIS & Woge e.V. ⁴	267.033	273.885	338.697	338.697
Diakonisches Werk ⁴	64.656	64.812	0	0
Hamburger Arbeitsgemeinschaft f. Gesundheitsförderung (HAG)	343.738	308.900	308.900	308.900
Vernetzungsstelle Schulverpflegung	80.120	0	0	0
KISS (DPWV) ⁵	579.126	568.581	603.581	603.581
Mieten Aphasiker, CED	6.840	6.840	0	0
Prävention e.V. (Projekt Hein und Fiete)	264.974	248.625	248.625	248.625
Selbsthilfegruppentopf	90.693	90.693	90.693	90.693
Waage e.V.	185.550	180.487	180.487	180.487
ÄGGF	10.000	10.000	0	0
MiMi	60.252	60.000	60.000	60.000
Böv 38 e.V.	10.000	0	0	0
Brücke e.V. - Essstörungen	101.185	100.000	100.000	100.000
AG Spina Bifida	73.311	71.000	75.840	75.840
Dt. Kinderschutzbund - EnemeneMu	13.698	0	0	0
Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Hamburg e.V. ⁶	-	-	97.327	97.327
Summe	2.820.154	2.640.963	2.761.290	2.761.290
./. Rückflüsse sowie Verstärkung aus der Titelgruppe Z 71	16.561	34.963	23.290	23.290
Gesamtsumme	2.803.593	2.606.000	2.738.000	2.738.000

684.86 – Förderung von Familienhebammen-Projekten und Kindergesundheit; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	121,5	135,0	135,0
Altona	144,5	156,0	156,0
Eimsbüttel	40,5	46,5	46,5
Hamburg-Nord	50,5	50,5	50,5
Wandsbek	219,5	233,5	233,5
Bergedorf	81,0	93,0	93,0
Harburg	40,5	46,5	46,5
Summe	698	761	761

⁴ Die Finanzierung der „AIDS-Stelle“ beim Diakonischen Werk (Sperrgebiet) wird ab 2013 von BASFI übernommen; im Gegenzug finanziert die BGV ab 2013 die Stelle „ambulante Hilfe am Hamburger Hauptbahnhof“ bei BASIS & Woge e.V.

⁵ Ab 2013 strukturelle Ansatzerhöhung um 35 Tsd. Euro aus dem Titel 5200.684.02 für Selbsthilfeförderung nach § 45 d SGB XI.

⁶ Ab 2013 Verlagerung von 97 Tsd. Euro vom Titel 4440.684.04 von der BASFI an die BGV für die psychosoziale Betreuung und Begleitung von HIV-betroffenen Familien

Investitionen

Investitionsförderung der Krankenhäuser

Krankenhäuser haben aufgrund des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) und des HmbKHG Anspruch auf Übernahme ihrer Investitionskosten im Wege öffentlicher Förderung, soweit und solange sie in den Krankenhausplan eines Landes und bei Investitionen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG bzw. § 21 HmbKHG (Einzelförderung) in das Investitionsprogramm aufgenommen sind.

Die Hamburgische Krankenhausgesellschaft und die Krankenkassen-Verbände in Hamburg (unmittelbar Beteiligte) sowie die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) bilden gem. § 18 HmbKHG den Landesausschuss für Krankenhaus- und Investitionsplanung, der einvernehmliche Vorschläge für die Aufstellung der Investitionsprogramme nach § 16 HmbKHG erarbeiten soll.

893.63 – Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind Finanzmittel für die „Pauschale Förderung“ der Krankenhäuser gemäß § 22 HmbKHG. Die Bewilligung der Pauschalmittel richtet sich nach der Verordnung über die Pauschale Förderung der Krankenhäuser (PauschVO) vom 17.04.2007 (HmbGVBl. S. 141) unter Berücksichtigung der jeweiligen Änderungsverordnung.

Durch jährliche Pauschalbeträge wird die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter) gefördert. Des weiteren können die Kliniken mit diesen Mitteln kleine Baumaßnahmen sowie sonstige nach § 21 HmbKHG förderungsfähige Investitionen finanzieren, soweit die Kosten für das einzelne Vorhaben die Kostengrenze von EUR 100.000,- nicht übersteigen.

Die Mittel werden den Krankenhäusern, die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden, primär entsprechend ihren Leistungen gewährt. Wesentlicher Bestandteil dieses Verfahrens ist ein Verteilungsmodell, nach dem der zur Verfügung stehende Haushaltsansatz nach den von den einzelnen Krankenhäusern erbrachten DRG-Bewertungsrelationen aufgeteilt wird.

Für nicht nach dem DRG-System entgeltete Krankenhausleistungen sowie für die Einrichtungen der Not- und Unfallversorgung, die psychiatrischen Institutsambulanzen, die Suchtambulanzen und für Ausbildungsplätze gelten besondere Regelungen.

893.79 – Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind die Fördermittel für die in den Krankenhausplan aufgenommenen Krankenhäuser im Wesentlichen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschließlich Erstausrüstung und Honorare, für die Nutzung von Anlagegütern, für Anlauf- und Umstellungskosten. Die Bau- und Beschaffungsmaßnahmen werden nach dem gesetzlich vorgesehenen Verfahren mit den unmittelbar Beteiligten mit dem Ziel des Einvernehmens erörtert.

Es werden in Zukunft weiterhin in hohem Umfang Haushaltsmittel für die Umsetzung und Abfinanzierung von notwendigen Strukturmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern benötigt.

Bis zum Jahr 2025 werden jährlich rd. 10 Mio. EUR zur Abfinanzierung des Neubaus der Asklepios Klinik Barmbek benötigt, der im Rahmen einer Mietkauflösung errichtet wurde und seit 2005 in Betrieb ist.

Um in größerem Umfang Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhausstrukturen bewilligen zu können, sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 150 Mio. Euro erforderlich, die wie folgt veranschlagt sind:

VE 2013:		VE 2014:	
2014 :	30 Mio. EUR	2015:	30 Mio. EUR
2015 :	30 Mio. EUR	2016:	30 Mio. EUR
2016 :	40 Mio. EUR	2017:	40 Mio. EUR
2017 :	50 Mio. EUR	2018:	50 Mio. EUR

5200 Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel sind u.a. die Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen des Sozialhilfeträgers für stationäre, teilstationäre und ambulante Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII (2013/2014 rd. 190,6 Mio. Euro / 199,2 Mio. Euro) sowie die Einnahmen in Höhe von jeweils rd. 0,6 Mio. Euro aus Ersatzleistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung für Vorleistungen des Sozialhilfeträgers veranschlagt. Die Entwicklung der Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen ist vorwiegend von Veränderungen in den Empfängerzahlen sowie den durchschnittlichen Fallkosten abhängig.

Der Veranschlagung für 2013/2014 liegen folgende Faktoren zu Grunde:

- Berücksichtigung des Ergebnisses 2011 zuzüglich zu erwartender Fall- und Sachkostensteigerungen für 2012.
- Berücksichtigung eines durchschnittlichen Anstiegs der Fallzahlen um 2,6% für 2013 bzw. 3,5% für 2014
- Berücksichtigung einer durchschnittlichen Sachkostensteigerung um jeweils 1,5%
- Umschichtung in Höhe von 862 Tsd. Euro in die Einzelpläne der Bezirksamter ab 2014 zu Gunsten der Verstetigung einer qualifizierten Bedarfsfeststellung durch Pflegefachkräfte.

Spezielle Beratungsstellen, deren Förderung in diesem Kapitel veranschlagt ist, ergänzen das gemeinsam von Kassen und Bezirksamtern getragene Beratungsangebot der Pflegestützpunkte

Außerdem sind in diesem Kapitel die Mittel für die Seniorenarbeit veranschlagt. Diese unterstützt ältere Menschen dabei, die Möglichkeiten des Alters zu nutzen und mit seinen Grenzen umzugehen. Hierzu werden neben der Gewährung von Einzelfallhilfen Beratungs- und Betätigungsangebote gemacht. Die gesetzliche Grundlage ist § 71 SGB XII.

Gefördert werden Beratungsstellen zu den Themen Bildung, Betätigung und Engagement im Alter.

Die Förderung und Unterstützung von Seniorentreffs, Seniorenkreisen und anderen Maßnahmen der Seniorenarbeit erfolgt durch die Bezirksamter aus einer Rahmenezuweisung. Auch die finanzielle Unterstützung der Arbeit des Landes-Seniorenbeirats ist in diesem Kapitel veranschlagt.

Die Behörde Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) und das Fachamt für Hilfen nach dem Betreuungsgesetz im Bezirksamt Altona sind die zuständige Betreuungsbehörde im Sinne des Betreuungsbehördengesetzes (BtBG).

Das Fachamt nimmt die Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde wahr.

Die BGV fördert die Querschnittstätigkeit der Betreuungsvereine durch Zuwendungen (s.u.).

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden zur Förderung von Angeboten gewährt, die die pflegerische Versorgung gemäß § 4 Hamburgisches Landespflegegesetz (HmbLPG) und gemäß §§ 45c und 45d SGB XI (niedrigschwellige und ehrenamtliche Betreuungsangebote) ergänzen. Die Mittel, die die Stadt bei letzteren einsetzt, werden in gleicher Höhe aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung ergänzt.

Für den Bereich Seniorenarbeit werden durch Zuwendungen zentrale Beratungs- und Kommunikationsangebote gefördert.

Der Bereich rechtliche Betreuung fördert mittels Zuwendungen acht Betreuungsprojekte in sechs Trägerschaften in Hamburg. Davon sind sieben Projekte bezirksorientiert, ein Träger ist bezirksübergreifend für die Betreuer von geistig und mehrfach behinderten Menschen tätig. Die Betreuungsvereine übernehmen die Gewinnung, Einführung, Fortbildung und Beratung ehrenamtlich tätiger Betreuer und sollen damit den weiteren Ausbau der Ehrenamtlichkeit im Betreuungsbereich sicherstellen (§ 1908 f Abs. 1 Ziffer 2 BGB in Verbindung mit dem hamburgischen Ausführungsgesetz zum BtBG). Sie informieren über Möglichkeiten der Vorsorge und beraten Bevollmächtigte. Bürgerinnen und Bürger werden bei der Erstellung von Vorsorgevollmachten beraten und unterstützt.

Die Einhaltung der bestehenden Vereinbarungen über den Leistungsumfang wird durch Gespräche, Prüfung der Sachberichte und Verwendungsnachweise überwacht.

3. Erläuterung der Ausgaben

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 518.81 Die Mittel werden als Rahmenezuweisung an die Bezirksamter zur Abdeckung der Betriebskosten und Förderung der Träger von Seniorentreffs und anderer Angebote der Seniorenarbeit, für die finanzielle Unterstützung der Bezirks-Seniorenbeiräte und bezirklicher Gesundheits- und Pflegekonferenzen veranschlagt. Die Mittel werden per Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter, wie nachfolgend dargestellt, verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	596	586	576
Altona	376	373	373
Eimsbüttel	310	330	339
Hamburg-Nord	437	427	424
Wandsbek	541	549	553
Bergedorf	145	140	140
Harburg	201	201	201
Gesamt	2.606	2.606	2.606

534.03 – Ausgaben des Landessenorenbeirates –
(neu)

Veranschlagt sind hier die bisher beim Titel 534.63 veranschlagten Aufwendungen für den Landessenorenbeirat.

684.01 – Zuschüsse zur Förderung pflegerischer Versorgungsstrukturen –

Durch Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen soll die Beratung und Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen gem. § 8 Abs. 2 SGB XI und § 4 HmbLPG gefördert werden. Gefördert werden die Beratungsstelle für ältere Menschen und ihre Angehörigen der HAMBURGISCHEN BRÜCKE, die „Stattbau Hamburg“ für das Projekt „Koordinierungsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften“ sowie anteilige Sachkosten für das „Beschwerdetelefon Pflege“.

684.02 - Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben, Selbsthilfegruppen und des freiwilligen Engagements gem. §§ 45c und 45d SGB XI -

Veranschlagt sind die Mittel zur Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben, Selbsthilfegruppen und des freiwilligen Engagements gemäß §§ 45c und 45d SGB XI. Mit dieser Mittelausstattung können die auf freiwilligem bürgerschaftlichen Engagement basierenden Angebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie die Selbsthilfe in diesem Bereich deutlich ausgebaut werden. Für die Förderung von Selbsthilfegruppen nach § 45d SGB XI über den Hamburger Selbsthilfegruppen-Topf (KISS Hamburg) wird der Ansatz um 35 Tsd. Euro zugunsten des Titels 5100.684.71 reduziert.

684.04 – Zuschüsse zur Förderung hospizlicher und palliativpflegerischer Versorgungsangebote –

Die Mittel werden für die Förderung der hospizlichen und palliativ-pflegerischen Versorgung in Hamburg eingesetzt. Veranschlagt sind Mittel für Beratung und Betreuung von schwerkranken, sterbenden Menschen und deren Angehörigen in der Beratungsstelle CHARON, für die Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit und für die Förderung der Implementierung von hospizlichen und palliativpflegerischen Versorgungsangeboten in Pflegeheimen.

Träger/ Projekt	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Euro			
CHARON Beratungsstelle	168.000	168.000	168.000	168.000
Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit	74.000	77.000	77.000	77.000
Förderung der hospizlichen und palliativpflegerischen Versorgungsangebote in Pflegeheimen	16.000	28.000	28.000	28.000
Gesamt	258.000	273.000	273.000	273.000

684.06 – Zuschüsse an Betreuungsvereine mit Querschnittsaufgaben –

Veranschlagt sind die Mittel für Zuschüsse an 8 Betreuungsvereine in 6 Trägerschaften mit den folgenden Zielen:

- ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer zu gewinnen und sie in ihre Tätigkeit einzuführen, fortzubilden und zu beraten,
- über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen zu informieren,
- Bürgerinnen und Bürger im Einzelfall bei der Erstellung von Vorsorgevollmachten zu beraten,
- Bevollmächtigte zu beraten.

Träger/ Projekt	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Euro			
ZukunftsWerkstatt Generationen e.V. Betreuungsvereine Hamburg-Mitte und Wandsbek	233.000	227.000	227.000	227.000
Altona	103.000	123.000	123.000	123.000
Insel e.V. Betreuungsvereine Eimsbüttel und Harburg	254.000	252.000	252.000	252.000
Hamburg-Nord	119.000	118.000	118.000	118.000
Bergedorf	86.000	87.000	87.000	87.000
Leben mit Behinderung	153.000	153.000	153.000	153.000
./ abzüglich Rückflüsse	14.000			
Gesamt	934.000	960.000	960.000	960.000

684.07 – Förderung zentraler Angebote der Seniorenarbeit –
(neu)

Veranschlagt sind hier die bisher beim Titel 684.63 veranschlagten Zuwendungen an freie Träger für Beratungsangebote zu den Themen Betätigung, Engagement und Seniorenbildung sowie für die zentrale Unterstützung von Seniorengruppen und Seniorentreffs für den Landesseniorenbeirat.

701.86 - Investitionen für offene Seniorenarbeit - Zweckzuweisung an die Bezirke -

Veranschlagt sind Mittel für Sanierungs- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen bei verschiedenen Seniorentreffs. Zur Erhaltung der häufig alten Bausubstanz sind insbesondere Investitionen an Fenstern, Dächern und Fassaden erforderlich.

5300 Verbraucherschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Einnahmen und Ausgaben, die im Verbraucherschutz anfallen, dienen der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung einer effektiven Lebensmittelüberwachung,
- der Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung,
- dem Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden,
- der Produkt- und Anlagensicherheit,
- der Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit,
- dem Patientenschutz,
- der Sicherheit von Arzneimittel- und Medizinprodukten,
- der gesundheitlichen Bewertung von umweltbedingten Gesundheitsrisiken,
- dem Hamburgischen Krebsregister,
- dem wirtschaftlichen Verbraucherschutz.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere bestimmt durch:

- Vorgaben in den einschlägigen Rechtsvorschriften zur Umsetzung und Durchführung von amtlichen Untersuchungen oder Kontrollen sowie der Erteilung von Betriebs- und Ein- bzw. Ausfuhrerlaubnissen, die teilweise mit Inspektionen in Nicht-EU-Ländern verbunden sind,
- einen stark wechselnden Arbeitsanfall in den Dienststellen, der Anforderungen der Wirtschaft berücksichtigt und nur bedingt beeinflusst werden kann,
- Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik,
- Wandel der gesellschaftlichen Anforderungen an den Arbeitnehmerschutz und daraus resultierende politische Vorgaben zur Aufgabenerledigung,
- neue gesetzliche Regelungen,
- Anzahl von Betrieben und Anlagen,
- gesteigertes Interesse der Verbraucher an Informationen zu Risiken von Produkten und Gesundheitsdienstleistungen,
- Fortschreibung von Partnerschaften mit Kammern und Verbänden im Arbeitsschutz.

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Die Zuwendungen in Kapitel 5300 werden wesentlich durch die Förderung der Verbraucherzentrale Hamburg geprägt (849 Tsd. Euro pro Jahr). Darüber hinaus werden zwei Zuschüsse an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. als Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Gebühreneinnahmen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst,
- Verwaltungsgebühren für Überwachungsbedürftige Anlagen und Zulassung von Containern,
- Verwaltungsgebühren im Bereich Arbeitsschutz,
- Verwaltungsgebühren im Bereich Strahlenschutz,
- Einnahmen aus Bußgeldern.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 5

427.86 – Pauschale Aufwandsentschädigungen; Zweckzuweisungen an die Bezirke -

Veranschlagt sind Entschädigungen im Zusammenhang mit der Begutachtung giftiger Tiere auf dem Hamburgischen Staatsgebiet.

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung dem Einzelplan des zuständigen Bezirksamtes Hamburg-Mitte zur Verfügung gestellt.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb,
- Vertragliche Verpflichtungen im Rahmen der Norddeutschen Kooperation,
- Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung technischer Geräte,
- Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse,
- Ausgaben für Beschaffungen im ärztlichen und wissenschaftlichen Bereich.

534.81 – Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen; Rahmenzuweisung an die Bezirke –
Veranschlagt sind Ausgaben für Geräte, Instrumente und Verbrauchsmittel für den tierärztlichen Bereich.

Für das Haushaltsjahr 2013 / 2014 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsseln bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	5	5	5
Altona	4	4	4
Eimsbüttel	4	4	4
Hamburg-Nord	4	4	4
Wandsbek	5	4	4
Bergedorf	4	4	4
Harburg	4	4	4
Gesamt	29	29	29

5300, 5400

684.01 – Kostenerstattung an den HTV u.a. Einrichtungen für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwehr- sowie Beobachtungstieren -

Veranschlagt sind die Mittel für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwehr- und Beobachtungstieren einschließlich der Mittel für die Unterbringung und Versorgung im Zusammenhang mit der Durchführung des Hundegesetzes.

685.08 – Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. –

Veranschlagt sind für 2013/2014 als Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. (institutionelle Förderung, Patientenberatung und Hamburger Anteil an der Ernährungsberatung) insgesamt 849 Tsd. Euro pro Jahr.

686.61 – Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. –

Veranschlagt sind für 2013/2014 als Zuschuss an den Tierschutzverein jeweils 38 Tsd. Euro. Hiervon entfallen

1. 28 Tsd. Euro auf eine Finanzhilfe in Höhe des Erbbauzinses für das Grundstück Süderstraße, weil der Tierschutzverein (HTV) öffentliche Aufgaben wahrnimmt, die anderenfalls die Stadt übernehmen müsste (z.B. Aufnahme und Verwahrung von Fund- und sichergestellten Tieren sowie deren tierärztliche Betreuung, Versorgung auf amtliche Anordnung untergebrachter seuchenverdächtiger Tiere).
2. 10 Tsd. Euro Zuschuss auf Maßnahmen zur Begrenzung der Population verwilderter Hauskatzen durch den HTV (Kastration). Entlaufene Katzen vermehren sich und finden in der Stadt keine ausreichende Futtergrundlage. Viele Jungtiere erkranken und verhungern. Gezielte Kastrationsmaßnahmen tragen dazu bei, die Zahl der Katzen zu begrenzen.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten für das Arbeitsschuttlabor geprägt.

5400 Institut für Hygiene und Umwelt

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Ausgaben und Einnahmen für das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) werden in einem Wirtschaftsplan nach § 15 Abs. 2 LHO veranschlagt und erläutert; siehe Anlage 2.8 (rosa Seiten).
Im Kapitel 5400 „Institut für Hygiene und Umwelt“ sind entsprechend der Nettoveranschlagung lediglich die Zuweisungen bzw. Zuschüsse an das Institut veranschlagt.

Allgemeines

(Vgl. hierzu die allgemeinen Vorbemerkungen im Lagebericht des Instituts für Hygiene und Umwelt).

2. Zuwendungen

Im Kapitel 5400 sind keine Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen und Ausgaben

s. Wirtschaftsplan

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2013/2014

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 5

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Einzelplan 5	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
---------------------	---

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00			2,00	0,50	1,00	Anzahl der kw-Stellen
					14,75	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	2,00	0,50	15,75	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5000	Zentrale Dienste	2013/14 2012	324,50 0,00			375,18 0,00		699,68 0,00
	gesamt:	2013/14 2012	324,50 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	375,18 0,00	0,00 0,00	699,68 0,00

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/14.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 5 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2012	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2012				Stellenplan 2013/ 14	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2013/ 14	2013/ 14/ 2012
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
5	5000 Zentrale Dienste	0,00	-1,00	713,45			-12,77	699,68	699,68
	Summe:	0,00	-1,00	+713,45	+0,00	+0,00	-12,77	699,68	699,68

Einzelplan 5	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Kapitel 5000	Zentrale Dienste

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00			2,00	0,50	1,00 14,75	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	2,00	0,50	15,75	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	
B 3	4,00			0,00	
A 16	12,00			0,00	
A 15	36,00	1,00	18)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor zum 01.03.2014 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 14	46,00			0,00	
A 13	27,00			0,00	
A 13	14,00	1,00	8)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 16				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 15				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 15				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 14				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 14				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 14				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 14				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 14				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 14				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 13				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 13				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 13				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	8) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 15	18) kw: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor zum 01.03.2014 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	41,50			0,00	
A 11	58,00	1,00	17)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen</i>
		0,50	24)		
A 10	44,00			0,00	
A 9	18,00	2,00	9)	0,00	<i>ku: 2,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach BesGr. E 9 ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach BesGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	21)		
A 9	6,50			0,00	
A 8	8,50	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Frei- werden der Stelle</i>
A 7	6,00			0,00	
A 6	2,00			0,00	
Summe:	324,50			0,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Direktorin/ Direktor des Amtes für Arbeitsschutz (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (5,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (3,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Gewerbedirektorin/ Gewerbedirektor (6,00), Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (8,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (9,00), Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (6,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (4,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00), Obergewerberätin/ Obergewerberat (11,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (10,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (7,00), Wissenschaftliche Oberärztin/ Wissenschaftlicher Oberarzt (6,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Gewerberätin/ Gewerberat (6,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (7,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (3,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (3,00)
 A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (14,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (23,50), Gewerbeamtsrätin/ Gewerbeamtsrat (14,00), Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
 A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtmann (20,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (34,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
 A 10 Gewerbeoberinspektorin/ Gewerbeoberinspektor (23,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (19,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (18,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,50)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (8,50)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (6,00)
 A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (2,00)

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 16	1,00			0,00	
A 15	3,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				140,00					140,00	
A 12				23,50					23,50	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 12				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 11				34,00					34,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 11				20,00					20,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 10				19,00					19,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 10				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 9				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 9				6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 8				8,50					8,50	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 7				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
A 6				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>				324,50	0,00	0,00	0,00	0,00	324,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 11	17) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle	
A 11	24) 0,50 Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen	

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 14	3,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	9,00			0,00	
A 11	9,00			0,00	
A 10	3,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 9	4,50			0,00	
A 8	8,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	44,50			0,00	

A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (1,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (7,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (8,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (1,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,50)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (7,00), Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär (1,00)
A 7	Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	1,00			0,00	Nr. 5	
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 15	1,00			0,00	Nr. 3	
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 14	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 5	
A 12	1,00			0,00	Nr. 7	
A 12	6,00			0,00	Nr. 5	
A 12	2,00			0,00	Nr. 5	
A 11	7,00			0,00	Nr. 5	
A 11	1,00			0,00	Nr. 1	
A 11	1,00			0,00	Nr. 1	
A 10	3,00			0,00	Nr. 7	
A 9	1,00			0,00	Nr. 5	
A 9	0,50			0,00	Nr. 6	
A 9	4,00			0,00	Nr. 5	
A 8	5,00			0,00	Nr. 5	
A 8	2,00			0,00	Nr. 7	
A 8	1,00			0,00	Nr. 6	
A 7	1,00			0,00	Nr. 5	
A 6	1,00			0,00	Nr. 5	
gesamt:	44,50			0,00		

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00	1,00	19)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers</i>
E 15	17,50			0,00	
E 14	33,14	1,00	12)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freierwerden der Stelle</i>
E 13	32,02	0,75	22)	0,00	<i>kw: 0,75 EntgGr. E 13 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 12	46,00	1,00	2)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. E 11 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers</i>
E 11	19,00	1,00	14)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12</i>
E 10	6,75	0,75	1)	0,00	<i>kw: 0,75 EntgGr. E 10 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 9	68,27	0,43	15)	0,00	<i>ku: 0,43 EntgGr. E 9 nach BesGr. E 8 nach Freierwerden der Stelle</i>
		1,00	16)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 zum 01.05.2017 nach Freierwerden der Stelle</i>
		2,00	20)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 9 nach Freierwerden der Stelle</i>
E 8	42,59	1,00	26)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 7	1,00			0,00	
E 6	44,25	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 zum 01.06.2017 nach Freierwerden der Stelle</i>

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 15				17,50					17,50	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 14				33,14					33,14	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 13				33,52					33,52	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 13			-1,50						-1,50	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 12				47,00					47,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 12			-1,00						-1,00	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 11				19,50					19,50	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 10				4,75					4,75	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 10				1,00					1,00	Verlagerung Reorganisation
E 10							1,00		1,00	Tarifliche Neubewertung
E 9				63,27					63,27	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 9				7,70					7,70	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 9	-1,00								-1,00	§ 47 (3) HmbBG
E 9			-1,00						-1,00	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 8				41,59					41,59	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 6				45,28					45,28	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 10	1) kw: 0,75 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	
E 12	2) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. E 11 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers	
E 14	12) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle	
E 12	14) kw: 1,00 EntgGr. E 12	
E 15 ü	19) ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers	
E 13	22) kw: 0,75 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6		0,50 2,00	5) 6)		<i>kw: 0,50 EntgGr. E 6 zum 01.01.2022 nach Freierwerden der Stelle kw: 2,00 EntgGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	24,32	1,00 1,75	10) 23)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle kw: 1,75 EntgGr. E 5 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 4	3,00	2,00	11)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 4</i>
E 3	35,78	1,50	7)	0,00	<i>kw: 1,50 EntgGr. E 3 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 2	0,56			0,00	
Summe:	375,18			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	699,68			0,00	

Einzelplan 5
Kapitel 5000

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Zentrale Dienste

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00		-3,50	316,25			1,00		312,75	
E 5				30,02					30,02	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 5			-5,70						-5,70	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 4				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 3				37,97					37,97	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
E 3			-2,03						-2,03	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 2				1,41					1,41	Verlagerung von Kapitel 4910; Verlagerung Reorganisation
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-1,00	0,00	-11,23	388,65	0,00	0,00	1,00	0,00	377,42	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-1,54	0,30	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,24	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-1,00	0,00	-12,77	388,95	0,00	0,00	0,00	0,00	375,18	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	0,00	-12,77	713,45	0,00	0,00	0,00	0,00	699,68	

**Stellenplan
und
Stellenübersichten**

Bernhard-Nocht-Institut

**(Ausgliederung aufgrund der Gründung einer Stiftung öffentlichen Rechts gemäß
Drucksache 18/7195)**

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 5841	Klinik BNI (Abwicklungskapitel)

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					1,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 8	0,50	0,50	1)	0,00	<i>kw: 0,50 EntgGr. E 8</i>
E 4	1,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 4</i>
Summe:	1,50			0,00	
Summe (ohne) insgesamt	1,50			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4841; Behördenneuorganisation 2011
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	
Summe (ohne*) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 4841	Klinik BNI (Abwicklungskapitel)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 8	0,00	0,50	1)	0,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 5	0,00	0,50	2)	0,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 4	0,00	1,00	3)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 3	0,00	1,00	4)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			3,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			3,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5841; Behördenneorganisation 2011
E 3	-1,00								-1,00	Vollzug KW Vermerk
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-1,50	0,00	0,00	0,00	-1,50	0,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,50	0,00	0,00	0,00	-1,50	0,00	0,00	0,00	-3,00	

Anhang

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2013

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenhebungen				
1	5000	1,00	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor B3 in Senatsdirektorin/Senatsdirektor B4	Leitung des Amtes für Verbraucherschutz

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013/2014

Wirtschaftsplan

Institut für Hygiene und Umwelt

Hamburger Landesinstitut für Lebensmittelsicherheit,
Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen

(§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

5400.525.92	„Erstattungen an das Zentrum für Aus- und Fortbildung“
5400.632.91	„Zuweisungen von Versorgungszuschlägen an Wirtschaftspläne“
5400.671.01	„Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt für Lebensmitteluntersuchungen etc., Medizinaluntersuchungen, Schädlingsbekämpfung sowie Impfleistungen etc.“
6700.671.07	„Erstattung an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen etc.“
5400.682.56	„Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)“
5400.891.01	„Investitionskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt“
6700.891.04	„Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt“
5400.891.56	„Investitionskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für Informationstechnik (IT)“

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Ansätze für Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung der Position „nicht verbrauchte Deckungsmittel“ gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Ertragsüberhänge zu erwarten ist. Die Verlustvorträge sind in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
3. Zweckgebundene Drittmittel sowie sonstige zweckgebundene Erträge dürfen nur im Rahmen der Bewilligungsbedingungen der Mittelgeber für Aufwendungen im Erfolgsplan und für Investitionen im Finanzierungsplan verwendet werden.

A. Ergebnisrechnung			2011 Ist vorläufig	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
Positionsbezeichnung			- in Tsd. EUR -			
01.	Erträge aus Geschäftstätigkeit		20.166	3.414	21.136	21.131
	a) Privatrechtliche Entgelte		532	935	1.044	1.039
	Umsatzerlöse	500000	390	800	894	889
	Erträge aus Vermietungen/Pachten	502000	0	0	0	0
	Erträge aus Betriebskostenabrechnungen	502100	142	135	150	150
	b) Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz		1.885	2.235	1.944	2.046
	Benutzungsgebühren/-entgelte	517000	1.885	2.235	1.944	2.046
	c) Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen		0	0	0	0
	Geldstrafen, Geldbußen,	514000	0	0	0	0
	d) Erträge für Leistungserbringung gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg <i>davon</i>		17.749	244	18.148	18.046
	d1) Kontrakterträge auf der Basis von Leistungsvereinbarungen -gesamt	546010	16.871	0	17.247	17.145
	Kontrakterträge der BGV	546010	11.073		11.436	11.334
	Mittelumschichtungen (Radioaktivität BSU u.PK BAM)				213	213
	Kontrakterträge der BSU	546010	5.798		5.598	5.598
	d2) Erträge aus Sondervereinbarungen mit der BGV		878	244	901	901
	e) Erträge für Leistungserbringung gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg aus Sondermitteln		0	0	0	0
02.	Erträge aus Transferleistungen		2.461	16.553	2.600	2.600
	Entgelte für Leistungserbringung	546010		16.553		
	Erträge aus Sondervereinbarungen mit Schleswig-Holstein				320	320
	Zuschüsse der FHH zur laufenden Geschäftstätigkeit		2.362		2.190	2.190
	<i>Zuwendungen und Zuweisungen von anderen Zuschussgebern</i>					
	Zuschüsse EU zur lfd. Geschäftstätigkeit (Drittmittel)	547000	99		90	90
	Zuschüsse Bund zur lfd. Geschäftstätigkeit (Drittmittel)	548000				
	Zuschüsse von Privaten (Drittmittel)	590100				
03.	Bestandsveränderungen / aktivierte Eigenleistungen		0	0	0	0
04.	Sonstige Erträge		2.392	236	371	371
	Sonstige betriebliche Erträge	533000	20	21	21	21
	Skontoerträge	533010	3	0	0	0
	Ertrag IEVO	533500	582	215	350	350
	Erträge aus Personalkostenzuschüssen/-erstattungen	533600	715	0	0	0
	Mehrertrag aus Anlagenabgang	536000	5	0	0	0
	Ertrag aus Auflösung von Sonderposten		428	0	0	0
	Ertrag aus Auflösung von Rückstellungen (Urlaub)	538000	480	0	0	0
	Periodenfremde Erträge	539000	159	0	0	0

A. Ergebnisrechnung			2011 Ist vorläufig	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
Positionsbezeichnung			- in Tsd. EUR -			
05.	Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit		7.013	6.030	6.847	6.853
	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit		2.956	2.634	2.918	2.918
	ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf:		1.871	1.661	1.835	1.835
	-Verbrauch Impfstoffe	600100	284	300	275	275
	-Verbrauch Nährmedien	600111	152	120	150	150
	-Verbrauch Chemikalien	600112	336	400	350	350
	-Verbrauch Laborverbrauchsmaterial	600113	473	428	460	460
	-Verbrauch Diagnostika	600116	315	190	310	310
	-Verbrauch technische Gase und Laborgase	602300	154	120	140	140
	-Material für Reparatur und Instandhaltung	606000	157	103	150	150
	Material für Reparatur und Instandhaltung Gebäude	606010	103	50	100	100
	Strom	605010	704	579	650	650
	Heizgas	605020	245	300	300	300
	Sonstiger Materialaufwand	607000	6	11	6	6
	Berufskleidung / Arbeitsschutzmaterial	608000	27	33	27	27
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		1.227	726	1.137	1.137
	Müllentsorgung	614010	65	60	65	65
	Instandhaltung Gebäude	616000	68	275	150	150
	Instandhaltung Maschinen und Geräte	616100	330	100	250	250
	Sonstige Instandhaltungskosten	616300	2	0	2	2
	Sonstige bezogene Leistungen	617000	82	52	80	80
	Erstattung Dienstleistungen Dataport	617010	593	135	505	505
	Erstattung Dienstleistungen ZPD	617020	39	62	40	40
	Erstattung Dienstleistungen Sonstige	617030	47	42	45	45
	Skontoverlust	618050	1			
	c) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten		2.830	2.670	2.792	2.798
	Mieten, Pachten	670000	2.086	2.050	2.062	2.068
	Betriebskostenvorauszahlungen, -abrechnungen	670100	187	130	180	180
	Leasing	671000	7	14	7	7
	Lizenzen und Konzessionen	672000	0	0	1	1
	Bankspesen/Kosten d. Geldverkehrs u.d. Kapbeschaff	675000	2	0	2	2
	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	677000	0	5	5	5
	Sonst. Inanspruchnahme von Rechten und Dienstl.	679000	51	2	30	30
	Gebäudereinigung	679100	301	300	310	310
	Sonstige Gebäudebewirtschaftung	679200	2	15	5	5
	Aufwendungen für Außenanlagen	679300	9	5	10	10
	Sicherheit und Alarm	679400	185	149	180	180
06.	Personalaufwendungen		16.211	16.510	18.133	18.122
	a) Beschäftigungsentgelte		10.881	10.075	10.881	10.881
	Beschäftigungsentgelte	627000	10.881	10.075	10.881	10.881
	b) Beamtenbezüge		1.289	1.250	1.289	1.289
	Beamtenbezüge	634000	1.289	1.250	1.289	1.289
	c) Sozialleistungen		2.008	1.893	2.169	2.158
	Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	641000	1.916	1.832	1.916	1.916
	Beiträge zur Unfallkasse Nord	642000	58	0	203	192

A. Ergebnisrechnung			2011 Ist vorläufig	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
	Positionsbezeichnung		- in Tsd. EUR -			
	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	649000	34	61	50	50
	d) Versorgungsleistungen		2.033	3.292	3.794	3.794
	Versorgungsbezüge Beamte	643000	376	480	480	480
	Versorgungsbezüge Arbeitnehmer	643300	1.143	1.039	1.039	1.039
	Zuführung Rückstellungen sonst. Personalaufwand (Urlaubsrückstellungen)	648030 648040	514	0	0	0
	Zuführung Pensionsrückstellungen	648000		1.556	1.904	1.904
	Zuführung Beihilferückstellungen	648010		92	127	127
	Zuführung Altersteilzeitrückstellungen	648020		125	244	244
07.	Aufwendungen für Transferleistungen		0	0	0	0
	a) an Dritte (ohne öff. Bereich)					
	b) an Tochterorganisationen					
	c) an den sonstigen öffentlichen Bereich					
08.	Abschreibungen		1.789	1.126	1.424	1.082
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.789			
	Abschreibungen. Sachanlagen, imm. VG	663000	1.789	1.126	1.424	1.082
09.	Sonstige Aufwendungen		1.627	1.768	1.402	1.402
	Sonst. Personalaufwendungen	650000	565	200	400	400
	Aufwendungen Betriebs-, Amtsarzt u. Arbeitssicherheit	652000	33	32	32	32
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	654000	41	68	58	58
	Aufwendungen für Gemeinschaftsveranstaltungen, -pflege u. soziale Einrichtungen	656000	0	48	48	48
	Aufwand nebenamtl., nebenberuflich, ehrenamtl.,	657000	1	0	2	2
	Reinigungsmittel und -material	679500	29	25	25	25
	Büromaterial, Drucksachen, Geschäftsbedarf	680000	61	53	53	53
	Zeitungen, Fachliteratur	681000	65	58	58	58
	Porto, Versandkosten, Zustelldienste	682000	71	70	70	70
	Telekommunikation	683000	50	150	60	60
	IT-Aufwand	684000	371	807	290	290
	Reisekosten	685000	42	36	36	36
	Fahrtkosten	685100	10	10	10	10
	Öffentlichkeitsarbeit, Bewirtung, Repräsentation., Werbung	686000	51	36	36	36
	Kfz-Kosten	688000	89	72	85	85
	Versicherungen	690000	0	4	2	2
	Mitgliedsbeiträge	691000	0	0	1	1
	Andere sonst. betriebliche Aufwendungen	693000	143	4	40	40
	Grundsteuer	702000	0	90	90	90
	Kraftfahrzeug-Steuer	703000	5	5	6	6
10.	Ergebnis d. lfd. Geschäftstätigkeit		-1.621	-5.231	-3.699	-3.357
11.	Erträge aus Beteiligungen					
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					
	<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>					

A. Ergebnisrechnung			2011 Ist vorläufig	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
Positionsbezeichnung			- in Tsd. EUR -			
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		43	0	0	0
	Zinsen, ähnliche Erträge	570000	43	0	0	0
	<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>					
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens					
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
	Zinsen	751000	0	0	0	0
	<i>davon an verbundene Unternehmen</i>					
16.	Finanzergebnis		43	0	0	0
17.	Ordentliches Ergebnis		-1.578	-5.231	-3.699	-3.357
18.	Außerordentliche Erträge		2	1.773	2.275	2.275
	Spenden, Erbschaften, Förderungen	590000				
	Außerordentlicher Ertrag	592000	2			
	Erträge Gewährl-Zus.FHH:	592100				
	Erträge Gewährl-Zus.FHH: Pensionsrückstellungen	592100		1.556	1.904	1.904
	Erträge Gewährl-Zus.FHH: Beihilferückstellungen	592100		92	127	127
	Erträge Gewährl-Zus.FHH: Altersteilzeitrückstellungen	592100		125	244	244
19.	Außerordentliche Aufwendungen			0		
	Außerordentlicher Aufwand	791000				
20.	Außerordentliches Ergebnis		2	1.773	2.275	2.275
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					
	Gewerbeertragsteuer	770000				
	Körperschaftsteuer	771000				
22.	Erträge aus Verlustübernahme aus dem Haushalt/ Aufwand aus Gewinnabführung an den Haushalt		0	2.332	0	0
	Verlustausgleich FHH	546020	0	2.332	0	0
23.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag identisch mit der Höhe der Abschreibungen		-1.576	-1.126	-1.424	-1.082

B. Kapitalflussrechnung		Sach- konto	2011 Ist	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
Positionsbezeichnung			- in Tsd. EUR -			
1.	Ordentliches Ergebnis*		-1.578	-5.231	-3.699	-3.357
2.	Abschreibungen / Zuschreibungen (+/-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	663000	1.789	1.126	1.424	1.082
3.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)	537000	-428	0	0	0
4.	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (-/+)		5	0	0	0
5.	Veränderungen von Rückstellungen (+/-)	648010; 648020; 648030	480	0	0	0
6.	Veränderungen sonstiger Aktiva / Passiva** (+/-)			0	0	0
7.	Außerordentliches Ergebnis	592100	-1	1.773	2.275	2.275
8.	Steuern vom Einkommen und Ertrag					
	Kapitalfluss I Ord.-, Außerord.- Ergebnis, Steuern (Summe 1. - 8.)		267	-2.332	0	0
9.	Desinvestitionen / Investitionen*** (+/-)		-1.812	-2.037	-1.981	-1.981
	davon					
9.1	<i>Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	025000	-194			
9.2	<i>Mietereinbauten</i>	054500	-272			
9.3	<i>Maschinen und Anlagen</i>	077000, 089000	-853	-1.947	-1.896	-1.896
9.4	<i>Fahrzeuge</i>	084000	-79	-90	-85	-85
9.5	<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	085000; 087000	-8			
9.6	<i>IT</i>	073000	-143			
9.7	<i>AiB</i>		-263			
10.	Veränderungen der Forderungen / Verbindlichkeiten aus Investitionen (+/-)					
	Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 9. u. 10.)		-1.812	-2.037	-1.981	-1.981
	Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)		-1.545	-4.369	-1.981	-1.981
11.	Veränderungen des Eigenkapitals (+/-)					
12.	Darlehensaufnahme / -tilgung (+/-)					
13.	Erhaltene Zuschüsse zur lfd. Geschäftstätigkeit		1.664	2.332	0	0
13.1	Erhaltene Zuschüsse zur lfd. Geschäftstätigkeit		1.664	2.332	0	0
13.2	Gewinnabführung an den Haushalt					
14.	Erhaltene Investitionszuschüsse		2.396	2.037	1.981	1.981
14.1	Investitionszuschuss aus dem Haushalt der FHH		2.396	2.037	1.981	1.981
14.2	Investitionszuschüsse Dritter					
	Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 11. - 14.)		4.060	4.369	1.981	1.981
	Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)		2.515	0	0	0

B. Kapitalflussrechnung		Sach- konto	2011 Ist	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
Positionsbezeichnung			- in Tsd. EUR -			
	Anfangsbestand Liquidität (Summe 15)		2.365	2.604		
15.1	Betriebsmittel		2.072	1.837		
15.2	IT-Betriebsmittel		0	0		
15.3	Investitionen		0	490		
15.4	IT-Investitionen		0	0		
15.5	Drittmittel		293	277		
	Endbestand Liquidität (Summe 16)		2.604			
16.1	Betriebsmittel		1.837			
16.2	IT-Betriebsmittel		0			
16.3	Investitionen		490			
16.4	IT-Investitionen		0			
16.5	Drittmittel		277			

* Übernahme aus dem Wirtschaftsplan / der Ergebnisrechnung

** Aktiva / Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind

*** Im Finanzierungsplan ist der im Geschäftsjahr voraussichtlich zu deckende Finanzbedarf für Investitionen zu veranschlagen

ERLÄUTERUNGEN

Veranschlagt sind die Aufwendungen und Erträge, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für das Institut für Hygiene und Umwelt.

Die in früheren Jahren als Betriebskostenzuschuss dem Wirtschaftsplan zufließenden Mittel werden im Rahmen des Kontraktmanagements auf Basis der Regelungen der VV zu § 61 LHO als Erträge veranschlagt. Aufgrund der zentralen Regelungsmechanismen wird die Form der Veranschlagung als Zuschuss für Versorgungszuschläge, laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit IT sowie für Investitionen beibehalten.

Im Zuge der auf die BGV und die BSU verteilten Fachaufsicht über das HU sind die korrespondierenden Veranschlagungen in den entsprechenden Kapiteln zu finden.

Der Senat hat sich bei seinen Planungen der Haushalte 2013/2014 an dem übergeordneten Ziel orientiert, bis zum Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, um die Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes verlässlich zu erfüllen. Dies bedeutet für die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz und seine Einrichtungen, zu denen das HU gehört, erhebliche Herausforderungen.

So wurden die Zuschüsse für Kontraktverträge mit der BGV - vor Gewährung der nachfolgend aufgeführten erhöhten Erträge für Leistungserbringung die im Saldo zu einem höher ausgewiesenen Zuschuss führen - im Vergleich zu den Vorjahren 2011 und 2012 vorab strukturell um insgesamt 352 Tsd. Euro reduziert, um einen Konsolidierungsanteil für das HU auszuweisen.

Der Ertrag aus den zentral gesteuerten Titeln des Kapitels 5400 im Einzelplan 5 (im Wirtschaftsplan abgebildet als "Zuschuss der FHH zur laufenden Geschäftstätigkeit") erhöht sich um **148 TEUR** – von 2.042 TEUR auf 2.190 TEUR. Der Mehrertrag ergibt sich durch die Wiederaufnahme des IT-Betriebsmittelzuschusses in Höhe von 160 TEUR, ansonsten wäre eine Minderung von 12 TEUR erfolgt.

Die unter Position 01.d) aufgeführten Erträge für Leistungserbringung gegenüber der FHH erhöhen sich in 2013 gegenüber dem Ansatz 2012 von 16.797 (16.553¹ + 244) um 1.368 TEUR auf 18.148 TEUR (in 2014 auf 18.046 TEUR). Diese Summe ergibt sich aus

der strukturellen Tarifsteigerung der Jahre 2011 bis 2013	
in Höhe von	+ 1.033 TEUR
abzüglich Konsolidierungsbeitrag in Höhe von	- 352 TEUR
Personalkostenübertragung vom BA Mitte	+13 TEUR
Erträge aus Sondervereinbarungen mit der BGV	+901 TEUR

Ab 2013 werden 200 TEUR für Radioaktivitätsuntersuchungen aus dem Einzelplan der BSU in den Einzelplan der BGV übertragen.

A. Ergebnisrechnung

Erträge

01. Erträge aus Geschäftstätigkeit

Ab 2013 werden die Kontrakterträge neu unter 01. Erträge aus Geschäftstätigkeit veranschlagt. Dadurch erhöht sich der Ansatz 2013 um 17.722 TEUR auf 21.136 TEUR (in 2014 auf 21.131 TEUR).

Die Kontrakterträge in Höhe von 17.247 TEUR gliedern sich wie folgt:

BGV 11.636 TEUR (inkl. 200 TEUR Übertrag von der BSU wegen Verlagerung der Radioaktivitätsuntersuchungen)

BSU 5.598 TEUR (inkl. 200 TEUR Übertrag an die BGV).

Die Ansatzsteigerung von 2012 auf 2013 in Höhe von 711 TEUR ergibt sich aus dem oben dargestellten Sachverhalt.

Die Ertragsansätze aus Sondervereinbarungen mit der BGV erhöhen sich von 244 TEUR in 2012 um 657 TEUR auf 901 TEUR ab 2013 in Folge von Zahlungen für

Futtermitteluntersuchungen in Höhe von	+125 TEUR
Tierkörpersammlungen in Höhe von	+50 TEUR
Importplanprobenuntersuchungen in Höhe von	+482 TEUR

¹ Dieser Betrag war im Ansatz 2012 unter Position 02. Erträge aus Transferleistungen ausgewiesen.

02. Erträge aus Transferleistungen

In den Erträgen aus Transferleistungen werden ab dem Haushaltsjahr 2013 neu die Zuschüsse zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.190 TEUR (-160) veranschlagt. Diese Summe setzt sich zusammen aus

Zuschuss Versorgungs- und Nebenleistungen	1.519 TEUR
Zuschuss IT-Aufwand	665 TEUR
Zuschuss ZAF	6 TEUR

Erstmals werden hier auch die Bundeszuschüsse zur Überwachung der Radioaktivität (IMIS-Programm) ausgewiesen (90 TEUR). Die Kontrakterträge werden zu 01. Erträge aus Geschäftstätigkeit verschoben.

Außerdem werden ab 2013 Erträge aus Vereinbarungen mit dem Landeslabor Schleswig-Holstein in Höhe von 320 TEUR ausgewiesen.

04. Sonstige Erträge

Das Ergebnis 2011 enthält periodenfremde sowie einmalige Erträge, die nicht zu einer Erhöhung der Ansätze in der Zukunft führen. Die Ansatzserhöhung bei den Erträgen aus der Inanspruchnahme- und Entgeltverordnung (IEVO) von 215 TEUR auf 350 TEUR erfolgt auf Basis des Ergebnisses 2011.

05. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit

Der Ansatz zu dieser Position wird um 817 TEUR auf 6.847 TEUR (in 2014 auf 6.853 TEUR) erhöht. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen erwartbar höheren Verbrauch von Labormaterialien (insbesondere wegen der zusätzlichen Probenbearbeitung für Schleswig-Holstein im Rahmen der Norddeutschen Kooperation) und steigenden Energiepreisen zurückzuführen. Außerdem haben sich für das HU die Kosten für durch Dataport erbrachte Dienstleistungen von 135 TEUR auf 505 erhöht. Die Mittel in Höhe von 505 TEUR werden unter der Position „Erstattungen Dienstleistungen Dataport“ veranschlagt.

06. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen 2013/2014 erhöhen sich um 1.623 TEUR auf 18.133 TEUR (in 2014 auf 18.122 TEUR). Kalkulationsgrundlage dafür war das Ergebnis 2011. Die Erhöhung gegenüber dem Ansatz 2012 resultiert im Wesentlichen aus folgenden Entwicklungen:

Neuberechnung der Rückstellungen (Pensionsrückstellungen, Beihilferückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen) von ursprünglich 1.773 TEUR auf nunmehr 2.275 TEUR (plus 502 TEUR) - Diese veranschlagten Beträge werden innerhalb des Wirtschaftsplans unter der Position „Außerordentliche Erträge“ als Gewährleistungszusage der FHH mit der Summe in Höhe von 2.275 TEUR neutralisiert.

Tarifsteigerungen 2011 bis 2013 werden mit 1.033 TEUR veranschlagt.

Temporär erhöhte Beitragszahlung an die Unfallkasse Nord 194 TEUR (2014 = 183 TEUR).

08. Abschreibungen

Der Ansatz für Abschreibungen erhöht sich in 2013 um 298 TEUR auf 1.424 TEUR (in der Vorschaurechnung ergibt sich für das Geschäftsjahr 2014 eine Abschreibungssumme von 1.082 TEUR).

09. Sonstige Aufwendungen

Die Ansätze der Sonstigen Aufwendungen gehen um 366 TEUR auf 1.402 TEUR zurück. Diese Entwicklung hängt im Wesentlichen mit der neutralen Umschichtung eines großen Teils des IT-Aufwandes auf die Position „Erstattungen Dienstleistungen Dataport“ zurück.

10. / 17. Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit / Ordentliches Ergebnis

Das Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit weist den Saldo der Erträge und Aufwendungen eines Geschäftsjahres aus. Bei dem Ordentlichen Ergebnis wird außerdem das Finanzergebnis mit einbezogen. Für 2013 beläuft sich das veranschlagte Ergebnis auf -3.699 TEUR (2014 : -3.357 TEUR). Demgegenüber stehen noch die Summen der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (Positionen 18 und 19 der Ergebnisrechnung) in Höhe von 2.275 TEUR (Neutralisierung der Rückstellungen).

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Institut für Hygiene und Umwelt

Der Zuschuss der FHH in Höhe von 2.190 TEUR (in 2012 : 2.190 TEUR wurde in die Position 02. Erträge aus Transferleistungen verlagert. Das Ergebnis 2013 ergibt einen Jahresfehlbetrag (Pos. 23) von 1.424 TEUR (2014 : 1.082 TEUR). Diese Summen entsprechen dem in der Ergebnisrechnung veranschlagten Betrag für Abschreibungen (siehe Pos. 08. Abschreibungen).

B. Kapitalflussrechnung

Kapitalfluss I

Der Kapitalfluss I (Positionen 1. – 8. in der Kapitalflussrechnung) ergibt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis. Das unter Position 1. aufgeführte „Ordentliche Ergebnis“ enthält die gebildeten Rückstellungen (Zuführung zu den Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen), die unter Position 7. „Außerordentliches Ergebnis“ neutralisiert werden – 2013 und 2014 jeweils in Höhe von 2.275 TEUR. Der Kapitalfluss I reduziert sich in 2013 auf 0, da der bisher hier ausgewiesene Zuschussbetrag zur laufenden Geschäftstätigkeit jetzt in der Ergebnisrechnung unter 02. Erträge aus Transferleistungen abgebildet wird.

Kapitalfluss II

Der Kapitalfluss II (Positionen 9. und 10.) ergibt sich durch die Einbeziehung der Investitionstätigkeit. In den Jahren 2013 und 2014 reduziert sich die Investitionssumme um 56 TEUR gegenüber dem Ansatz 2012 auf insgesamt 1.981 TEUR. Im Saldo verringert sich der Kapitalfluss II für 2013 gegenüber 2012 um 2.388 TEUR auf 1.981 TEUR. Diese Summe entspricht dem Investitionskostenzuschuss .

Kapitalfluss III

Der Kapitalfluss III ergibt sich durch Einbeziehung der Finanzierung (Positionen 11. bis 14.) in Höhe von insgesamt +1.981 TEUR in 2013 und 2014. Damit wird der Kapitalfluss II gedeckt und es kommt zu einem Ausgleich in den jeweiligen Geschäftsjahren.

Endbestand Liquidität

Der per 31.12.2011 ermittelte Endbestand der Liquidität in Höhe von 2.604 TEUR ist durch die Positionen 16.2 bis 16.5 gebunden, so dass 1.726 TEUR als liquide Betriebsmittel zur Verfügung stehen. Davon sind Beträge von mehr als 1 Mio. Euro durch kurz- bis mittelfristig im HU zu realisierende Bau- und Umzugsprojekte reserviert (mehr dazu im Lagebericht).

Lagebericht

1. Allgemeines

Das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) ist Teil der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) und seit 1997 eine nettoveranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung. Das HU besteht organisatorisch neben der Verwaltung aus drei labortechnisch orientierten Fachbereichen. Die Bereiche Verwaltung, Lebensmittelsicherheit und Zoonosen sowie Gesundheitsschutz und Infektionsmedizin unterliegen der Fachaufsicht der BGV. Für den Bereich Umweltuntersuchungen wird die Fachaufsicht von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) wahrgenommen. Dem entsprechend wird der Wirtschaftsplan des HU im Wesentlichen aus den Einzelplänen dieser beiden Fachbehörden gespeist (Kontrakterträge auf der Basis von Leistungsvereinbarungen)

Ein wesentlicher Teil der Aufgaben des HU basiert auf Gesetzen und Verordnungen und wird im amtlichen Auftrag erfüllt. Rund 5 Prozent des Ertragsvolumens wird in strikter Abgrenzung zu den amtlichen Aufgaben „am Markt“ erzielt.

Im Vordergrund der Institutsaufgaben stehen bakteriologische, serologische, immunologische, veterinärmedizinische sowie lebensmittelchemische und umweltanalytische Laboruntersuchungen. Neben der wichtigen amtlichen Lebensmittelanalytik werden krankenhaushygienische Leistungen erbracht sowie Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Außerdem ist das Zentrum für Impfmedizin und Infektionsepidemiologie Bestandteil des HU. In dieser räumlich vom Haupthaus getrennten Einrichtung wird eine breite Palette von Schutzimpfungen angeboten. Darüber hinaus werden dort gemäß Infektionsschutzgesetz die infektionsepidemiologischen Daten aus den Hamburger Bezirken zentral gesammelt, gebündelt, ausgewertet und an das Robert-Koch-Institut weitergeleitet. Im Bereich Umweltuntersuchungen stehen Wasseruntersuchungen, die Analyse von Bodenbelastungen und festen Abfallstoffen sowie Gentechnik, Radioaktivitätsmessungen und Luftuntersuchungen (einschließlich Luftmessnetz und Gewässergütemessnetz) im Zentrum des Geschehens.

2. Zum Wirtschaftsplan 2013/2014

Das HU hat zunächst die Ansätze der Planjahre 2011/2012 auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014 überrollt. Der Ansatz für das HU im Einzelplan der BGV wurde im Rahmen eines Konsolidierungsanteil des HU vorab strukturell um 352 TEUR reduziert; dies wurde analog im Wirtschaftsplan des HU berücksichtigt. Trotz der ausgewiesenen Einsparungen in 2013/2014 ergibt sich in den Haushaltsjahren 2013/2014 ein höherer Aufwand gegenüber den Vorjahren. Dieses Plus im Ausgabenbereich wird jedoch durch zusätzliche Erträge kompensiert. Details dazu sind den „Erläuterungen“ auf den vorstehenden Seiten zu entnehmen.

2.1 Betriebshaushalt

Die Gesamtaufwendungen im Betriebshaushalt des HU (ohne Abschreibungen in Höhe von 1,424 Mio. Euro) sind im Wirtschaftsplan 2013 mit einer Summe von 24,107 Mio. Euro (in 2014: 24,102 Mio. Euro) veranschlagt.

Diese Aufwendungen werden durch folgende Ertragserwartungen (in 2013) gedeckt:

21,136 Mio. Euro	Erträge aus Geschäftstätigkeit
2,600 Mio. Euro	Erträge aus Transferleistungen
0,371 Mio. Euro	sonstige Erträge
<u>2,275 Mio. Euro</u>	außerordentliche Erträge zur Neutralisierung der Rückstellungen
<u>26,382 Mio. Euro</u>	

Der in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,424 Mio. (2014: 1,082 Mio. Euro) resultiert aus den Abschreibungen. Diesen Beträgen stehen Investitionsansätze von 1,981 Mio. Euro jeweils in 2013 und 2014 gegenüber.

2.2 Investitionshaushalt

Der Investitionsmittelansatz für die Jahre 2013/2014 wird infolge der Haushaltskonsolidierung gegenüber den Vorjahresansätzen von 2,037 Mio. Euro um 56 TEUR auf 1,981 Mio. Euro reduziert.

3. Rückblick auf die Entwicklung in den Jahren 2010 und 2011

3.1 Jahresabschlüsse

Das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) konnte die finanzielle Entwicklung in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 insgesamt zufriedenstellend gestalten.

Das kamerale Ergebnis 2010 weist ein Minus von 512 TEUR aus. Dieser negative Betrag setzt sich aus dem positiven Saldo von 195 TEUR des Betriebshaushaltes (inkl. Drittmittel) und dem negativen Investitionsergebnis von 707 TEUR zusammen. Das negative Investitionsergebnis beruht auf der Baumaßnahme „Solare Kälte“, die in 2010 mit 1,279 Mio. EUR zu Buche geschlagen hat (siehe hierzu auch Punkt 3.52). Zur Deckung des real entstandenen Defizits im Betriebshaushaltsergebnis 2010 wurden 512 TEUR aus der frei verfügbaren Betriebsmittel-Rücklage entnommen.

Anlage 2

Wirtschaftsplan

Institut für Hygiene und Umwelt

Das kamerale Ergebnis 2011 weist ein Plus von 239 TEUR aus. Dieser Betrag setzt sich aus dem negativen Saldo von 251 TEUR des Betriebshaushaltes (inkl. Drittmittel) und dem positiven Investitionsergebnis von 490 TEUR zusammen. Zur Deckung des real entstandenen Defizits im Betriebshaushaltsergebnis 2011 wurden 252 TEUR aus der frei verfügbaren Betriebsmittel-Rücklage entnommen.

Aus doppischer Sicht (GuV) ergibt sich ein Minus von rund 1,637 Mio. EUR. Hierbei sind Abschreibungen in Höhe von rund 1,789 Mio. Euro berücksichtigt. Diesen Abschreibungen stehen Investitionszuschüsse in Höhe von 2,237 Mio. Euro gegenüber. Davon entfallen im Rahmen einer ersten Tranche Mittel in Höhe von 200 TEUR auf Zuschüsse der BSU für den Bau eines Blockheizkraftwerkes.

3.2 Liquidität per 31.12.2011

Der Liquiditätsbestand per 31.12.2011 betrug insgesamt 2,604 Mio. Euro - das bedeutet ein Plus gegenüber dem Bestand am Anfang des Jahres von 239 TEUR (Betriebsmittel -235 TEUR, Drittmittel -16 TEUR, Investitionsmittel +490 TEUR). Die Betriebsmittelrücklage beträgt 1,837 Mio. Euro, wobei von diesem Betrag ein großer Teil für konkret umzusetzende Bau- und Ressourcenschutz-Projekte innerhalb des HU gebunden bzw. bereits in 2012 abgeflossen ist (siehe auch unten unter 3.5.2).

3.3 Personalentwicklung

Im Institut für Hygiene und Umwelt waren zum Stichtag 31.12.2011 insgesamt 304 Personen (256,2 Vollzeitäquivalente) aktiv beschäftigt, davon fünf auszubildende Chemielaboranten. Zusätzlich werden 13 Personen von fördern und wohnen (sieben) und vom früheren Landesbetrieb Krankenhäuser (sechs) im HU eingesetzt. Nach wie vor sind rund zwei Drittel der Beschäftigten Frauen; knapp ein Drittel des Personals arbeitet in Teilzeit. 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in Altersteilzeit, davon 14 in der Freistellungsphase. 16 Personen sind im Jahr 2011 ausgeschieden, neun wurden eingestellt.

3.4 Leistungszahlen

Das Institut für Hygiene und Umwelt hat in 2010 wie auch in 2011 alle in den Kontrakten mit den Fachbehörden vereinbarten Leistungen erfüllt. Die Leistungsvereinbarungen enthalten klare quantitative Ziel- und Leistungsvorgaben, auf deren Grundlage und bei deren Erfüllung von den behördlichen Auftraggebern die Entgelte zugewiesen werden.

Im Jahr 2011 wurden im HU 193.563 Proben untersucht, das waren 17.959 Proben oder 10,2 Prozent mehr als in 2010. Da die einzelne Probe häufig auf mehrere Parameter untersucht wird, ist die Zahl der durchgeführten Untersuchungen höher als die Zahl der Proben. In 2011 betrug die Untersuchungszahl 840.500; damit wurde die Untersuchungsbilanz des Jahres 2010 um 68.568 (8,9 Prozent) übertroffen. Eine Erklärung für den Zuwachs sowohl bei den Proben als auch bei den Untersuchungen liegt in der EHEC-Epidemie Mitte 2011 begründet.

3.4.1 Lebensmitteluntersuchungen

Im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen und der Veterinärmedizinischen Diagnostik wurden in 2011 insgesamt 24.597 Proben untersucht. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber 2010 (23.306 Proben) um 5,5 Prozent. Die Untersuchungen lagen 2011 bei einer Zahl von 289.400. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 1,9 Prozent.

3.4.2 Medizinaluntersuchungen (Hygiene und Infektionsmedizin)

Im Bereich des (vorbeugenden) Gesundheitsschutzes wurden im Jahr 2011 insgesamt 259.639 Laboruntersuchungen, Begutachtungen, Schutzimpfungen und Fachberatungen durchgeführt. Im Jahr 2010 betrug die entsprechende Zahl noch 235.526. Es wurde somit eine Steigerung der Leistungszahl um 10,2 Prozent erzielt.

3.4.3 Umweltuntersuchungen

Im Bereich Umweltuntersuchungen wurden 2011 insgesamt 13.238 Proben untersucht. Im Jahr zuvor betrug die Bilanz 12.436 Proben (plus 6,4 Prozent). Die Untersuchungszahl betrug ein Vielfaches des Probenvolumens. In 2011 wurden insgesamt 291.461 Untersuchungen durchgeführt (15,4 Prozent mehr als in 2010). Somit gilt auch hier in besonderem Masse, dass die Zahl der Untersuchungen gegenüber der Probenzahl überproportional zunimmt.

3.5 Projekte/Baumaßnahmen

3.5.1 Aktueller Sachstand zu drei umfangreichen EDV-Projekten

Im vorigen Wirtschaftsplan wurde über einige Innovationsvorhaben im EDV-Bereich berichtet.

Inzwischen konnte die Erneuerung der Software für das **Wassergütemessnetz** mit seinen zehn Messstationen an Elbe, Bille, Alster, Wandse, Tarpenbek und Ammersbek mit einem Betrag von 550 TEUR realisiert werden. Der Ersatz der Messnetzsoftware im Wassergütemessnetz brachte das Softwaresystem ENMO@hydro (www.enmohydro.de) hervor. Dieses wurde im Mai 2011 produktiv gesetzt. Letzte Arbeiten reichten noch bis in das Jahr 2012. Andere Länder interessieren sich inzwischen auch für das System. In Sachsen wurde es bereits installiert.

Der Austausch von Soft- und Hardwarekomponenten der **Luftmessnetz-Zentrale** schreitet voran, so dass noch in 2012 die Inbetriebnahme des neuen, rund 750 TEUR teuren Systems vorgenommen werden kann.

Die Erneuerung der 17 Jahre alten Software zur Erfassung der komplexen **Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungen** ist auf gutem Weg. Das Projekt befindet sich derzeit voll in den Planvorgaben.

Die Anforderungen des Pflichtenhefts waren im April 2012 zu rund 60 Prozent abgearbeitet, so dass die grundsätzliche Umsetzung voraussichtlich Ende August 2012 abgeschlossen sein wird. Anschließend ist eine viermonatige Test- und Schulungsphase vorgesehen, an die sich zum 1.1.2013 der Produktivstart anschließen soll.

3.5.2 Umbauvorhaben und Investitionen in den Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz

Das Institut für Hygiene und Umwelt hat in 2011 mit einigen hausinternen Umbauten begonnen, um die fachlichen und organisatorischen Gegebenheiten in den Arbeitsbereichen Spülküchen, Nährbodenlabor, Ver- und Entsorgung zu optimieren und die Lernbedingungen für Externe in den Kurs- und Hörsaalbereichen zu verbessern. Vor dem Hintergrund der ab 2012 umzusetzenden Hamburger Hygieneoffensive bietet das HU verstärkt Kurse für Hygienefachkräfte an – die entsprechenden zusätzlichen Raumkapazitäten werden mit den Umbauten geschaffen. Die Kosten für die Maßnahme, die im Sommer 2012 abgeschlossen sein wird, belaufen sich auf rund 1,1 Mio. Euro und werden ausschließlich aus laufenden HU-Haushaltsmitteln und der HU-Rücklage finanziert.

Im Rahmen eines Energiespar- und Klimaschutzprojektes hat das HU die Heizungs- und Lüftungstechnik im Haus 6 des HU (Umweltuntersuchungen) optimiert. Das unter dem Arbeitstitel „Solare Kälte“ laufende Projekt kostete rund 2,2 Mio. Euro und wurde mit einem Betrag in Höhe von knapp 1,35 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II sowie einem Zuschuss der BSU in Höhe von 250 TEUR gedeckt. Die Restsumme von rund 600 TEUR steuerte das HU aus „Eigenmitteln“ bei. Die Prognosen haben ergeben, dass mit der Maßnahme eine Energiekostensparnis von rund 140 TEUR pro Jahr zu realisieren ist.

4. Zielbild

Das Institut für Hygiene und Umwelt hat als Hamburger Landeslabor nach wie vor die Aufgabe und das Ziel, auf den Feldern des Gesundheits- Verbraucher- und Umweltschutzes unabhängig, mit wissenschaftlicher Kompetenz und hoher Dienstleistungsorientierung untersuchend und beratend für die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs sowie die Politik tätig zu sein.

4.1 Aktuelle und zukünftige Untersuchungsschwerpunkte

4.1.1 Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit

Die in den vergangenen Jahren an dieser Stelle prognostizierten Aufgabenzuwächse sind im Wesentlichen eingetreten: Die Zahl der Lebensmittel-Einfuhrproben aus dem Hamburger Hafen hat sich auf hohem Niveau stabilisiert, wobei der Zuwachs an Proben nicht tierischer Herkunft geringer als ursprünglich erwartet ausgefallen ist. Im Rahmen der Norddeutschen Kooperation in der amtlichen Lebensmitteluntersuchung haben die Landeslabore von Hamburg und Schleswig-Holstein (HU und LSH) eine weitergehende bilaterale Kooperation vereinbart. Ab Mitte 2012 untersucht das HU für Schleswig-Holstein rund 1.000 amtliche Lebensmittelproben pro Jahr.

Die amtliche Futtermitteluntersuchung wurde erfolgreich als neue Aufgabe im HU etabliert. Ebenfalls neu übernommen hat das HU die Aufgabe des Einsammelns toter Tieren auf öffentlichem Grund der FHH – dafür gab es zuvor keine zufrieden stellende Lösung. Weiterhin ist die Trichinenuntersuchung aus den Bezirken aufgrund des Zwangs zur Einführung eines Qualitätssicherungssystems in das HU verlagert und damit zentralisiert worden.

Gestiegen sind nicht zuletzt durch die jüngsten Lebensmittelkrisen auch die Anforderungen an die Untersuchungstiefe bei den allgemeinen Lebensmitteluntersuchungen. Insbesondere die EHEC-Epidemie im Jahr 2011 hat gezeigt, dass auch die mikrobiologischen Untersuchungsverfahren weiter entwickelt werden müssen, um bei Lebensmittelkrisen noch schneller und treffsicherer zu werden.

Nachdem in der instrumentellen Analytik in den letzten Jahren eine Phase der Verbesserung bestehender Verfahren zu beobachten war, zeichnet sich nun der Trend zum Einsatz weiterentwickelter, bislang für das HU finanziell unerschwinglicher Technik ab. Um einen hohen Stand der Analysetechnik sicherzustellen, sind die Geräteinvestitionen in den nächsten Jahren zu steigern. Die moderne Technik erlaubt an verschiedenen Stellen Personaleinsparungen bzw. mehr und schnelleren Probendurchsatz. Somit besteht grundsätzlich die Möglichkeit, die Mehrkosten im investiven Bereich durch Reduzierung der Personalkosten oder zusätzliche Gebühreneinnahmen zu kompensieren.

Beschleunigt wird diese Entwicklung im Verbraucherschutz durch die Tatsache, dass sich der in Deutschland massenhaft eingesetzte Hemmstofftest im Rahmen der Rückstandskontrolluntersuchungen als ungeeignet herausgestellt hat und wohl in naher Zukunft durch technisch wesentlich aufwändigere Verfahren ersetzt werden muss. Auch werden die Fragestellun-

Anlage 2

Wirtschaftsplan

Institut für Hygiene und Umwelt

gen zur Antibiotikabelastung von tierischen Lebensmitteln aufgrund der starken humanen Resistenzbildungen zukünftig eine besondere Herausforderung darstellen. Für das HU wird es wichtig sein, hier nicht den Anschluss an den Stand der Technik zu verlieren, weil sonst in absehbarer Zeit ein Großteil der gesetzlichen Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erledigt werden kann.

Aufgrund der Weichenstellungen durch die politischen Aktivitäten von Bund und Ländern gewinnt eine zusätzliche Leistung der Lebensmittelkontrolle immer mehr an Bedeutung: die selbsttätige Information des Staates über die Kontrollergebnisse. Da vor der Offenlegung von Analyseergebnissen aber immer die Schutzbedürfnisse der Betroffenen abgewogen werden müssen, ist hier mit einem deutlich höheren Personalaufwand zu rechnen. Für die geplanten umfangreichen automatischen Übermittlungs- und Veröffentlichungsverfahren ist außerdem die notwendige Technik zu beschaffen.

4.1.2 Hygiene und Infektionsmedizin

Eine deutlich komplexer gewordene medizinische Versorgung, aktuelle Ausbruchsgeschehen und sich verändernde Umweltbedingungen stellen neue und auch schwierige Herausforderungen für den medizinischen Bereich des HU dar. So ist gerade die sich rasant verändernde Resistenzlage von bakteriellen Infektionserregern ein zunehmendes Problem bei der Behandlung hospitalisierter Patienten. Ein Umstand, der nicht nur auf die therapeutischen Gewohnheiten in der Medizin zurückzuführen ist, sondern zunehmend vor allem durch die tierische Nahrungsmittelproduktion in den medizinischen Bereich hineingetragen wird. Hier gilt es neue, wirksame Strategien zu entwickeln um diesen Veränderungen entgegenzuwirken. Dieses betrifft nahezu alle medizinischen und auch Altenpflegerischen Bereiche und stellt neue hygienische Anforderungen an die Behandlung und auch Unterbringung von Patienten und Heimbewohner.

Der Gesetzgeber, Bund und Länder, haben auch auf diesem Hintergrund neue Rahmenbedingungen geschaffen und mit entsprechenden Verordnungen den Grundstein für eine deutlich verbesserte Hygiene gelegt. Die Umsetzung durch hygienisches Fachpersonal stellt in diesem Zusammenhang die größte Herausforderung dar, da dieses Personal bisher nicht im notwendigen Maße zur Verfügung steht und nun zunächst vordringlich ausgebildet werden muss. Dieses wird in den nächsten Jahren den Ausbildungsbereich des HU für Hygienefachkräfte deutlich fordern.

In das Spektrum der Maßnahmen gehört nach wie vor auch die proaktive Begleitung der vielfältigen Ausbruchsgeschehen (Noroviren, Influenza, EHEC etc.) durch die Gewinnung von validen Daten zu den Ursachen und den Infektketten, zur besseren Überwachung, Surveillance von Infektionskrankheiten, Früherkennung von Trends und Entwicklungen, Lageberichterstattung, Bewertung von Risiken und Bereitstellung von Daten für Entscheidungen und Vorgehensweisen auf dem Gebiet des Infektionsschutzes. Und es bedarf weiterhin der systematischen Beobachtung von Risiken, die sich durch Klimaveränderungen ergeben, wie die sich von Süden weiter verbreitenden tropischen Mücken als Träger humanpathogener Viren oder durch heimische Gesundheitsschädlinge wie Ratten oder Zecken.

4.1.3 Umweltuntersuchungen

Im Wasser- und Luftbereich steht weiterhin die Unterstützung bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bzw. der EU-Luftqualitätsrichtlinie sowie deren Tochtrichtlinien im Vordergrund.

In einem neuen Richtlinien-Entwurf zur Änderung der WRRL und der Tochtrichtlinie „Prioritäre Stoffe“ wurden Umweltqualitätsnormen (UQN) für 15 neue Stoffe festgelegt, bestehende UQN verschärft und weitere UQN für Biota eingeführt. Um die Einhaltung dieser UQN überprüfen zu können, müssen vorhandene Analysemethoden optimiert und neue Untersuchungsverfahren implementiert werden. Weitere Anpassungen auf nationaler Ebene sind zu erwarten und umzusetzen. Auch bei der Grundwasserüberwachung steigen die analytischen Anforderungen. Zunehmend sind Untersuchungsmethoden für neue PSM, Metaboliten und sonstige neue Schadstoffe zu entwickeln.

Für Hamburgs Antrag bei der EU auf Fristverlängerung zur Einhaltung des Stickstoffdioxidgrenzwertes bis 2015 werden verstärkt begleitende Überwachungsmessungen an Straßen und im Hafengebiet erforderlich. Die Feinstaubmessungen werden sich schwerpunktmäßig zur Überwachung der feineren Fraktion (bis zu 2,5 µm Durchmesser/PM_{2,5}) verschieben, für die ab 2015 ein neuer Grenzwert gilt. Zur Ursachenanalyse bzw. zur Bearbeitung unterschiedlicher Problemstellungen ist die Wiedereinführung eines mobilen Luft-Messsystems für einen flexiblen Messeinsatz geplant.

Die Bodenuntersuchungen werden sich von der Altlastenerkundung und –bearbeitung weiter in Richtung des vorsorgenden Bodenschutzes verschieben. Weitere Schwerpunkte werden die Mitarbeit an Projekten zur Thematik Klimaschutz-Boden und die Ermittlung der Hintergrundbelastung durch Pflanzenbehandlungsmittel sein.

Die Anbauflächen und das Spektrum gentechnisch veränderter Nutzpflanzen nehmen weltweit zu. Nicht immer sind diese Pflanzen auch in der EU zugelassen. Über den Hamburger Hafen importierte Produkte sind daher verstärkt auf entsprechende Merkmale zu untersuchen.

Die Routine-Bestimmung der Strontium-Isotope 89 und 90 im Rahmen des Integrierten Mess- und Informationssystems (IMIS) ist voraussichtlich auf ein Schnellverfahren umzustellen. Diese neue Methode ist daher in der Landesmessstelle Radioaktivität zu etablieren.

4.2 Kurz- und mittelfristige Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur

4.2.1 Blockheizkraftwerk

Noch im Jahr 2012 ist im HU die Installation eines Blockheizkraftwerkes vorgesehen. Ein Gutachten hat ergeben, dass sich der Einsatz dieser Technologie im HU besonders gut eignet und neben der Energiekostensparnis eine jährliche CO

2-Einsparung von rund 500 Tonnen ergibt. Dieses Vorhabens mit Kosten in Höhe von rund 600 TEUR wird überwiegend mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse realisiert.

4.2.2 Sanierung der technischen Infrastruktur

Das HU hat die Häuser 1 und 2 in der Marckmannstraße im Jahr 1986 für lebensmittelchemische und humanmedizinische Untersuchungen in Betrieb genommen. Die komplexen labortechnischen Anlagen (Heizung, Klima, Lüftung, Gas, Wasser) sind somit aktuell 26 Jahre in Betrieb. Sie genießen zwar grundsätzlich Bestandsschutz, sind aber veraltet und damit und in hohem Maße reparaturanfällig. Insbesondere die Lüftungstechnik (Raumluftechnische Anlagen inklusiv der Laborabzüge) sind im Hinblick auf Arbeitsschutz und Energetik komplett zu erneuern. Kritisch zu betrachten sind in dem Zusammenhang auch die brandschutztechnischen Installationen.

Außerdem sind die Anlagen in Haus 6 des HU (Umweltuntersuchungen) sanierungsbedürftig. Das Haus und die Einrichtung wurden 1995 in Betrieb genommen und sind somit 17 Jahre im Einsatz. Die gesamte technische Peripherie ist nicht mit den neuen Gerätegenerationen „mitgewachsen“ und genügt in Folge des Alters und der gesamten Konfiguration nicht mehr den Ansprüchen an eine funktionierende, neue Technik. Anpassungen der Lüftungs- und Regelungstechnik sind über das bisher schon geleistete Maß hinaus dringend erforderlich.

Die komplexen und kostenintensiven Sanierungsmaßnahmen sind ab 2015 über einen längeren Zeitraum und nach Prioritäten geordnet vorgesehen - sie betreffen also noch nicht den Doppelhaushalt 2013/2014. Um die Größenordnung der zu erwartenden Kosten abschätzen und frühzeitig zum Haushalt anmelden zu können, ist jedoch bereits in 2012 geplant, von sachverständigen Architekten und Ingenieuren erste Planungsunterlagen erstellen zu lassen.

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 5400	Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

kw 2013/14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					10,50	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 3	1,00			0,00	
A 16	4,00			0,00	
A 15	8,00			0,00	
A 14	19,00			0,00	
A 13	6,00	1,00	7)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
A 13	1,00			0,00	
A 12	3,00			0,00	
A 11	2,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
Summe:	47,00			0,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (2,00)
- A 15 Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (7,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (15,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (1,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (3,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Gewerbeamtsrätin/ Gewerbeamtsrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 15				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 14				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>				47,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	7) kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	

Einzelplan WI
Kapitel 5400

Wirtschaftspläne
Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 15 ü	1,00	1,00	1)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers</i>	
E 15	8,50	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>	
E 14	15,27	1,00	13)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>	
E 13 ü	1,00			0,00		
E 13	13,30	1,00	8)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>	
E 12	4,50	1,00	12)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>	
E 11	17,45	1,00	10)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>	
E 10	4,00			0,00		
E 9	56,28	3,00	3)	0,00	<i>ku: 3,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. E 9 nach Freierwerden der Stelle</i>	
		1,50	9)		<i>kw: 1,50 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>	
		2,00	11)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>	
E 9	1,00			0,00		
E 8	65,54	0,50	2)	0,00	<i>ku: 0,50 EntgGr. E 8 nach BesGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle</i>	
		1,00	6)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>	
E 6	38,20	1,00	5)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>	
E 5	15,00			0,00		
E 4	4,00			0,00		
E 3	0,50			0,00		
E 3	16,87			0,00		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 15				8,50					8,50	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 14				15,27					15,27	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 13 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 13				13,30					13,30	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 12				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 11				17,45					17,45	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 10				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 9				56,78					56,78	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 8				65,54					65,54	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 6				39,67					39,67	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 6			-1,47						-1,47	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 5				18,27					18,27	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 5			-3,27						-3,27	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 4				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 3				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 3			-1,00						-1,00	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 3				20,89					20,89	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 15 ü	1) kw: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers	
E 15	4) kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg	
E 13	8) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße	
E 11	10) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße	
E 12	12) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
E 14	13) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	

Einzelplan WI
Kapitel 5400

Wirtschaftspläne
Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 2 ü	1,00			0,00	
E 2	9,62			0,00	
Summe:	273,03			0,00	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	7,00			0,00	
Nachwuchs hD	12,00			0,00	
Summe:	19,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	320,03			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-5,74	272,67					266,93	
E 3			-3,62						-3,62	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 2 ü				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 2 ü			-2,00						-2,00	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
E 2				11,76					11,76	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
E 2			-2,14						-2,14	Stellenstreichung zur Anpassung des Stellenbestandes an das Personalbudget
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-13,50	287,43	0,00	0,00	0,00	0,00	273,93	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,90	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,00	-14,40	287,43	0,00	0,00	0,00	0,00	273,03	
Nachwuchs mD				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
Nachwuchs hD				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 4940; Verlagerung Reorganisation
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>	0,00	0,00	0,00	19,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-14,40	334,43	0,00	0,00	0,00	0,00	320,03	

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 4940	Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00			8,00	
A 14	0,00			19,00	
A 13	0,00	1,00	1)	6,00	Vermerk weggefallen
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			2,00	
A 11	0,00			3,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			47,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (0,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (0,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (0,00)
A 15 Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (0,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (0,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (0,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (0,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (0,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (0,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (0,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Gewerbeamtsrätin/ Gewerbeamtsrat (0,00)
A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtmann (0,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a (1)
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 15					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 14					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 12							1,00		1,00	Hebung zum Stellenplan 2011/2012 gem. Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 11							-1,00		-1,00	Hebung zum Stellenplan 2011/2012 gem. Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-47,00	0,00	0,00	0,00	-47,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Einzelplan WI
Kapitel 4940

Wirtschaftspläne
Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00	1,00	2)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 15	0,00	1,00	3)	8,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 14	0,00	1,00	4)	15,27	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13 ü	0,00			1,00	
E 13	0,00	1,00	5)	12,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 12	0,00	1,00	6)	4,25	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00	1,00	7)	18,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 10	0,00			4,00	
E 9	0,00	3,00	8)	56,78	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,50	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	10)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 9	0,00			1,00	
E 8	0,00	0,50	11)	65,19	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	12)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 6	0,00	1,00	13)	40,20	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 5	0,00			18,27	
E 4	0,00			4,00	
E 3	0,00			0,00	
E 3	0,00			21,83	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 15					-8,50				-8,50	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 14					-15,27				-15,27	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 13 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 13							1,75		1,75	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 13					-13,30				-13,30	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 13								-1,00	-1,00	Korrekturbuchung
E 12							-1,75		-1,75	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 12							1,00		1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 12					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 12								1,00	1,00	Korrekturbuchung
E 11					-17,45				-17,45	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 11							-1,00		-1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 9					-56,78				-56,78	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 8					-65,54				-65,54	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 6					-39,67				-39,67	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 5					-18,27				-18,27	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 4					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 3					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 3					-20,89				-20,89	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 15 ü	2)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers
E 15	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg
E 14	4)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13	5)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße
E 12	6)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 11	7)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße

Einzelplan WI
Kapitel 4940

Wirtschaftspläne
Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 2 ü	0,00			4,50	
E 2	0,00			11,76	
Summe:	0,00			288,05	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	0,00			7,00	
Nachwuchs hD	0,00			12,00	
Summe:	0,00			19,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			335,05	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-272,67				-272,67	
E 2 ü					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
E 2					-11,76				-11,76	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-287,43	0,00	0,00	0,00	-287,43	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	1,00	-1,62	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,62	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	1,00	-1,62	0,00	-287,43	0,00	0,00	0,00	-288,05	
Nachwuchs mD					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
Nachwuchs hD					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 5400; Verlagerung Reorganisation
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-19,00	0,00	0,00	0,00	-19,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,00	-1,62	0,00	-334,43	0,00	0,00	0,00	-335,05	

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
	2010	2011	2012	2013	2014
	Tsd. EUR				
Zuschuss an die Verbraucherzentrale Hamburg e.V.					
Einnahmen					
1. Eigene Einnahmen	1157	1187	1.123	1150	1150
2. Zuwendungen Hamburg					
Institutionelle Förderung, Ernährungs- und Patientenberatung, wirtschaftlicher Verbraucherschutz (5300.685.08)	876	861	849	849	849
Insolvenzberatung (BASFI 4610.681.05)	593	611	559	368	0
Umweltberatung (BSU 6000.684.01)	71	71	77	71	71
Klimalotsen (BSU 252.03)	179	213	222	0	0
Energiesparberatung vor Ort (BSU252.03)	135		112		
3. Zuwendungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMELV) für Ernährungsberatung	115	114	126	114	114
4. Zuwendungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMELV) für wirtschaftlichen Verbraucherschutz	97	97	100	97	97
5. Sonstige Zuweisungen					
BMELV/Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV)	383	184	348	149	20
Sonstige Zuweisungen (NDR, BMWi u.a.)	81	87	0	33	33
Summe der Einnahmen	3.687	3.425	3.516	2831	2.334
Ausgaben					
1. Personalausgaben	2.221	2.024	2.294	1.544	1.235
Honorare und Personalnebenkosten	554	536	450	420	350
2. Sachausgaben	1.000	922	772	847	729
3. Investitionen	88	74		20	20
Summe der Ausgaben	3863	3556	3.516	2.831	2.334
Ergebnis	-176	-131	0	0	0

33bersicht über die in den Deckungskreisen 01, 10, 45, 50, 56, 60 und 61 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 01/ Förderung von Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KhG)

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010 Tsd. Euro		2011 Tsd. Euro		2012 Tsd. Euro		2013 Tsd. Euro		2014 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
5100.893.63	Fördermittel nach § 22 HmbKhG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser	31.068	33	30.596	687	31.250		31.000		31.000	
5100.893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKhG	88.764	304	75.474	304	82.378	149.217	76.384	150.000	77.167	150.000
Summe	Deckungskreis 01	119.832	33	106.070	991	113.628	149.217	107.384	150.000	108.167	150.000

Anlage 4

Deckungskreis 10/ Zuwendungen Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
5200.684.01	Zuschüsse zur Förderung von Beratung und Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen	191	23	143	37	157		157		157	
5200.684.02	Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote	576	190	539	445	500		465		465	
5200.684.03	Zuschüsse zur Förderung pflegerischer Versorgungsstrukturen	60	383	82	341	37		37		37	
5200.684.04	Zuschüsse zur Förderung hospizlicher und palliativpflegerischer Versorgungsangebote	254	149	258	164	273		273		273	
5200.684.05	Maßnahmen zur Fachkraftqualifikation in der Altenpflege	0	90	0	90	0		0		0	
5200.684.06	Zuschüsse an Betreuungsvereine für Querschnittsaufgaben	944		928	29	960		960		960	
5200.684.07	NEU: Förderung zentraler Angebote der Seniorenarbeit (vorher 684.63)	1.342	282	335	305	370		370		370	
Summe	Deckungskreis 10	3.367	1.117	2.285	1.411	2.297	0	2.262	0	2.262	0

Deckungskreis 45/ gesetzliche Leistungen der BGV im Produktbereich Gesundheit

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
5100.671.03	NEU: Eingliederungshilfe für Behinderte- Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete (vorher: 671.62)	11.808		12.501	48	10.835		12.731		13.495	
5100.682.02	Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug	24.172	261	25.735	526	27.000	482	29.930	482	31.426	482
5100.684.05	Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung	1.845	678	1.927	667	1.916		2.248		2.293	
5200.671.23	Hilfen zur Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen	66.713		88.121		89.273		94.778		100.280	
5200.671.25	Hilfen zur Pflege in Kurzzeitpflegeeinrichtungen	1.270		1.345		1.572		1.713		1.755	
5200.671.26	Hilfen zur Pflege in Tagespflegeeinrichtungen	1.470		1.700		1.876		2.045		2.147	
5200.671.57	Einzelförderung nach § 6 Hmb Landespflegegesetz	22.723		4.794		500		1.700		775	
5200.671.58	Förderung der Kurzzeitpflege	1.074		232		375		238		240	
5200.681.01	Hilfen für ältere Menschen	1.347		459		574		557		573	
5200.681.21	Hilfen zur Pflege - ambulante Pflegehilfen- Leistungen nach § 61 Abs. 2 SGB XII	245		255		238		311		320	
5200.681.22	Hilfen zur Pflege - ambulante Pflegehilfen- Leistungen nach § 65 SGB XII	70.340		72.700		66.665		80.500		84.288	
5200.681.48	Hilfen zur Weiterführung des Haushalts - ambulante Pflegehilfen nach § 70 SGB XII	8.603		8.451		8.985		8.738		8.869	
Summe	Deckungskreis 45	211.610	939	218.220	1.241	209.809	482	235.489	482	246.461	482

Anlage 4

Deckungskreis 50/ Sach- und Fachausgaben Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
5200.534.01	Verfahrensgebühren für Schiedsstellenverfahren	1	3	0	5	2		2		2	
5200.534.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Privatbetreuerinnen und Privatbetreuern	40	0	35	6	40		40		40	
5200.534.03	NEU: Ausgaben des Landesseniorenrates (vorher 534.63)	44	13	55	11	53		53		53	
5200.535.01	Laufender Sachaufwand für Prüfungen bei Gesundheits- und Pflegeassistenten und Weiterbildungen in der Pflege	16	33	29	34	10		10		10	
Summe	Deckungskreis 50	101	49	119	56	105	0	105	0	105	0

Deckungskreis 56/ IT-Informationstechnik

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
5000.535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	277	16	232	27	268		260		130	
5000.671.56		1.176	0	1.263	66	1.263		1.775		1.775	
Summe	Deckungskreis 56	1.453	16	1.495	93	1.531	0	2.035	0	1.905	0

Deckungskreis 60/ Sach- und Fachausgaben (Kapitel 5100, 5300)

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz	VE
5100.534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	304		277		339	339		339	339	
5100.534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	2	6	1		10	10		10	10	
5100.681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	25	3	92		36	36		36	36	
5100.684.86	Förderung von Familienhebammen-Projekten und Kindergesundheit; Zweckzuweisung an die Bezirke	590		616		698	761		761	761	
5300.427.86	Pauschale Aufwandsentschädigung, Zweckzuweisung an die Bezirke	7		7		7	7		7	7	
5300.534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	27		21		29	29		29	29	
5300.534.86	Unterbringung von Nutztieren gemäß Tiertransportrecht, Zweckzuweisung an die Bezirke	0	40	0	28	20	20		20	20	
5300.534.87	Kosten für das Einsammeln und den Transport von infizierten Tieren nach Ausbruch einer Tierseuche, Zweckzuweisung an die Bezirke	0		0		0	0	100	0	0	100
Summe	Deckungskreis 60	955	49	1.014	28	1.139	1.202	100	1.202	1.202	100

Deckungskreis 61/ Sach- und Fachausgaben in den Bereichen Zentrale Dienste, Gesundheit und Verbraucherschutz (Kapitel 5000, 5100, 5300)

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Tsd. Euro	Ergebnis	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz
5000.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	268	102	312	31	258		300		300	
5000.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	6	69	14	17	17		18		18	
5000.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	530	71	570	72	580		666		666	
5000.518.61	Mieten und Pachten	2.024	61	2.020	68	1.979		2.230		2.230	
5000.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	54	110	246	7	70		65		65	
5000.525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	42	61	43	71	56		53		53	
5000.526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	61	3	10	31	47		45		45	
5000.527.61	Dienstreisen	1	7	5	17	27		10		10	
5000.531.61	Öffentlichkeitsarbeit					30		29		29	
5000.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	14	201	63	181	237	51	64	51	64	51
5100.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	142	9	82	14	122		123		123	
5100.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	114	1	105	4	117		108		108	
5100.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	203	10	187	14	139		139		139	
5100.518.61	Mieten und Pachten	281	4	234	8	212		219		219	
5100.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	24		11	11	21		20		20	
5100.526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	1		2	0	3		3		3	
5100.527.61	Dienstreisen	35	5	35	9	33		47		47	
5100.531.61	Veröffentlichungen	19	18	27	21	23		29		43	
5100.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	53	90	78	104	138		159		159	
5300.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	39	11	26	23	38		36		36	
5300.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	7	24	6	27	8		8		8	
5300.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	0	0	0	0	0		0		0	
5300.518.61	Mieten und Pachten	1	1	3	2	4		1		1	
5300.526.61	Sachausgaben für Dolmetscher bzw. Übersetzer	0	3	43	8	3		3		3	
5300.527.61	Dienstreisen	25	3	33	12	33		36		36	
5300.531.61	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen	0		8	1	9		9		9	
5300.532.61	Kraftfahrzeugsteuer	0		3	0	2		2		2	

Anlage 4

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE
5300.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	151	98	172	49	121		121		121	
5300.535.61	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz	43	64	35	110	81	26	54	26	54	26
5300.683.61	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten	29	11	48	15	40		61		61	
5300.685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtstierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhygieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals	0	2	0	3	2		0		0	
5300.686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V.	38	33	33	33	33		38		38	
Summe	Deckungskreis 61	4.205	1.072	4.454	963	4.483	77	4.696	77	4.710	77

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2012 Tsd. Euro		2013 Tsd. Euro		2014 Tsd. Euro	
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
5000.526.01	Untersuchungen und Gutachten	203	178	150	178	150	178
5000.526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	47		45		45	
5100.526.71	Sachverständigen und ähnliche Kosten	3		3		3	
5200.526.86	Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen	4		4		4	

